



KIRCHE IN NOT

ACN DEUTSCHLAND

PÄPSTLICHE
STIFTUNG



RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT **BERICHT 2023**

Zusammenfassung der Ergebnisse

Herausgeber des Berichts ist das weltweite katholische Hilfswerk KIRCHE IN NOT (international: Aid to the Church in Need, ACN), eine Stiftung päpstlichen Rechts.

Der Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ erscheint alle zwei Jahre, im Jahr 2023 zum 16. Mal. Der Bericht wird in englischer, französischer, deutscher, italienischer, portugiesischer und spanischer Sprache veröffentlicht.

Leitende Redakteurin:

Marcela Szymanski

Vorsitzender des Redaktionsausschusses:

Mark von Riedemann

Redaktionsausschuss:

José Luis Bazán, Roger Kiska, Maria Lozano, Irmina Nockiewicz, John Pontifex, Carla Diez de Rivera
Regionale Verantwortung: Paulina Eyzaguirre, Roger Kiska, Mark von Riedemann

Redaktionsassistenz:

Vanessa Bartelt, Ravi Jay Gunnoo, William Hirst, Irmina Nockiewicz, Pierre Rossi

Autoren und Mitwirkende:

Daisy An, José Luis Bazán, Pamela Chavez, Marissa Eckelkamp, Madeleine Enzlberger, Pamela Paulina Eyzaguirre, Roger Kiska, Robert Lalonde, Maria Lozano, Raquel Martin, Conn McNally, John Newton, Huan Nguyen, Irmina Nockiewicz, Chris Ostertag, Maurits Potappel, Xavier Pereira, Marta Petrosillo, John Pontifex, F. Borba Ribeiro Neto, José Carlos Rodriguez Soto, Benedict Rogers, Andrew Scarafile, Chiara Verna

Übersetzungen:

Ravi Jay Gunnoo, Philippe Joas, Mercedes Lucini, Shahid Mobeen, Pierre Rossi, Sofia Sondergaard, Team wort-wahl Köln

Gestaltung:

Cover-Gestaltung: Joao Sotomayor @jsdesign.pt

Layout: Michał Banach, Polen

Umsetzung der deutschen Version: GEIGER GRAFIK-DESIGN, München

Urheberrecht und Zitate

Die Fotonaehweise sind einzeln zu prüfen. Wenn nicht anders ausgewiesen, können alle Inhalte unter Angabe der Quelle zitiert werden. Die Quelle lautet: „Religionsfreiheit weltweit – Bericht 2023“, KIRCHE IN NOT (ACN) International, Juni 2023.

Presseanfragen

Bitte wenden Sie sich an das Büro von KIRCHE IN NOT in Ihrem Land oder an Maria Lozano von ACN International, press@acn-intl.org

Haftungsausschluss

Bei der Erstellung des Berichts „Religionsfreiheit weltweit“ wurden alle Anstrengungen zur Einhaltung höchstmöglicher redaktioneller Standards unternommen. KIRCHE IN NOT (ACN) war es jedoch nicht möglich, sämtliche in diesem Bericht enthaltenen Informationen unabhängig zu überprüfen. Der Bericht stützt sich auf zahlreiche Quellen und stellt Fallstudien vor, um die Art und Schwere der Verstöße gegen die Religionsfreiheit zu verdeutlichen. Bei der Einordnung der Informationen ist zu bedenken, dass die beschriebenen Fälle beispielhaft ausgewählt wurden. Sie sollen verdeutlichen, wie sich die Lage der Religionsfreiheit darstellt. In vielen Fällen ließen sich auch andere Beispiele anführen. Geäußerte Ansichten oder Meinungen spiegeln nicht zwingend die Ansichten von KIRCHE IN NOT (ACN) wider. Vielmehr handelt es sich um individuelle Meinungen der mitwirkenden Autorinnen und Autoren.

Wenn nicht anders vermerkt, stammen alle Daten zu Ländern, Religionsstatistiken und Pro-Kopf-BIP (kaufkraftbereinigt, um Vergleiche zwischen den Ländern zu ermöglichen) von: Todd M. Johnson und Brian J. Grim, World Religion Database (Leiden/Boston: Brill, 2020). Die Gini-Index-Zahlen sind auf www.databank.worldbank.org verfügbar. Der Gini-Koeffizient gibt den Grad der Ungleichverteilung von Einkommen und Konsum an. Ein Gini-Koeffizient von 0 steht für vollkommene Gleichheit; ein Koeffizient von 100 für eine maximale Ungleichheit.

Einführung

von **Regina Lynch**,
Geschäftsführende Präsidentin von KIRCHE IN NOT (ACN) International

Das 1947 gegründete katholische Hilfswerk KIRCHE IN NOT (international: Aid to the Church in Need, ACN) setzt sich weltweit für notleidende und verfolgte Christen ein, die pastorale und materielle Hilfe benötigen. Seit mehr als 75 Jahren richtet das Hilfswerk, das zu einer Stiftung päpstlichen Rechts erhoben wurde, seine Projekte darauf aus, in den Regionen der Welt, in denen die katholische Kirche Diskriminierung, Unterdrückung und Verfolgung erfährt, den Glauben lebendig zu halten.

Diese Projekte gehen auf Initiativen katholischer Bischöfe und anderer Projektpartner zurück und werden von der katholischen Kirche gesteuert. Dennoch profitieren häufig auch andere Glaubensgemeinschaften unmittelbar oder mittelbar von der geleisteten Hilfe. In Libanon unterstützt KIRCHE IN NOT (ACN) zum Beispiel katholische Schulen, die überwiegend von Muslimen besucht werden. Die muslimischen Familien entscheiden sich für eine katholische Schule, weil sie wissen, dass ihre Kinder dort eine gute Ausbildung erhalten. Dies fördert auch den Dialog zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften.

In den Ländern südlich der Sahara verbreiten Dschihadisten von Boko Haram und Islamischem Staat (IS) Angst und Schrecken. Die Bewohner der betroffenen Dörfer – Muslime und Christen – suchen dann häufig Zuflucht in Kirchengebäuden, wenn sie nicht von Militär- oder Polizeikräften geschützt werden. Auch in diesen Fällen hilft KIRCHE IN NOT (ACN) den Priestern und Ordensschwestern, die die traumatisierten Menschen versorgen und ihnen Trost spenden. Wie Schwester Gloria in ihrem Vorwort schreibt, bleibt die katholische Kirche in extremen Krisensituationen, in denen Nichtregierungsorganisationen, UN-Mitarbeiter und Diplomaten den Rückzug antreten müssen, häufig die einzige Anlaufstelle, die materielle und seelsorgliche Hilfe bietet und sich für die Betroffenen einsetzt. Die Kirche geht nie fort, weil sie vor Ort fest verwurzelt ist.

Seit 1999 veröffentlicht KIRCHE IN NOT (ACN) den Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ mit Analysen aus 196 Ländern. Darin gehen die Autoren der Frage nach, wie es weltweit um dieses grundlegende Menschenrecht bestellt ist, das Anhängern aller Glaubensrichtungen zusteht. Häufig werden wir gefragt: „Warum erstellt ihr ausgerechnet einen Bericht zum Thema Religionsfreiheit?“ In dem von KIRCHE IN NOT (ACN) veröffentlichten Bericht „Verfolgt und vergessen?“ werden ja bereits die markantesten Entwicklungen zur Christenverfolgung dokumentiert. Im vorliegenden Bericht jedoch wird die Situation der Gläubigen noch einmal gezielt unter Berücksichtigung der Tatsache untersucht, dass jeder Mensch ein Recht auf Religionsfreiheit hat.

Aus den Rückmeldungen zu früheren Ausgaben des Berichts „Religionsfreiheit weltweit“ wurde zunehmend deutlich, dass es den Menschen nicht ausreicht, sich informieren zu lassen

und zu beten. Sie wollen konkret helfen. Menschen, die sich mit dem Bericht beschäftigt haben, wollten wissen, was sie tun können, um den Opfern von Verfolgung zu helfen und Verstöße gegen die Religionsfreiheit künftig zu verhindern.

Eine zentrale Antwort darauf lautet „Mitwirken“. Als ein katholisches Hilfswerk unterstützt KIRCHE IN NOT (ACN) mehr als 5.000 Projekte in über 130 Ländern in aller Welt. Erstmals in dieser Ausgabe sprechen wir Empfehlungen dazu aus, was Leserinnen und Leser tun können, um sich für die Religionsfreiheit einzusetzen.

Beten: Beten Sie – allein, in Ihrer Familie, in Gemeinden oder Gruppen – für die Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt.

Informieren: Machen Sie den vorliegenden Bericht persönlich und digital in Ihren Netzwerken – auch unter Angehörigen und Freunden – bekannt. Weisen Sie dabei auf die wichtigsten Ergebnisse des Berichts hin.

Die Stimme erheben: Machen Sie Fälle von verfolgten Menschen oder Glaubensgemeinschaften aus diesem Bericht bekannt, deren Religionsfreiheit eingeschränkt wurde. Treten Sie in Ihrer Gemeinde oder in den sozialen Medien für sie ein.

Die Politik einschalten: Rufen Sie Ihre politischen Vertreter (zum Beispiel Parlamentsabgeordnete) dazu auf, sich für die Rechte von Menschen einzusetzen, die wegen ihres Glaubens diskriminiert und verfolgt werden.

Informiert bleiben: Informieren Sie sich über neue Rechtsvorschriften und politische Maßnahmen, die dazu geeignet wären, gefährdete Glaubensgemeinschaften zu verfolgen.

Im Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ von KIRCHE IN NOT (ACN) wurden Informationen über Verstöße gegen dieses grundlegende Menschenrecht aus aller Welt zusammengetragen und analysiert. Er soll den Leserinnen und Lesern als Werkzeug dienen. Nehmen Sie dieses Werkzeug also in die Hand, teilen Sie es mit anderen und nutzen Sie es, um etwas zu ändern.



Inhalt

Einführung von Regina Lynch	1
Vorwort von Schwester Gloria Cecilia Narváez Argoty	3
Die wichtigsten Ergebnisse	4
Globale Analyse	8
Regionale Analyse	
Subsahara-Afrika	16
Festland-Asien	21
Maritimes Asien	26
Nahe Osten und Nordafrika	30
OSZE-Länder	36
Lateinamerika und die Karibik	41
Hintergrundinformationen	
Artikel 18: Ein unteilbares Recht geteilt	6
Nigeria: Eine gescheiterte Demokratie?	14
Gibt es nur <i>einen</i> Buddhismus?	24
Schulbücher und die Zukunft der Religionsfreiheit	28
Erzwungene Sprache	34
Religiöse Feiern und die Rückkehr der Freude	43
Für einen umfassenderen Dialog zwischen Katholiken und Muslimen	44
Fallstudien	
Nigeria: Gesteinigt wegen einer WhatsApp-Nachricht	13
Demokratische Republik Kongo: Smartphones, Seltene Erden und dschihadistische Gewalt	20
Indien: Gesetzliche Einflussnahme auf die religiöse Bevölkerungsstruktur	23
Libanon: Exodus der Christen	33
Finnland: Zensur gegen der Heiligen Schrift	39
Nicaragua: Verhaftung, Schändung, Abschiebung	40
Globale Entwicklung der Religionsfreiheit	46
Karte	48
Infografiken	50
Quellen	51

Vorwort

von **Schwester Gloria Cecilia Narváez Argoty**,
Franziskanerin von der Unbefleckten Empfängnis

Am 7. Februar 2017 wurde ich in Karangasso im Süden von Mali entführt – von einer Dschihadisten-Gruppe, wie sich später herausstellte. Nach vier Jahren und acht Monaten kam ich am 9. Oktober 2021 wieder frei. Es war zweifellos eine der bewegendsten Erfahrungen in meinem Leben. Auch wenn es paradox klingt, rückblickend war es vielleicht eine der größten Gnaden, die Gott mir zuteilwerden ließ.

Ich kam im Jahr 2010 nach Mali. Als Ordensschwester in einer mehrheitlich muslimischen Region lagen mir besonders die Frauen am Herzen. Diese Tatsache, dass ich in einer mehrheitlich muslimischen Region tätig war, ist mir sehr wichtig. Denn die Geschwisterlichkeit gehört zum Charisma des heiligen Franziskus von Assisi. Sie ist eine Gabe Gottes, die meinen Orden – die Franziskanerinnen von der Unbefleckten Empfängnis – in besonderer Weise prägt.

Wegen dieser Geschwisterlichkeit wurden wir Missionsschwestern von den Menschen in Mali sehr geschätzt. Die Muslime in der Gemeinde, in der wir tätig waren, bewunderten zwei Dinge an uns: unser unablässiges Beten und unsere aufrichtige Zuwendung. Sie nahmen wahr, dass wir gemeinsam beten und für andere tätig sind, dass wir trotz aller Unannehmlichkeiten und schwierigen Bedingungen freundlich bleiben und stets mit einem Lächeln eine gute Nachbarschaft pflegen. Wir haben nicht zwischen Ethnien, Klassen oder Religionen unterschieden. Wir sind jeder Person mit Nächstenliebe begegnet.

Familien luden uns in ihr Haus ein und teilten das Essen mit uns, zum Beispiel zur Feier des Fastenbrechens am Ende des Ramadans. Man hat uns stets mit großer Freundlichkeit behandelt. Geschlossene Türen oder unüberwindbare Mauern gab es nicht. So bot sich die Gelegenheit, auf unsere eigene Art und Weise das Evangelium zu verkünden. Wir erklärten, dass unsere Arbeit und geschwisterliche Verbundenheit mit unterschiedlichen Menschen nicht das Werk einzelner Schwestern, sondern eine Gnadengabe Gottes ist.

Aber für meine Entführer zählte all das nicht. In der Situation, in der ich mich befand, war nichts von der Geschwisterlichkeit übriggeblieben, die bis dahin eine Konstante meiner Missionstätigkeit gewesen war. Freiheit war nur noch ein Wort, eine riesige Sehnsucht. Vielleicht aufgrund dessen, was ich zuvor im ständigen liebevollen, respektvollen und freundlichen Umgang mit Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen und in den unterschiedlichsten Lebenslagen erlebt hatte, wurde mir im Laufe der Zeit bewusst, dass ich nicht nur meine Freiheit im physischen Sinne, sondern auch meine Glaubensfreiheit verloren hatte: Ich wurde verschleppt, geschlagen und beleidigt, weil ich mich zu meinem katholischen Glauben bekannte oder es zumindest versuchte.

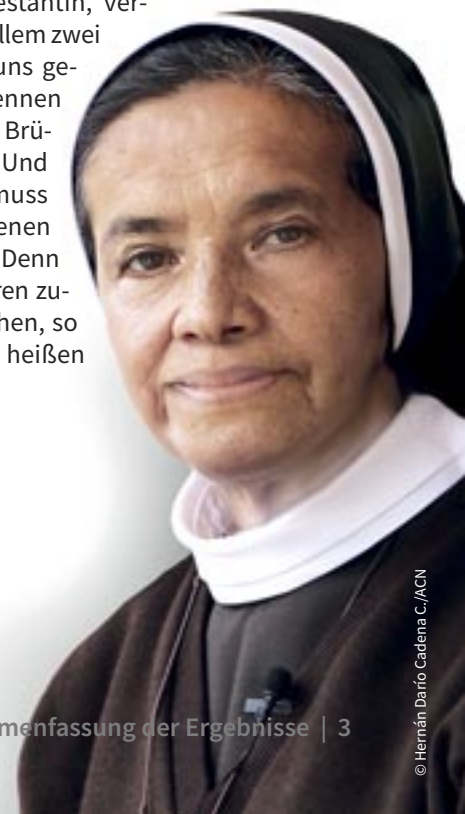
Doch trotz der widrigen Umstände, der täglichen Misshandlungen, der Demütigungen und des Entzugs von Essen und Trinken habe ich nicht ein einziges Mal versäumt, Gott dafür zu danken, dass ich am Morgen aufwachen durfte und inmitten all der Schwierigkeiten und Gefahren am Leben blieb: Wie könnte ich dich nicht loben und preisen, mein Gott, und dir danken? Du hast mich angesichts von Beleidigungen und Misshandlungen mit Frieden erfüllt!

Ich betete und bete noch heute auch für meine Entführer. Auch wenn ich geschlagen wurde, grundlos oder weil sie mich beten sahen, sagte ich mir: „Mein Gott, es ist hart, angekettet zu sein und geschlagen zu werden. Aber ich lebe diesen Augenblick so, wie du ihn mir schenkst ... Und trotz allem möchte ich nicht, dass einer der Entführer zu Schaden kommt.“

Als Missionsschwester habe ich mich nach besten Kräften bemüht, anderen mit Respekt zu begegnen. Das war ein wesentlicher Bestandteil meiner Arbeit. Anderen mit Liebe zu begegnen bedeutet, sie zu akzeptieren und zu respektieren. Wenn wir die Glaubensfreiheit anderer Menschen respektieren, können wir dasselbe auch für uns erwarten.

Wenn ich heute das Vorwort für die Ausgabe 2023 des Berichts „Religionsfreiheit weltweit“ verfasste, ist mir bewusst, wie wichtig es ist, über die Religionsfreiheit zu sprechen; wie wichtig es ist, die Religionsfreiheit zu schützen, vor allem in einer polarisierten Gesellschaft, wenn versucht wird, Verstöße gegen dieses grundlegende Menschenrecht unter den Teppich zu kehren.

Aus meiner Missionsarbeit und aus meiner Gefangenschaft, die ich zum Teil gemeinsam mit zwei weiteren Frauen, einer Muslimin und einer Protestantin, verbracht habe, habe ich vor allem zwei Dinge gelernt: Wenn wir uns gegenseitig schätzen, anerkennen und achten, können wir als Brüder und Schwestern leben. Und wer andere akzeptiert, muss deshalb nicht seine eigenen Überzeugungen aufgeben. Denn es geht darum, dem anderen zuzuhören und jeden Menschen, so wie er ist, willkommen zu heißen und anzuerkennen.



Die wichtigsten Ergebnisse

In einem angespannten globalen Klima, das von den Folgen der Covid-19-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine, dem militärischen und wirtschaftlichen Konflikt im Südchinesischen Meer und weltweit rapide ansteigenden Lebenshaltungskosten geprägt ist, finden Verstöße gegen die Religionsfreiheit in Ländern statt, die für mehr als 4,9 Milliarden Menschen Heimat sind. Dabei wird in 61 Staaten die Religionsfreiheit schwerwiegend verletzt.

Die Kategorie „Rot“ weist auf Verfolgung hin; sie umfasst 28 Länder, in denen 4,03 Milliarden Menschen leben. Dies ist mehr als die Hälfte (51,6 %) der Weltbevölkerung. Zu dieser Kategorie gehören 13 afrikanische Staaten, wo sich die Lage in vielen Regionen erheblich verschlechtert hat.

Die Kategorie „Orange“ weist auf Diskriminierung hin; zu ihr gehören 33 Länder, in denen fast 853 Millionen Menschen leben. In 13 dieser Länder wird eine Verschlechterung der Lage festgestellt.

Als „unter Beobachtung“ klassifiziert sind Länder, in denen neu auftretende Faktoren beobachtet werden, die das Potenzial haben, einen grundlegenden Zusammenbruch der Religionsfreiheit zu verursachen. In den Karten der regionalen Analyse am Ende dieser Publikation sind sie mit dem Symbol „Lupe“ gekennzeichnet.

Bei allen zuvor genannten Kategorien kann es vorkommen, dass **Hassverbrechen und Gräueltaten gegen religiöse Gruppen** verzeichnet werden. An ihnen lässt sich ablesen, dass Verstöße gegen die Religionsfreiheit stattfinden.

Alle anderen Länder wurden nicht klassifiziert, was aber nicht zwangsläufig bedeutet, dass dort in Bezug auf Religionsfreiheit ideale Bedingungen herrschen.

Im Berichtszeitraum fanden massivere und gezieltere Verfolgungen als in der Vergangenheit statt; dabei blieben die Täter immer häufiger straffrei. Oft werden bei den Verfolgungen extreme Verstöße gegen Artikel 18 der von den Vereinten Nationen herausgegebenen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – und damit gegen die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit – registriert.

1 Weltweit versuchen Autokraten und Anführer von fundamentalistischen Gruppierungen, ihre Macht zu erhalten oder weiter zu stärken. Dabei werden alle Menschenrechte, einschließlich der Religionsfreiheit, immer häufiger verletzt. Das Zusammenspiel aus terroristischen Anschlägen, der Zerstörung des religiösen Erbes und von religiösen Symbolen (wie in der Türkei und in Syrien), Wahlsystemmanipulationen (zum Beispiel in Nigeria und im Irak), Massenüberwachungen (wie in China), immer weiter verbreiteten Anti-Konversionsgesetzen und Finanzbeschränkungen (unter anderem in Südostasien und im Nahen Osten) führt dazu, dass alle Religionsgemeinschaften stärker unterdrückt werden.

2 Immer häufiger findet eine Mischung aus „höflicher“ und blutiger Verfolgung statt. Meist ohne Widerstand werden strittige Gesetze (zum Beispiel Anti-Konversionsgesetze), die die Religionsfreiheit beschränken oder bestimmte Religionsgemeinschaften diskriminieren, von staatlicher Seite angewandt. Gleichzeitig werden gewalttätige Angriffe auf Anhänger der „falschen“ Religion zur Normalität und bleiben in den meisten Fällen ohne strafrechtliche Konsequenzen (wie in Lateinamerika). Diese Entwicklung wird auch in westlichen Ländern beobachtet, doch herrschen dort bessere rechtliche Rahmenbedingungen.

3 Auch religiöse Mehrheiten werden immer häufiger verfolgt. In der Vergangenheit waren zumeist Angehörige von religiösen Minderheiten Opfer von Verfolgungen. Mittlerweile sind auch häufiger religiöse Mehrheiten von Verfolgung betroffen (beispielsweise in Nigeria und Nicaragua).

4 Die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft auf Gewalttaten von „strategisch wichtigen“ autokratischen Regimen (wie in China und Indien) zunehmend verhalten reagiert, deutet darauf hin, dass sich eine Kultur der Straffreiheit entwickelt. Wichtige Länder (wie Nigeria und Pakistan) entgehen nach Verstößen gegen die Religionsfreiheit internationalen Sanktionen und anderen Strafen.

5 „Opportunistische Kalifate“ sind auf dem Vormarsch. Im Berichtszeitraum haben transnationale dschihadistische Netzwerke in Afrika zunehmend ihre Taktik geändert. Die Strategie, bestimmte Gebiete zu erobern und zu verteidigen, wird dabei nach und nach durch Überraschungsangriffe auf schlecht verteidigte Gebiete (die wie in der Demokratischen Republik Kongo möglichst reich an Bodenschätzen sind) abgelöst. Dadurch sollen isolierte Gemeinschaften (zum Beispiel in Mosambik) geschaffen werden. Die bislang verübten tödlichen Anschläge und Plünderungen weichen zunehmend einem System aus rechtswidrigen Steuern und Handelstätigkeiten, woraus sich ein „Staat im Staat“ entwickelt. Die unsichere Lage und fehlende staatliche Kontrollen führen teilweise zu Aufständen und Militärputschen (zum Beispiel in Mali und in Burkina Faso).

6 Entgegengesetzte Trends in der muslimischen Gemeinschaft treten deutlicher zutage. Auf der einen Seite haben islamistische Terrororganisationen und kriminelle Netzwerke (wie in Afrika) mehr Zulauf durch eine entrechtete, verarmte und frustrierte Jugend. Auf der anderen Seite geht aus aktuellen Erhebungen hervor, dass sich immer mehr Muslime, insbesondere im Iran, als nicht religiös definieren.



7 Muslime werden vermehrt, teilweise auch durch Glaubensgeschwister, verfolgt. Die unerbittliche Verfolgung der Uiguren in China hält an, aber auch in Indien und Myanmar sind Muslime Opfer von Diskriminierung und Verfolgung. Ferner werden häufiger Fälle von Verfolgung innerhalb der muslimischen Gemeinschaft verzeichnet. Konflikte gibt es dabei zwischen Sunniten und Schiiten (wie bei der Verfolgung der Hazara in Afghanistan), zwischen den Verfechtern einer nationalen und einer „fremden“ Glaubensauslegung und zwischen Anhängern der vorherrschenden und sogenannten „abweichenden“ Richtungen des Islam (wie bei den Ahmadiyya in Pakistan).

8 Jüdische Gemeinschaften im Westen sind häufiger Ziele von Angriffen. Bei den antisemitischen Hassverbrechen in den OSZE-Ländern wird ein Anstieg von 582 Fällen im Jahr 2019 auf 1367 Fälle im Jahr 2021 festgestellt.

9 Entführungen, sexuelle Gewalt, Versklavung und Zwangskonversionen halten unvermindert an und bleiben weitgehend straffrei (wie in Westafrika und Pakistan). Entführungen und Menschenhandel werden durch eine größere Armut und mehr bewaffnete Konflikte befeuert. In vielen Ländern sind vor allem Frauen und Mädchen, die einer religiösen Minderheit angehören, Opfer dieser Gewalthandlungen.

10 Zahlen zu religiösen Anhängern werden als Mittel zum politischen Machterhalt künstlich in die Höhe getrieben. Einige Glaubensgemeinschaften versuchen, ihren politischen, religiösen und gesellschaftlichen Status dadurch zu erhalten, dass sie die Anzahl ihrer Mitglieder künstlich in die Höhe treiben. Dazu werden beispielsweise falsche Daten zur Religionszugehörigkeit bei der Registrierung von Neugeborenen erfasst oder Volkszählungen auf unbestimmte Zeit verschoben (wie im Libanon, in Indien und Malaysia).

11 Verstärkte Kontrollen, darunter auch Massenüberwachungen, wirken sich negativ auf Religionsgemeinschaften aus. In westlichen Ländern werden soziale Medien genutzt, um religiöse Gruppen auszuschließen und anzugreifen. Durch diese Entwicklung werden Grundfreiheiten wie die Gewissens-, Gedanken-, Religions-, Rede-, Bewegungs- und Versammlungsfreiheit beschnitten.

12 Im Westen entwickelte sich die sogenannte „Cancel Culture“, mit der eine „erzwungene Sprache“ eingeht. Personen, die aus religiösen Gründen andere Ansichten vertreten, werden (verbal) angegriffen. Wird die vorherrschende ideologische Überzeugung aus

Glaubensgründen nicht ausdrücklich geteilt, drohen rechtliche Konsequenzen, wie zum Beispiel der Verlust des Arbeitsplatzes. Diese Entwicklung wird insbesondere durch die sozialen Medien verstärkt.

13 In Schulbüchern finden sich Inhalte, die religiöse Minderheiten herabwürdigen (zum Beispiel in Pakistan und Indien). Dies könnte zukünftig erhebliche Auswirkungen auf die interreligiösen Beziehungen haben.

14 Anti-Konversionsgesetze kommen immer häufiger zum Tragen. Ebenso werden vermehrt Strategien zur „Rückbekehrung“ verfolgt: Bei einem Beitritt oder einer Rückkehr zur religiösen Mehrheit werden finanzielle Vorteile in Aussicht gestellt (beispielsweise in Asien und Nordafrika). Es gibt Hinweise darauf, dass religiöse Mehrheiten ihre politische Macht dadurch zu erhalten versuchen, dass sie neue Gesetze einführen oder auf eine strengere Einhaltung der vorhandenen Anti-Konversionsgesetze bestehen. Im Zuge der Bemühungen, Gläubige zur Rückkehr zur ursprünglichen Religion zu bewegen, werden finanzielle Vorteile eingeräumt. Umgekehrt werden Abtrünnigen finanzielle Hilfen entzogen, wodurch ganze Familien aus ärmeren Regionen in ihrer Existenz bedroht sind.

15 Religiöse Oberhäupter und andere Kirchenmitarbeiter sind zunehmend Angriffen von organisierten kriminellen Vereinigungen ausgesetzt (zum Beispiel in Lateinamerika). Religiöse Vertreter, die sich für Migranten und andere benachteiligte Gemeinschaften einsetzen, geraten ins Visier von kriminellen Banden und müssen mit Entführungen oder sogar tödlichen Übergriffen rechnen, weil sie sich gegen die kriminellen Organisationen stellen und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung ergreifen.

16 Nach Aufhebung der „Covid-19-Lockdowns“ werden religiöse Feste mit einer Rekordbeteiligung begangen. Nach drei Jahren, die in den meisten Teilen der Welt von Einschränkungen geprägt waren, werden wichtige religiöse Feste als Ausdruck der allgemeinen Religiosität wieder öffentlich begangen. Millionen von Gläubigen haben daran teilgenommen.

17 Es finden mehr Initiativen zur Förderung des interreligiösen Dialogs statt. Papst Franziskus und weitere internationale Kirchenoberhäupter nähern sich anderen Religionsgemeinschaften vermehrt an. Indonesiens führende religiöse Organisation *Nahdlatul Ulama* tritt zunehmend mit Vertretern der hinduistischen Religion in den Austausch. Beim G20-Gipfel auf Bali im November 2022 hatte die indonesische Organisation ein ständiges Gremium für Religionsfragen unter Beteiligung von anderen großen Glaubensgemeinschaften eingerichtet.



Artikel 18: Ein unteilbares Recht geteilt

Von Dr. José Luis Bazán

Bei der Ausarbeitung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Mai 1948 schlug der Vertreter der UdSSR vor, die Eigenständigkeit der Gedankenfreiheit stärker zu betonen und die Gedankenfreiheit über die Religionsfreiheit zu stellen, um „der Gewissensfreiheit mehr Gewicht zu verleihen“, „die Entwicklung der modernen Wissenschaften zu fördern ... [und] alle veralteten Überzeugungen und religiösen Fanatismus über Bord zu werfen“.¹ Die sowjetische Delegation begründete den Vorschlag damit, dass „der Ausdruck ‚Gedankenfreiheit‘ wissenschaftliches und weltanschauliches Denken ebenso wie religiöses Denken einschließt“.² Ähnlich argumentierte auch der Vertreter Chinas, der die Ansicht äußerte, dass „Gedankenfreiheit die Gewissensfreiheit und die Religionsfreiheit beinhaltet“.³

Die Vereinigten Staaten befürworteten hingegen den Vorschlag, die „Religionsfreiheit“ (und nicht nur die „freie Glaubensausübung“) in Artikel 18 der Erklärung aufzunehmen.⁴ Doch endgültige Einigung konnte nur auf der Grundlage eines von den Philippinen formulierten Grundsatzes erzielt werden, wonach eine Menschenrechtserklärung „versuchen sollte [...], eine gemeinsame Philosophie aller Nationen zum Ausdruck zu bringen und so den Fortschritt der Menschheit zu fördern“,⁵ indem sie ein einheitliches Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit gewährt. Die UdSSR akzeptierte widerwillig die endgültige Version des Entwurfs, weil „andere Länder nicht so fortschrittlich wie sie selbst waren und man daher nicht zu viel erwarten durfte“.⁶

Der von der UdSSR 1948 aufgeworfene Gedanke, das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit in drei eigenständige, aber miteinander zusammenhängende Rechte aufzuteilen, ist heute wieder aktuell. So gibt es etwa Bestrebungen, die einzelnen Bestandteile von Artikel 18 aufzugliedern und in eine Rangfolge zu bringen. Nach dieser Denkweise würde man die Gedanken- und die Gewissensfreiheit dem Bereich des Nichtreligiösen zuordnen, während die Religionsfreiheit den Gläubigen vorbehalten wäre.

Diese Aufgliederung eines Rechts in drei Rechte kam etwa in dem Bericht „The Freedom of Thought“ des UN-Sonderberichterstatters für Religions- und Weltanschauungsfreiheit vom 5. Oktober 2021 zur Sprache, der erklärte: „Die Gedankenfreiheit wird als einer von drei unterschiedlichen,

aber gleichwertigen Bestandteilen des Rechts auf ‚Gedanken-, Gewissens- und Religions- oder Weltanschauungsfreiheit‘ gesehen.“⁷ Nach dieser Sicht handelt es sich also eigentlich um drei Rechte und nicht, wie es ursprünglich gedacht war, um ein unteilbares Recht mit drei Aspekten, wobei einer davon die Gedankenfreiheit ist.

Diese Argumentationslinie ist auch in Schriften humanistisch orientierter Organisationen erkennbar. Im jährlich erscheinenden Bericht „Freedom of Thought“ dokumentiert *Humanist International* beispielsweise „Verstöße gegen die Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit [...] von nicht religiösen Menschen im Alltag“,⁸ ohne das Wort „Religion“ zu nennen.

Auch im „#Faith4Rights Toolkit“ des UN-Hochkommissars für Menschenrechte wird dieses Recht neu definiert. So erklären die Autoren in Modul I zum Thema Gewissensfreiheit: „Die Gewissensfreiheit ist unerlässlich und umfassender als die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit.“⁹

Diese Bestrebungen lassen die harmonische Geschlossenheit dieses dreigliedrigen Rechts – und des Menschenrechtssystems, wonach alle Menschen gleich an Würde sind – außer Acht und stehen im Widerspruch zum Geist von Artikel 18, der dem transzendenten Bewusstsein eines jeden Menschen und seinem Denken, seinen Gefühlen, seinen Entscheidungen in Bezug auf die grundlegendsten Fragen des menschlichen Lebens und seiner endgültigen Bestimmung Raum gibt und ihm eine entsprechende Lebensführung ermöglicht.

Der These von Karl Marx folgend, dass die Menschheit „vom religiösen Spuk“¹⁰ befreit werden sollte, würde der Versuch, die Religionsfreiheit der Gedanken- und der Gewissensfreiheit unterzuordnen, die Religionsfreiheit zu einem Recht „zweiter Klasse“ degradieren, das dem Irrationalen, dem Abergläubischen und dem Sektiererischen zugeordnet wird und deshalb eine unversiegbare Quelle von Problemen ist. Zugleich würden die beiden anderen Aspekte zu Rechten „erster Klasse“ erhoben, die dem Rationalen und Allgemeinen zugeordnet werden und zur Lösung sozialer Konflikte herangezogen werden. Letzten Endes würde es auf eine „Befreiung der Religionsfreiheit von der Religion“ hinauslaufen.

Die Religionsfreiheit hatte in der Geschichte der Menschheit schon immer ihren Platz, denn sie war „für die Entwicklung und die Durchsetzung der Menschenrechtsidee in der Verfassungsgeschichte Europas und Nordamerikas von entscheidender Bedeutung“¹¹ und gilt als das zuverlässigste Signal für allgemeine Menschenrechtsverletzungen in einem Unterdrückungsregime oder in einer Diktatur.

Die Religionsfreiheit, die sich nicht auf die freie Glaubensausübung reduzieren lässt, weil „sie auf das gesamte geistliche und praktische Leben des Menschen ausstrahlt“,¹² kann ohne die Gedankenfreiheit und die Gewissensfreiheit nicht existieren, weil diese Freiheiten als solche bereits eine Haltung zur Religion implizieren, sei es Treue, Ablehnung oder Gleichgültigkeit.



© Attkens-Flickr

Die Statue „Freedom of Religion“ stellt einen Mann dar, der eine Kugel mit den Symbolen der bedeutendsten Religionen der Welt in die Höhe hält, um so die Heiligkeit der Glaubensbekenntnisse symbolisch zu bewahren und zu stärken – so interpretiert es die Künstlerin Marlene Hilton Moore. The McMurtry Gardens of Justice in Toronto, Kanada, 2012.]

Hintergrundinformation

Globale Analyse

Von **Dr. Marcela Szymanski**

Der Berichtszeitraum von Januar 2021 bis Dezember 2022 stand ganz im Zeichen der Covid-19-Pandemie, eines weltweit nie dagewesenen Gesundheitsnotstands. Als Reaktion darauf wurden internationale Maßnahmen zur Bewältigung der Krise angestoßen, darunter „Lockdowns“ sowie andere weitreichende Restriktionen und Impfkampagnen, die ihrerseits bislang einmalig waren. 2022 stand die Welt dann im Bann des Ukrainekriegs und seiner politischen Folgen. Neben einer starken Inflation und der damit verbundenen wirtschaftlichen Krise gab zudem der bewaffnete internationale Konflikt, der im Südchinesischen Meer drohte, Anlass zur Sorge. Aufgrund dieser und anderer Faktoren trat das Thema Religionsfreiheit zu einer Zeit in den Hintergrund, in der weltweit immer häufiger Verstöße gegen dieses grundlegende Menschenrecht stattfanden. Mithilfe dieser Analyse soll gezeigt werden, dass die Covid-19-Pandemie besonders desaströse Auswirkungen auf einige religiöse Minderheiten hatte. Während die internationale Aufmerksamkeit anderen Themen galt, wurden diese Opfer von Straftaten, ohne dass strafrechtliche Konsequenzen drohten.

Im Gegensatz zu früheren Ausgaben dieses Berichts, in denen an dieser Stelle eine geografische Einteilung vorgenommen wurde, setzt sich die nachstehende Analyse vorwiegend mit den wichtigsten Themen und Entwicklungen auseinander. In dem von KIRCHE IN NOT (ACN) herausgegebenen Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ werden Verstöße gegen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit in unterschiedliche Kategorien eingeteilt. Ausgangspunkt sind dabei die unterschiedlichen Ausprägungen von Intoleranz, die dann ab einem gewissen Punkt in „Diskriminierung“ übergehen. Diese liegt unter anderem vor, wenn für einzelne Angehörige einer Religionsgemeinschaft oder ganze Religionsgemeinschaften andere gesetzliche Regeln gelten. Als schwerwiegende Form von Intoleranz werden „Verfolgungen“ betrachtet, bei denen Menschen von staatlichen und nicht staatlichen Akteuren offen und straffrei unterdrückt und verfolgt werden.

Aus den Recherchen für den 2023 herausgegebenen Bericht geht hervor, dass in 61 Ländern Diskriminierungen und Verfolgungen nachweislich stattfinden. Dort ist das grundlegende Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit gefährdet oder wird durch neue Gesetze beschnitten. Infolgedessen sind Bürger Opfer von staatlichen Verfolgungen oder von tödlichen Übergriffen, während die internationale Gemeinschaft darauf oft nur geringfügig oder gar nicht reagiert.

In dieser Ausgabe des Berichts wird auf die tendenziell zunehmende Bedrohung von religiösen Minderheiten durch Autokraten hingewiesen. Autokraten werden hier als Herrscher definiert, die von ihrer Macht, von Gewaltanwendung und wirtschaftlichen Ressourcen mit wenigen oder ohne Einschränkungen Gebrauch machen. Dazu L. Reardon

(2019): „Ganz gleich, ob ein absoluter Monarch oder eine andere Obrigkeit, ein religiöser, militärischer, faschistischer oder kommunistischer Führer autokratisch herrscht – er bezieht seine Legitimation daraus, dass er konkurrierende Machtzentren in einem Staat kontrolliert.“¹³ Häufig sind Religionsgemeinschaften solche „Machtzentren“, weil sie „Bürger mobilisieren können“¹⁴, die der Autokrat zu beherrschen versucht.

Während der Berichtszeitraum **neue Autokraten hervor gebracht** hat, konnten seit Längerem herrschende autokratische Machthaber ihre Position in dieser Zeit stärken. In beiden Fällen gingen Autokraten vehement gegen religiöse Oberhäupter und Religionsgemeinschaften vor, weil sie deren gesellschaftlichen Einfluss und Status fürchteten. Bisweilen versuchten sie auch, diese für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Autokraten stehen vor der Herausforderung, ihre häufig gewaltsamen und repressiven Maßnahmen zur vollständigen Ausschaltung der Opposition, darunter auch Religionsgemeinschaften, so zu dosieren, dass sie eine humane Fassade aufrechterhalten können, die für die Weltgemeinschaft annehmbar ist. Pandemiebedingte wirtschaftliche Herausforderungen, welche durch die Energieknappheit aufgrund des Ukrainekriegs noch verschärft wurden, sowie konkurrierende internationale Handelsinteressen führten zu einem zynischen Pragmatismus – zu einer **selektiven Blindheit und Taubheit unter den führenden westlichen Vertretern**. Regierungen, die davor ganz besonders stolz auf eine „regelbasierte Weltordnung“ waren, machten sich nicht mehr für international anerkannte Menschenrechtsstandards stark.

Unter die **Kategorie „Rot“ (Verfolgung)** fallen 28 Länder, in denen insgesamt 4,02 Milliarden Menschen leben. Dies entspricht einem Anteil von 51,6 % an der Weltbevölkerung. Besonders hervorzuheben sind dabei China und Indien, die beiden weltweit bevölkerungsreichsten Staaten, in denen die schlimmsten Verstöße gegen die Religionsfreiheit stattfinden.

Autokraten verfolgen auf verschiedenen Regierungsebenen eine Politik, die massive Repressionen mit „sanfter Verfolgung“ kombiniert. So werden unter anderem Zugänge zu Arbeitsplätzen, Bildung und Gesundheitsdiensten kontrolliert, Instrumente zur Massenüberwachung eingeführt, finanzielle und wahlrechtliche Hürden auferlegt und Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit vernachlässigt, wenn Religionsgemeinschaften von örtlichen Gruppen oder Terroristen angegriffen werden. Die Machthaber – staatliche und nicht staatlichen (terroristische) Akteure – verfolgen mit ihrer Strategie ein einziges Ziel: Die von der unerwünschten Religionsgemeinschaft ausgeübte konkurrierende Autorität soll zunichtegemacht werden.

Bei der Art der Täter gibt es eine neue Entwicklung: So sind es **zunehmend Staaten, die ihre eigenen Bürger verfol-**

gen. Einige Länder, die unter die Kategorie „Verfolgung“ fallen – insbesondere mit Regierungen, die eine religiöse Mehrheit vertreten –, manipulieren nicht nur ihre Bürger in Bezug auf religiöse Überzeugungen, sondern treiben auch die Anzahl ihrer religiösen Anhänger künstlich in die Höhe, um die eigene politische Dominanz zu festigen und zu vergrößern.

In der Kategorie „Orange“ (Diskriminierung) wurden im Berichtszeitraum erhebliche Änderungen verzeichnet. Unter den 33 Ländern dieser Kategorie gibt es mit Haiti, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten drei Neuzugänge. Während es 2021 für manche Länder im Nahen Osten und in Asien Anlass zur Hoffnung gab, weil sich dort offenbar ein Bewusstsein für Religionsfreiheit entwickelte, wird diese Hoffnung durch die Verschärfung von bestehenden Gesetzen und Strafen (zum Beispiel durch sogenannte „Anti-Konversionsgesetze“) zerschlagen. Unterdessen gibt es im Bildungssystem wenig Verbesserungen, um die Diskriminierung von religiösen Minderheiten zu verringern (*siehe Hintergrundinformationen „Schulbücher und die Zukunft der Religionsfreiheit“*).

Eine Einstufung in die Kategorie „Orange“ verweist ferner darauf, dass autoritäre Machthaber einerseits Gesetze ändern, um die Religionsfreiheit zu beschneiden, und andererseits **den Opfern von physischer Gewalt keinen Schutz und keine rechtlichen Möglichkeiten bieten**.

Schließlich gibt es noch die Kategorie „unter Beobachtung“. Wie im Bericht 2021 betont, ist eine kontinuierliche Wachsamkeit gefordert, weil Menschenrechte häufig nach und nach und in kleinen Schritten wegfallen und dies erst dann bemerkt wird, wenn es schon zu spät ist. Oft wird dabei der folgende Grundsatz der Religionsfreiheit immer mehr untergraben: „die Freiheit, seine Religion oder seinen Glauben zu ändern, und die Freiheit, seine Religion oder seinen Glauben allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat, durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst sowie Riten und Bräuche zu bekunden“.¹⁵ Jeder dieser Aspekte der Religionsfreiheit ist grundlegend und unerlässlich. Falls einer von ihnen eingeschränkt wird, kann dies als allgemeine Bedrohung für die Religionsfreiheit gewertet werden. Wird festgestellt, dass die Ausübung dieses Grundrechts nicht mehr gewährleistet ist, weil ein Land sich beim Schutz der Bürger seiner Verantwortung entzieht, dann wird das betreffende Land „unter Beobachtung“ gestellt. Eine Einstufung in diese Kategorie erfolgt, wenn laut Länderberichten nicht nur gravierende Verstöße zugenommen haben, sondern auch Fälle von Intoleranz, Diskriminierung und bisweilen sogar Verfolgung in unterschiedlicher Ausprägung verzeichnet wurden. Dazu gehören zum Beispiel vereinzelt Anschläge oder sogar tödliche Übergriffe mit eindeutig religiösem Motiv und die Zerstörung oder Verwüstung von religiösen Andachtsstätten. Die beiden Länder Haiti und Israel, die 2021 noch „unter Beobachtung“ standen, wurden eine Stufe höher in die Kategorie „Orange“ eingeordnet. Gleichzeitig wurden die folgenden acht Länder in diese Kategorie neu aufgenommen: Argentinien, Guinea-Bissau, Benin, Burundi, Eswatini, Ghana, Indonesien und Madagaskar.

Entschlossene und selbstbewusste Autokraten

Autokraten, die die schlimmsten Verstöße gegen die Religionsfreiheit begehen, gehören wahrscheinlich zu einer oder mehreren der folgenden **Täterkategorien**: zu autoritären Regimen, islamistischen Extremisten oder ethno-religiösen Nationalisten. Eine weitere Täterform sind **organisierte kriminelle Vereinigungen**, die ihre Autorität gefährdet sehen. In einigen Teilen der Welt handelt es sich dabei um De-facto-Machthaber, denen mehr Finanzmittel und bessere Waffen als dem Staat zur Verfügung stehen. Diese vermitteln so den Eindruck, dass die Regierung ihre Verantwortung, alle Bürger zu schützen, abgegeben hat, oder dass die staatlichen Behörden in Wirklichkeit mit den kriminellen Organisationen kooperieren. Organisierte kriminelle Vereinigungen sind vor allem in „Failed States“ – ganz oder teilweise „gescheiterten Staaten“ –, wie Somalia, Libyen, Afghanistan, Haiti und Syrien, präsent.

Staatliche Autokraten haben im Gegensatz zu organisierten kriminellen Vereinigungen mehr Möglichkeiten, Menschenrechtsverstöße unter einem demokratischen Deckmantel zu verbergen. Dazu verweisen sie auf in irgendeiner Form erfolgte Wahlen, durch die sie an die Macht gekommen sind. Das Dilemma jedoch, in dem Autokraten stecken, die religiöse Mehrheiten manipulieren (*siehe dazu die Länderberichte zu Pakistan, Indien, Sri Lanka und Myanmar*), ergibt sich daraus, dass sie zum einen ihre Wählerschaft zufriedustellen, zum anderen eine „demokratische“ Fassade gegenüber ihren internationalen Partnern aufrechterhalten müssen (*siehe Fallstudie Nicaragua*).

Eine weitere vermeintlich demokratische Methode zur Unterdrückung von religiösen Minderheiten ist die Verabschiedung von **Gesetzen, die diese von Finanzierungsquellen abschneiden**. Indiens „Foreign Currency Regulation Act“ – ein kompliziertes Regelwerk, das ausländische Finanzierungsmöglichkeiten für lokale Organisationen beschränkt – hat zum Beispiel dazu geführt, dass religiöse Einrichtungen ihre sozialen Dienste für die ärmsten Bevölkerungsschichten einstellen mussten.

In „Religionsfreiheit weltweit“ 2021 haben wir auf den Begriff „**höfliche Verfolgung**“ verwiesen, der von Papst Franziskus geprägt wurde. Damit nimmt er Bezug auf vorwiegend in westlichen Ländern eingeführte Gesetze, die grundlegende Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen, beschneiden und dies als Fortschritt darstellen. In vielen Ländern haben sich die mit diesem Vorgehen verbundenen Befürchtungen bewahrheitet. Dort ist Intoleranz in Diskriminierung umgeschlagen; es wurden Gesetze eingeführt, die grundlegende Bürgerrechte beschneiden. Mitarbeiter des Gesundheitswesens verlieren beispielsweise ihr Recht auf Gewissensfreiheit, wenn sie unter Androhung eines Arbeitsplatzverlustes Behandlungen wie Sterbehilfe oder späte Schwangerschaftsabbrüche mittragen müssen. Auch wird dadurch möglich, dass Menschen verhaftet werden, die vor einer Abtreibungsklinik friedlich beten (*siehe regionale Analyse OSZE-Staaten*).

Eine neue Herausforderung für die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit ist die „erzwungene Sprache“. Diese entwickelte sich aus einem aktuellen kulturellen Phänomen, das auf einer Vielzahl von neuen anthropologischen Normen und Konzepten beruht. Behörden, darunter auch Gerichte, haben damit begonnen, neue Definitionen der persönlichen Identität einzuführen. Dabei wird von den Bürgern nicht nur erwartet, Regeln offiziell anzuerkennen, die möglicherweise mit ihrem Gewissen nicht vereinbar sind. Sie werden sogar dazu gezwungen, die neuen Definitionen zu verwenden, weil sie ansonsten riskieren, wegen Hassrede belangt zu werden. Die Vorgabe eines sprachlichen Rahmens wird zum Mittel, um die Verweigerung aus Gewissensgründen abzulehnen (**siehe regionale Analyse Lateinamerika und Hintergrundinformationen „Erzwungene Sprache“**).

Der Fall der ehemaligen finnischen Innenministerin Päivi Räsänen, der in dieser Ausgabe behandelt wird (**siehe Fallstudie Finnland**), zeigt ein weiteres Problem, das mit einer allzu vagen Definition von Hassrede einhergeht: die Zensur. Im April 2020 wurde Räsänen vom Staat verklagt, weil sie 2004 einen Beitrag über Ehen im Internet geteilt hatte, der ein Bibelzitat enthielt. Hierbei wurde das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen (auch aus religiösen Motiven) und auf Gedankenfreiheit verletzt bzw. verwehrt.

Künstlich erzeugte Minderheiten

Die Formulierung „Angriffe auf Minderheiten“ ist ein oft wiederholter Vorwurf. Dabei stellt sich die Frage, was genau dahintersteckt. In einigen Kulturen bringt der Minderheitenstatus gewisse Privilegien mit sich und kann deshalb positiv gewertet werden. In anderen Fällen ist diese Bezeichnung irreführend und ignoriert die tatsächliche Größe der betreffenden Religionsgemeinschaft, ihren historischen und allgemeinen kulturellen Einfluss auf die Gesellschaft und ihre herausragende Rolle in Schulen und anderen Sozialeinrichtungen.

Mehr Sorge bereiten hingegen Hinweise, dass **zahlenmäßige, wirtschaftliche oder politische Minderheiten**

möglicherweise „künstlich erzeugt“ werden. Dabei werden Gemeinschaften durch gewaltsame und gewaltfreie Maßnahmen in die Bedeutungslosigkeit gedrängt, um politische und/oder wirtschaftliche Vorteile für die Mehrheit zu erreichen.

Zahlen spielen eine große Rolle. Am 25. April 2023 war in der britischen Zeitung Financial Times zu lesen, wie wichtig **die religiöse Bevölkerungsstruktur** in Indien und Nigeria ist. Diese hat Einfluss darauf, wie Machtverhältnisse sich formieren oder erhalten bleiben. Dem Zeitungsartikel zufolge „bestimmen Bevölkerungszahlen weitgehend die politische Vertretung und die Höhe der vom Staat an die jeweilige Region ausgezahlten Finanzmittel“. Dem Beitrag war auch zu entnehmen, dass viele Regierungen Bevölkerungserhebungen seit Jahrzehnten verschieben, weil sie durch mögliche ungünstige demografische Veränderungen ihren Machtverlust gefährdet sehen. Laut Bericht wird darüber hinaus „führenden politischen, religiösen und ethnischen Regionalvertretern vorgeworfen, die Zahlen künstlich in die Höhe zu treiben“.¹⁶

Die religiöse Bevölkerungsstruktur kann auf vielfältige Weise manipuliert werden, unter anderem durch positive Versprechen, wenn eine bestimmte Religion angenommen oder beibehalten wird. Einige Berichte aus Ländern in Asien, dem Nahen Osten und Nordafrika machen zum Beispiel deutlich, dass staatliche Einrichtungen **mit materiellen Vorteilen für bestimmte Religionsgemeinschaften** versuchen, deren Mitgliederzahlen aufrechtzuerhalten, um politischen Nutzen daraus zu ziehen. In Malaysia werden Neugeborene grundsätzlich als Angehörige der religiösen Mehrheit registriert; Eltern können dies erst nachträglich ändern lassen. In Pakistan sehen neue Gesetze vor, dass nur Mitglieder der religiösen Mehrheit Zugang zu militärischen und staatlichen Posten, nationalen Sportmannschaften und besser bezahlten Arbeitsstellen haben. In Indien und im Libanon gibt es Personenstandsgesetze und Regelungen, die ausschließlich den Angehörigen der religiösen Mehrheit finanzielle Vorteile einräumen (**siehe Fallstudie „Indien: Gesetzliche Einflussnahme auf die religiöse Bevölkerungsstruktur“**).



Negativer Druck wird auf Religionsgemeinschaften durch Gesetze ausgeübt, die den Religionswechsel unter Strafe stellen. Die in Asien immer häufiger anzutreffenden sogenannten **Anti-Konversionsgesetze** sehen Geld- und Haftstrafen nicht nur für Konvertierten, sondern auch für deren geistliche Begleiter vor. Im Nahen Osten steht auf Apostasie zum Teil sogar die Todesstrafe. Umgekehrt winken reuigen Rückkehrern aus religiösen Minderheiten bei ihrem Wiedereintritt in die Gemeinschaft der religiösen Mehrheit finanzielle Vorteile (*siehe Regionale Analyse Asien und Naher Osten*).

Ferner wird den religiösen Minderheiten in einigen Ländern **die Teilnahme am politischen Leben erschwert**. Die Restriktionen reichen dabei von der Einschränkung des Wahlrechts bis hin zu einem Verbot¹⁷ für Anhänger von religiösen Minderheiten, Regierungsämter zu übernehmen (*siehe Fallstudie „Libanon: Exodus der Christen“ und Länderberichte zu Afghanistan, Algerien, Iran, Malaysia, den Malediven, Pakistan und Saudi-Arabien*).

Eine besonders kriminelle Form der demografischen Manipulation liegt vor, wenn Religionsgemeinschaften infolge von **konstanter Diskriminierung und gewaltsamen Übergriffen** in die Rolle der Minderheit gedrängt werden. Im Irak und in Syrien führten zum Beispiel gezielte und anhaltende Gewalthandlungen gegen Christen dazu, dass viele auswanderten. Damit wurde eine religiöse Minderheit so weit dezimiert, dass ihr langfristiger Fortbestand im Land fraglich ist.

Bei der durch extremistische Gewalt ausgelösten Migration zeichnet sich in Teilen Afrikas eine Wiederholung der Geschichte ab. Aus den Länderberichten geht hervor, dass dschihadistische Ableger von al-Qaida und des Islamischen Staats relativ ungeschützte ländliche Regionen mit dem Ziel territorialer Eroberungen angreifen. Dabei nehmen sie aber auch wie in der Demokratischen Republik Kongo und in Mosambik Gebiete ins Visier, die reich an Bodenschätzen sind. Obwohl sich die islamistische Gewalt in der Regel unterschiedslos gegen Muslime und Christen gleichermaßen rich-

tet, werden im Vergleich zu unserem vergangenen Bericht **immer häufiger Christen Opfer der dschihadistischen Übergriffe** (*siehe Fallstudie „Nigeria: Gesteinigt wegen einer WhatsApp-Nachricht“*).

Anschläge finden während christlicher Gottesdienste statt, und häufig gehen die Attentäter besonders grausam vor. Laut der Aussage von Geistlichen im nigerianischen Bundesstaat Benue werden die Opfer teilweise erschossen und anschließend mit einer Machete oder anderen Waffen im Gesicht so verstümmelt, „dass Gott sie nicht mehr wiedererkennen kann“.¹⁸ Ebenso werden Priester und Ordensschwwestern Opfer von Terroristen, die diese entführen oder töten. Kapellen und Schulen sind häufig Ziel von terroristischen Brandanschlägen. Ein einziger Anschlag kann ganze Dorfgemeinschaften in Obdachlosigkeit und Armut treiben. Ohne ihre Felder und Geschäfte verlieren die Bewohner ihre Einkommensquelle, während ihren Kindern Schulbildung und gesundheitliche Versorgung verweigert wird. Als Folge dessen wird eine Region ihrer historischen religiösen Identität beraubt. Es entsteht eine neue wirtschaftliche und politische Minderheit, die auf grundlegende Unterstützung angewiesen ist (*siehe Hintergrundinformationen „Nigeria: Eine gescheiterte Demokratie?“*).

Eine andere Form von religiöser Gewalt ist in Lateinamerika und anderen Entwicklungsregionen zu finden. Dort werden **traditionelle Religionen als Gegner** von legalisierten Schwangerschaftsabbrüchen und anderen Frauenrechten **betrachtet**. Bei zunehmend gewalttätigen Demonstrationen in Mexiko, Chile, Kolumbien, Argentinien und in einigen westlichen Ländern, beispielsweise anlässlich des Weltfrauentags am 8. März, fanden Anschläge auf religiöse Gebäude und Gläubige statt. Religionsangehörige, die ihre Kirchen, Tempel und sonstige religiöse Gebäude unter großem persönlichem Risiko verteidigten, wurden von der Polizei und anderen Rettungskräften mancherorts im Stich gelassen. Ebenso gab es nach den Ausschreitungen häufig nur wenige oder gar keine rechtlichen Konsequenzen für die Täter, wodurch bei ihnen ein Gefühl der Straffreiheit entstand (*siehe Regionale Analyse Lateinamerika, OSZE-Staaten*).

Vertreter der Glaubensgemeinschaften beim 7. Kongress der Oberhäupter der Weltreligionen und traditionellen Religionen in Nur-Sultan, Kasachstan, 2022.



Trotz dieser und anderer Probleme, über die im Lateinamerikabericht zu lesen ist, gibt die Region auch Anlass zur Hoffnung. So haben sich nach Aufhebung der Pandemiebeschränkungen Millionen von Menschen bei religiösen Feierlichkeiten auf dem ganzen Kontinent freudig versammelt und dabei ihren Glauben öffentlich zum Ausdruck gebracht (*siehe Hintergrundinformationen „Religiöse Feiern und die Rückkehr der Freude“*).

Paradoxerweise verstummt die lautstarke Verteidigung der Frauenrechte, wenn es um **Entführungen, Zwangskonversionen und sexuelle Versklavung von Frauen und Mädchen aus religiösen Minderheiten geht**. Die euphemistisch als „Zwangsehe“ bezeichneten Strafhandlungen – die Entführung, Vergewaltigung und Zwangskonversion von oft minderjährigen Mädchen, die vorwiegend zu einer hinduistischen oder christlichen Minderheit gehören – sind zumindest teilweise in dem Wunsch begründet, das Wachstum der entsprechenden Religionen durch weniger Geburten einzudämmen. Werden diese kriminellen Handlungen über eine längere Zeit im großen Stil begangen, könnte dies dazu beitragen, dass entsprechende Gemeinschaften vollständig ausgelöscht werden. In diesem Fall kann man im Sinne der entsprechenden UN-Konvention von einem „Akt des Völkermordes“ sprechen¹⁹ (*siehe Länderbericht Pakistan, Regionale Analyse Afrika*).

Kein westliches Land kann von sich behaupten, nichts über die Menschenrechtsverstöße zu wissen, die auf der Arabischen Halbinsel, in China, Pakistan oder Nigeria stattfinden. Schaut der Westen hier weg, was oft zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung getan wird, bestärkt dies die Täter in ihrem Selbstbewusstsein. Auf diese Weise wird die **Straffreiheit** der Täter von der internationalen Gemeinschaft **schweigend hingenommen**. Hier kann erneut auf die Fallstudie Pakistan verwiesen werden, wo das jüngst ergänzte Blasphemie-Gesetz nun auch Beleidigungen der Familie des Propheten Mohammed unter Strafe stellt und ein für alle Schulen geltender islamorientierter Einheitslehrplan dazu beiträgt, dass religiöse Minderheiten diskriminiert werden (*siehe Regionale Analyse Naher Osten, Asien, Afrika*). Dennoch gibt es auch positive Entwicklungen im Westen wie die aktuelle Tendenz, **gezielte persönliche Sanktionen gegenüber Einzeltätern** statt gegen ganze Länder zu verhängen.

Ein großer Lichtblick ist die Tatsache, dass sich immer mehr Menschen weltweit als religiös definieren²⁰ und so die Bereitschaft wächst, in einen **interreligiösen Dialog** zu treten. Nicht nur Papst Franziskus setzte seine Annäherungspolitik fort, mit der er sich an die verschiedenen Richtungen des Islam wandte. Auch die größte muslimische Organisation, die indonesische *Nahdlatul Ulama*, suchte 2022 im Rahmen des G20-Gipfels aus Bali gezielt den Dialog mit führenden hinduistischen Oberhäuptern. Eine Fortsetzung der Gespräche ist 2023 in Indien geplant (*siehe Hintergrundinformationen „Für einen umfassenderen Dialog zwischen Katholiken und Muslimen“*).



Deborah Samuel Yakubu, eine christliche Studentin im zweiten Studienjahr, wurde am 12. Mai 2022 in Sokoto, Nigeria, getötet.



Nigeria: Gesteinigt wegen einer WhatsApp- Nachricht



Am 12. Mai 2022 wurde die 22-jährige Christin Deborah Samuel Yakubu von Mitstudenten angegriffen, gesteinigt und verbrannt. Die junge Frau studierte im zweiten Jahr Volkswirtschaft am Shehu Shagari College of Education im nordnigerianischen Bundesstaat Sokoto. Sie wurde der Blasphemie beschuldigt, weil sie sich in einer Nachricht an eine studentische WhatsApp-Gruppe über die Einführung des Pflichtfachs Religion in der akademischen Ausbildung beschwert hatte. Nach den Ferien wurde sie von Mitstudenten attackiert. Nach Zeugenaussagen haben Sicherheitskräfte der Hochschule und Polizeikräfte versucht, die junge Frau zu schützen, wurden aber von den aufgebracht Studenten überwältigt.²⁷

Das brutale Vorgehen des Mobs verstößt gegen die Rechtsnormen des Islam. Der Generalsekretär des Sultanatsrats im Bundesstaat Sokoto, Sa'idu Muhammadu Maccido, verurteilte die Tat in einer öffentlichen Erklärung: „Der Sultanatsrat verurteilt den ungerechtfertigten Angriff auf das Schärfste und fordert die Sicherheitsbehörden auf, die Täter vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen. [...] Der Sultanatsrat ruft alle auf, Ruhe zu bewahren und ein friedliches Miteinander der Menschen im Bundesstaat und im gesamten Land sicherzustellen.“²⁸

Nach dem Übergriff wurden zwei Personen wegen Mordverdachts festgenommen, woraufhin jugendliche Randalierer, katholische Kirchen angegriffen. Sie zerstörten Fensterscheiben der Kathedrale der Heiligen Familie und brannten Teile der Kirche St. Kevin nieder.²⁹

Ungeachtet der Verurteilung durch den Sultanatsrat verstärkte die Anschlagsserie die unter Christen verbreitete Angst vor einer zunehmenden Radikalisierung der Muslime im Norden Nigeria. Der katholische Bischof von Sokoto, Matthew Hassan Kukah, zeigte Verständnis für diese Ängste und erklärte: „Weit abseits der allgemeinen Verurteilung dieser schrecklichen Tat bejubelten viele Islamisten und ihre Imame den Mord, den sie für gerechtfertigt hielten, und riefen zu weiterer Gewalt gegen jeden auf, der die Täter zur Rechenschaft ziehen will.“³⁰ Die Familie der getöteten Deborah zog in den Süden Nigerias um.

Nigeria: Eine gescheiterte Demokratie?

Von **Maria Lozano**

Nigeria ist eine der größten Demokratien der Welt. Mit mehr als 200 Millionen Einwohnern ist Nigeria das bevölkerungsreichste Land und die größte Volkswirtschaft des afrikanischen Kontinents. In Subsahara-Afrika spielt es eine geopolitische Schlüsselrolle. Der „afrikanische Riese“ ist seit 1999 eine Mehrparteiendemokratie. Die Sicherheitslage im Land hat sich in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch verschlechtert.²¹ Laut *Global Terrorism Index*²² lag Nigeria 2022 unter den Ländern mit dem größten Ausmaß an Terrorismus auf Platz sechs, hinter Afghanistan, Irak, Somalia, Burkina Faso und Syrien. Auf dem *Global Peace Index*²³ lag es auf Platz 143 von insgesamt 163 Ländern.

Unter britischer Kolonialherrschaft wurden in Nigeria Gebiete mit unterschiedlichen ethnischen, politischen und religiösen Gegebenheiten zu einem Land vereint, das entlang des sogenannten „Middle Belt“ in Nord und Süd geteilt ist. Dieser trug bislang die Hauptlast der gewaltsamen Konflikte.

Die überwiegend im Süden lebenden Christen haben mit 46,2 % den größten Anteil an der Bevölkerung. Die hauptsächlich im Norden lebenden Muslime haben einen Anteil von 45,8 %, wobei im Norden auch Christen und im Süden auch Muslime angesiedelt sind. Im nordöstlichen Bundesstaat Borno, in dem die Terrorgruppe Boko Haram ihren Ursprung nahm, haben die Christen beispielsweise einen Bevölkerungsanteil von 30 %. Trotz des insgesamt ausgeglichenen Verhältnisses von Christen und Muslimen wird immer wieder behauptet, dass der Islam die Mehrheitsreligion in Nigeria ist. Verstärkt wird dieser falsche Eindruck durch die Tatsache, dass Nigeria seit 1986 Mitglied der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) ist, einer Allianz aus 57 Ländern, in denen Muslime die Bevölkerungsmehrheit bilden.²⁴

Politisch und verwaltungsmäßig ist der muslimische Norden von größerer Bedeutung, obwohl er nur 40 % der Bevölkerung beheimatet. In einem multireligiösen, multiethnischen Land hätte der christliche Süden normalerweise ein vergleichbares oder sogar ein größeres Gewicht. Aber auf Bundesebene liegen die politische und die militärische Macht zu nahezu 95 % in der Hand der Muslime. Die daraus resultierenden Spannungen bremsen die demokratische Entwicklung des Landes und werden durch die

Anwendung der Scharia in 12 der 36 Bundesstaaten Nigerias noch verschärft. Da der designierte Präsident Bola Ahmed Tinubu und der designierte Vizepräsident Kashim Shettima beide muslimischen Glaubens sind, besteht wenig Hoffnung, dass sich unter der neuen Bundesregierung etwas ändern wird.

Obwohl die annähernd 100 Millionen Christen im Land fast 50 % der Bevölkerung ausmachen, beklagen die christlichen Bewohner der nördlichen Bundesstaaten eine systematische und tief verwurzelte religiöse Diskriminierung. Die Umstände erinnern an die Situation der christlichen Minderheiten in Pakistan, Sudan, Irak und in den arabischen Ländern. In Nordnigeria, insbesondere in den Bundesstaaten, in denen die Scharia angewendet wird, wirkt sich die Einschränkung der Religionsfreiheit und der demokratischen Rechte in vielfältiger Weise auf die Christen aus: Im Einklang mit der Verfassung kommt im Norden die Scharia und im Süden das Strafbuch des Landes zur Anwendung. Christliche Mädchen und Frauen werden entführt, vergewaltigt und zwangsverheiratet, ohne dass sie sich rechtlich wehren können. Muslimische Männer dürfen eine Christin heiraten, aber christliche Männer dürfen keine Muslimin heiraten.

Traditionelle ethische Werte der Muslime werden häufig auch gegenüber Nichtmuslimen unter Zwang durchgesetzt (zum Beispiel Trennung der Geschlechter im öffentlichen Personenverkehr, Durchsetzung von Kleidervorschriften in Bildungseinrichtungen). Christen werden von der Politik ausgeschlossen und bei der Rekrutierung von Polizei- und Militärkräften benachteiligt. Christlichen Kirchen ist es untersagt, Grundstücke zu kaufen oder Kirchen oder Kapellen zu bauen. An staatlichen Schulen ist christlicher Religionsunterricht verboten, islamische Lehrer hingegen werden an allen staatlichen Schulen beschäftigt. Christen werden bei der Arbeitssuche und in öffentlichen Ämtern diskriminiert, ihnen wird der Zugang zu Sozialhilfe erschwert. Viele christliche Schüler lassen ihre Namen ändern, damit sie für Ausbildungsgänge zugelassen werden.²⁵

Im Norden und im Middle Belt sind Gläubige, vor allem Christen, den unsäglichen Gräueltaten bewaffneter Gruppen (Boko Haram, ISWAP und Fulani-Milizen) ausgesetzt, die von einer toxischen Mischung aus territorialen Ansprüchen,

Kriminalität, ethnischen Konflikten und Dschihadismus befeuert werden und in einigen Bundesstaaten an Genozid grenzen.

Doch das größte Problem in Nigeria ist das tatenlose Schweigen von Staat und Politik. Die systematischen Angriffe, insbesondere durch die Fulani-Milizen, die Menschenmassen in die Flucht getrieben und zur Entvölkerung ganzer

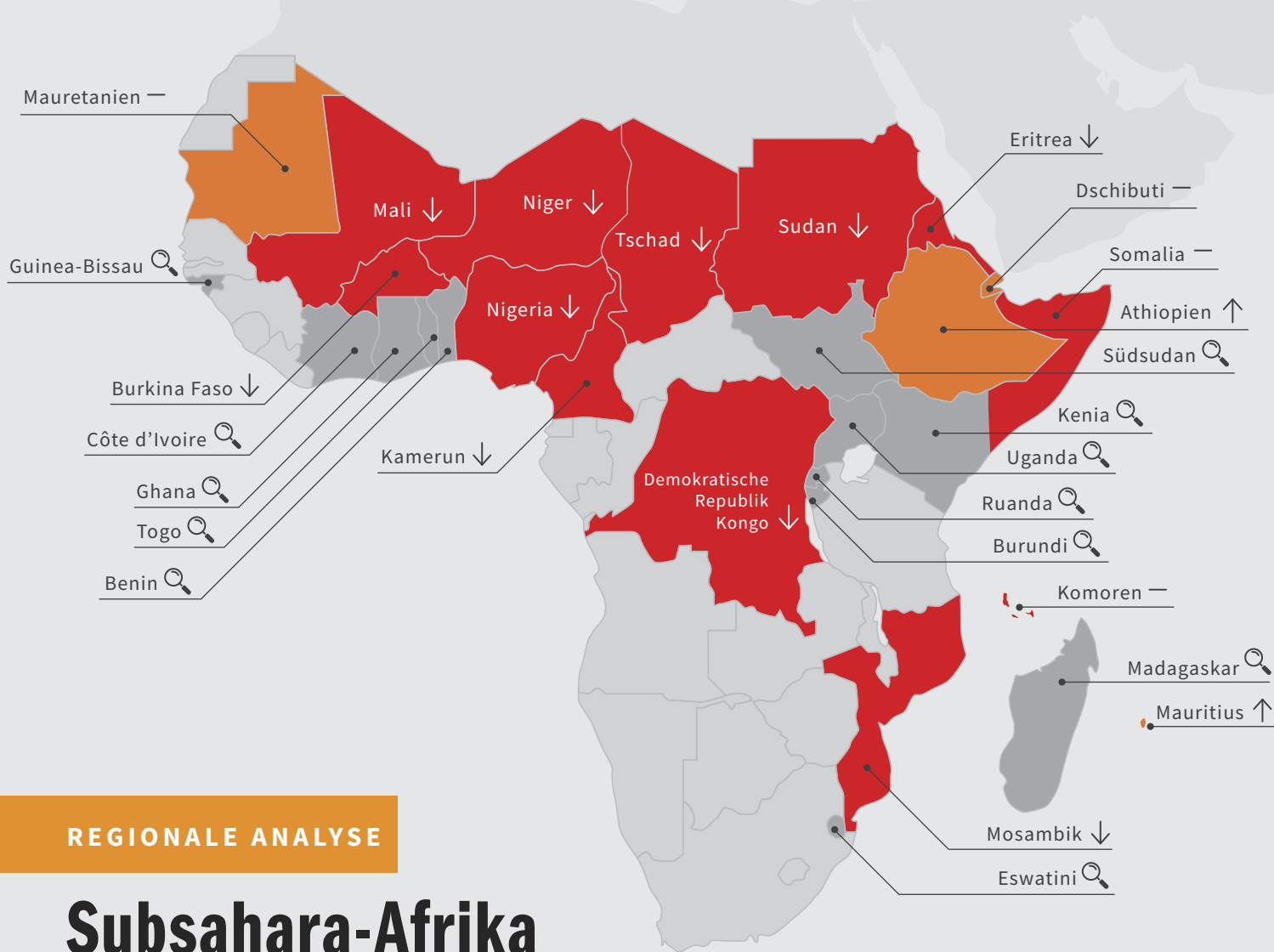
Regionen geführt haben, werden weder verurteilt noch strafrechtlich verfolgt. Aus der Diözese Makurdi im Bundesstaat Benue wird berichtet, dass Fulani-Milizen allein im Jahr 2022 93 Dörfer angegriffen und 325 Menschen getötet haben.²⁶ Von den ursprünglich annähernd sechs Millionen Einwohnern in der Region befinden sich aktuell zwei Millionen, überwiegend christliche Bauern, innerhalb des Landes auf der Flucht.

Der islamistische Terror erschüttert auch andere Länder in der Region, wie Niger, Tschad, Mali und Burkina Faso. Doch in Nigeria hat er besonders dramatische Folgen, weil das Land für die Entwicklung des afrikanischen Kontinents von entscheidender Bedeutung ist. Nigeria ist ein wirtschaftliches und demografisches Kraftzentrum mit einer Bevölkerung, die sich in zwei Jahrzehnten voraussichtlich auf 400 Millionen verdoppeln wird. Die Entwicklungen der nächsten Jahre und die Art und Weise, wie von Seiten des Staates damit umgegangen wird, werden die gesamte Region stark beeinflussen. Wenn die nigerianischen Behörden nicht gegen die Landkonflikte, die ethnischen Spannungen, die Kriminalität, den religiösen Extremismus sowie gegen den Verfall der demokratischen Werte und die Benachteiligung einzelner Glaubensgemeinschaften vorgehen, werden sich der islamistische Dschihadismus und der politische Verfall noch weiter ausbreiten. Der soziale und der politische Druck sowie die ungezügelter Verbrechen werden zu einem Exodus junger Christen führen, die in ihrer Heimat keine Zukunft mehr sehen.

Demonstrationen mit der nigerianischen Flagge in den Straßen von Port Harcourt, Nigeria, Oktober 2020.



Hintergrundinformation



REGIONALE ANALYSE

Subsahara-Afrika

Von **Mark von Riedemann**

Die Länder südlich der Sahara erlebten im Berichtszeitraum eine Explosion der Gewalt, die sich gegen Militärkräfte und die Zivilbevölkerung richtete. Lokale und transnationale Dschihadistengruppen verfolgen systematisch all jene, die nicht ihrer islamistischen Ideologie folgen.

Die Zahlen sind alarmierend. Laut einer 2023 veröffentlichten Studie des *Africa Center for Strategic Studies* gingen 2022 insgesamt 77 % aller auf dem afrikanischen Kontinent registrierten Gewalttaten von militanten Islamisten in der Sahel-Region und in Somalia aus.³¹ Die Zahl der zivilen Todesopfer stieg 2022 gegenüber dem Vorjahr um 68 % von 4307 auf 7220. Das verdeutlicht unter anderem, dass „militante Gruppen nicht darauf aus sind, die Sympathie der Zivilbevölkerung zu gewinnen und sie mit Argumenten auf ihre Seite zu ziehen. Vielmehr setzen sie auf Einschüchterung“.³²

Ein opportunistisches Kalifat

In vielen Fällen wird die Gewalt durch eine Mischung aus Dschihadismus, organisierter Kriminalität und lokalen Banden geschürt, die von extremistischen Predigern angestachelt und von ausländischen Terrorgruppen bewaffnet werden. Die Gewalt richtet sich gegen staatliche Behörden, Militär- und Polizeikräfte und Zivilisten, darunter Muslime,

Christen und Anhänger traditioneller Glaubensrichtungen sowie deren Geistliche.

Die Radikalisierung und die Ausbreitung extremistischer Gewalt in den Ländern südlich der Sahara ist auf zahlreiche soziale Faktoren zurückzuführen: Armut, Korruption, Regierungsversagen, hohe Analphabetismusrate, Jugend Arbeitslosigkeit, fehlender Zugang zu Ressourcen, separatistische Bewegungen und schon länger bestehende Landkonflikte zwischen Viehhirten und sesshaften Bauern (verstärkt durch die Folgen des Klimawandels).³³ All diese Faktoren schüren Unmut und bewaffnete Auseinandersetzungen. Dschihadistische Bewegungen nutzen die prekäre Lage, um ihre Ideologien zu verbreiten, indem sie wirtschaftlichen Perspektiven (Waffen und Geld) bieten und ein Ende der Korruption in Aussicht stellen.³⁴

Transnationale Dschihadistengruppen wie der Islamische Staat und al-Qaida gründen keine neuen Ableger, sondern nutzen bestehende Strukturen und bauen diese aus. Ihnen geht es weniger um die Eroberung oder Verteidigung bestimmter Gebiete mit dem Ziel, einen islamischen Staat zu gründen, wie es im Irak und in Syrien versucht wird. Vielmehr streben sie ein mobiles, opportunistisches Kalifat an und richten den Fokus bevorzugt auf ressourcenreiche ländliche Gebiete, die militärisch schwierig zu verteidigen sind.

Angriffe auf Städte zielen darauf ab, Angst und Schrecken zu verbreiten und Militärkräfte in urbanen Räumen zu binden.

Die Ausbreitung des Islamismus

Islamistische Gewalt gibt es in ganz Afrika, aber die Sahelregion, das Tschadbecken, Somalia und Mosambik sind von den Aktivitäten der Dschihadisten besonders betroffen.

In den genannten Regionen sind vor allem die folgenden Islamistengruppen aktiv: die internationale Terrororganisation al-Qaida und deren Ableger (al-Qaida im Islamischen Maghreb, AQIM), die internationale Terrororganisation Islamischer Staat und ihre Untergruppen (ISWAP, ISGS, ISS), Jama'at Nusrat al Islam (JNIM, eine Koalition aus einzelnen islamistischen Extremistengruppen), al-Shabaab und deren Ableger, Ahlu Sunnah wa Jama'a (ASWJ, auch bekannt als al-Shabaab oder IS-Moz) und deren Splittergruppen, Boko Haram mit ihren Untergruppen sowie unabhängige Milizen.³⁵

Die Grenzgebiete von Burkina Faso, Mali und Niger in der **westlichen Sahel-Region** erlebten 2022 von allen betroffenen Regionen die stärkste Ausbreitung der militanten islamistischen Gewalt. Hier waren insgesamt 7899 Todesopfer zu beklagen, mehr als 40 % der Fälle des gesamten Kontinents.³⁶

„Der Islam der bewaffneten Gruppen ist nicht der Islam unserer Brüder“

Burkina Faso hat sich zu einem Hauptschauplatz der dschihadistischen Aktivitäten entwickelt. Hier stieg die Zahl der mit dem Islamismus im Zusammenhang stehenden Todesopfer 2022 um 69 % auf 3600.³⁷ Die al-Qaida und dem IS nahestehenden Gruppen haben bereits tausende Menschen getötet und 1,9 Millionen vertrieben.³⁸ Sie kontrollieren mehr als 40 % des Landes.³⁹ Der katholische Bischof Laurent Dabiré erklärte: „Das Land wird von verschiedenen Gruppen angegriffen, die den Islam zu Propaganda- oder Mobilisierungszwecken missbrauchen. Der Islam der bewaffneten Gruppen ist nicht der Islam unserer Brüder. Die Muslime Burkina Fasos sind selbst Ziel der Angriffe.“⁴⁰

Mali wurde erstmals 2012 von Gewalt heimgesucht, als Dschihadistengruppen den Norden des Landes unter ihre Kontrolle brachten. Der Staat ist dort praktisch nicht präsent. Terrorgruppen wie IS, die al-Qaida-nahe JNIM und nicht dschihadistische Kämpfer, vorwiegend Tuareg-Rebellen, gehen hier ungehindert ihren Auseinandersetzungen nach.⁴¹ Ein neuer Konfliktherd entstand zuletzt in Zentralmali, wo die Zivilbevölkerung unter Menschenrechtsverletzungen und Gewalt leidet, die von Militärkräften, Söldnern, darunter die russische Wagner-Gruppe, und von Dschihadisten ausgeht. Zeugen berichteten, dass bewaffnete Gruppen in der Umgebung von Mopti den Konsum von Alkohol und Schweinefleisch verbieten und Frauen aller Glaubensrichtungen dazu zwingen, einen Schleier zu tragen. Von Christen in der Umgebung von Didja ist zu hören, dass sie

gezwungen werden, den Regeln der Scharia zu folgen, den Koran zu studieren und nach den Regeln des Islams zu beten.⁴²

Das **Tschadbecken** im Grenzgebiet von Nigeria, Kamerun, Tschad und Niger ist nach wie vor eine der gefährlichsten Regionen Afrikas, in der „20 % aller Todesfälle im Zusammenhang mit militanten Islamisten“ verzeichnet werden.⁴³ Boko Haram und der Islamische Staat in der Provinz Westafrika (ISWAP) greifen weiterhin Militär und Zivilisten an, während **Tschad** unter anhaltenden humanitären Problemen leidet. Mehr als eine Million Menschen befinden sich auf der Flucht, und nach Ernteaussfällen sind mehr als 5,3 Millionen Menschen von Hunger bedroht.⁴⁴

Obwohl Boko Haram in **Nigeria** durch den Tod des Anführers Abubakar Shekau im Mai 2021 geschwächt wurde, geht die Gruppe weiterhin gegen Militärkräfte und Zivilisten vor. Im Nordwesten Nigerias, in Tschad und im Südosten Nigers stieg die Zahl der gewaltsamen Angriffe um 57 % und die Zahl der Todesfälle um 70 %.⁴⁵ Die bedeutendste Splittergruppe von Boko Haram, ISWAP, drang vom Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias in die Staaten Kano, Kogi, Niger und Taraba vor.⁴⁶

Im Gegensatz zur Organisation Boko Haram setzt ISWAP in den besetzten Gebieten eine Art von Regierung ein, die den zivilen Handel fördert, Steuern eintreibt und Streitigkeiten vor Schariagerichten beilegen lässt. Nach Angaben der *International Crisis Group* hat die „Bestrafung von Viehdieben“ der ISWAP innerhalb der Bevölkerung zu einer gewissen Akzeptanz verholfen, sodass sie wahrscheinlich an Einfluss gewinnen wird.⁴⁷

Im mehrheitlich muslimischen Norden Nigerias werden Christen systematisch diskriminiert. Sie werden von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, Christinnen werden entführt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet, christliche Gemeinden erhalten keine Genehmigung für den Bau von Kirchen oder Kapellen und alle Schülerinnen an weiterführenden Schulen sind verpflichtet, den Hidschab zu tragen.⁴⁸

„Unter den verschiedenen Glaubensrichtungen stehen die Christen am stärksten im Fokus“

Kamerun hat mit inneren Spaltungen ebenso zu kämpfen wie mit der Bedrohung durch ausländische Terroristen. Auf nationaler Ebene steht die Anglophone Krise im Fokus, ein gewaltsamer Konflikt zwischen dem anglophonen und dem frankophonen Teil der Bevölkerung in den Regionen Nordwest und Südwest. Darüber hinaus wird der Norden Kameruns (Region Extrême-Nord) durch gewaltsame Konflikte zwischen konkurrierenden Extremistengruppen wie Boko Haram und ISWAP erschüttert. Unter den verschiedenen Glaubensrichtungen stehen die Christen am stärksten im Fokus. Berichten zufolge haben Dschihadisten schon „zahlreiche Zivilisten, darunter auch Frauen und Mädchen, entführt, von denen viele vergewaltigt und zwangsverheiratet werden“.⁴⁹

Niger sieht sich vor allem entlang der Grenzen zu Nigeria, Burkina Faso, Mali und Libyen bewaffneten Konflikten, Verdrreibungen und einer Ernährungskrise ausgesetzt. 2022 stieg die Zahl der Gewalttaten im Land um 43 %.⁵⁰ Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen ethnische Konflikte, der Konkurrenzkampf um Ressourcen, aber auch die Angriffe dschihadistischer Gruppen, die mit al-Qaida, IS und Boko Haram in Nigeria in Verbindung stehen.

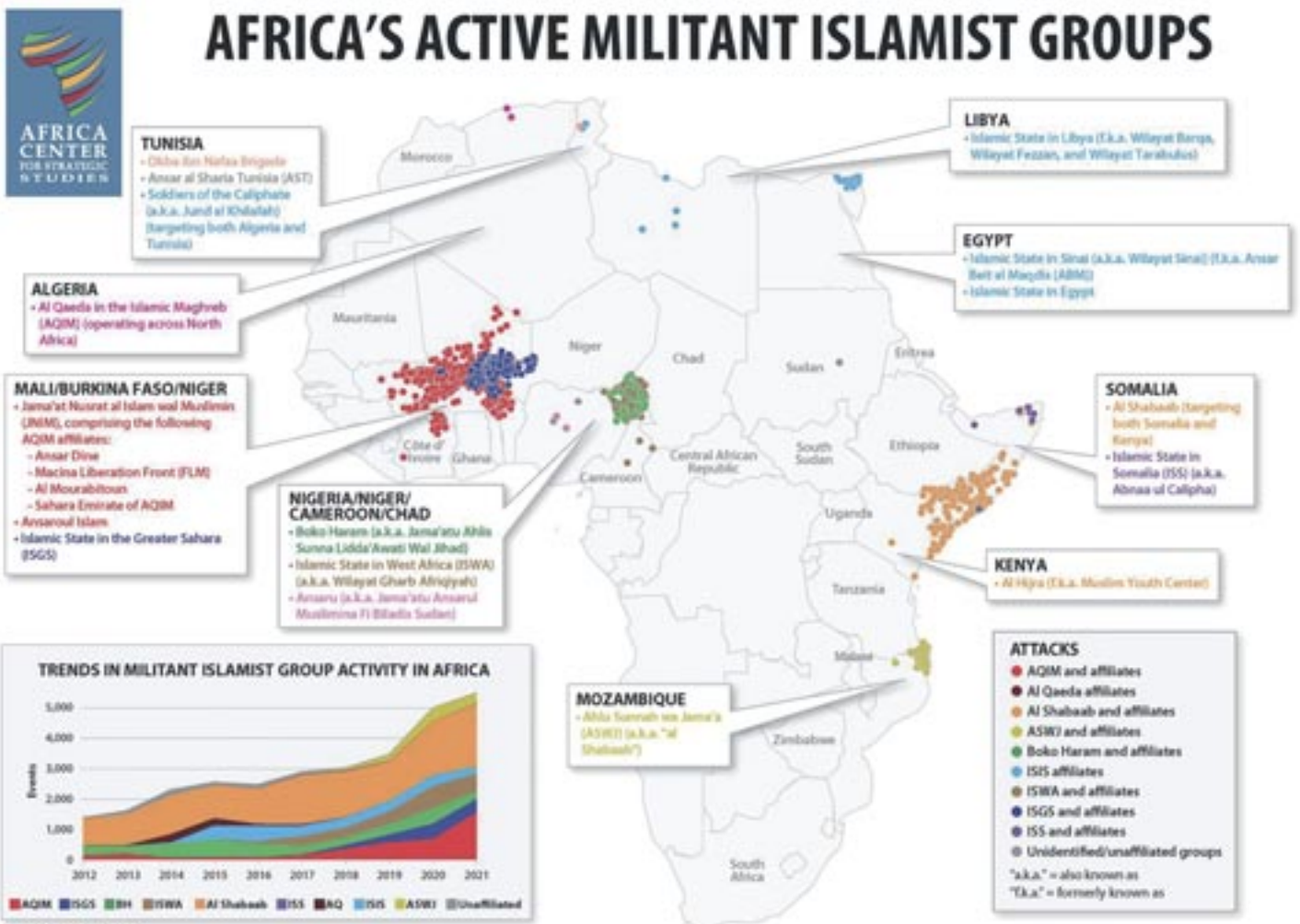
In **Somalia** kontrolliert die Terrorgruppe al-Shabaab große Teile des Staatsgebiets, wo sie Muslime und Nichtmuslime ihrer eigenen Auslegung des Islams und der Scharia unterwirft. Die Extremisten verbieten unter anderem jede Form von Medien, Unterhaltung, Rauchen, das Rasieren des Bartes sowie jegliches weitere Verhalten, das als unislamisch gilt. Die wenigen Somalier nicht muslimischen Glaubens sind überwiegend vom Islam konvertierte Christen. Die Ab-

kehr vom Islam gilt als Verrat an der Familie und der Gesellschaft. Wer nur unter den Verdacht gerät, den muslimischen Glauben abgelegt zu haben, läuft Gefahr, schikaniert, eingeschüchtert oder sogar ermordet zu werden.⁵¹

Obwohl al-Shabaab in einigen Gebieten **Kenias** an Einfluss verloren hat, ist weiterhin mit Anschlägen dieser Gruppe zu rechnen. Die von Angst und politischer Frustration getriebenen Terrorbekämpfungsmaßnahmen der Regierung sind nach Ansicht der muslimischen Bevölkerung unverhältnismäßig. Von allen Nationalitäten sind die Kenianer in der Terrorgruppe al-Shabaab am stärksten vertreten. Häufig sind staatliche Einrichtungen das Ziel der Dschihadisten.⁵²

Im südlichen Afrika gerät vor allem **Mosambik** immer stärker in einen Strudel der Gewalt, die unter anderem vom IS-Ableger *Ahlu Sunnah wa Jama'ah* (ASWJ) oder IS-Moz

Die Zahl der gewaltsamen Übergriffe militanter Islamisten stieg 2021 in der Sahel-Region um 70 % gegenüber dem Vorjahr auf ein Rekordniveau.



ausgeht, der im Land auch als al-Shabaab bezeichnet wird, aber nicht mit dem gleichnamigen somalischen al-Qaida-Ableger in Verbindung steht. Nach Angaben des *International Institute for Strategic Studies* zählt IS-Moz „mindestens 1000 Kämpfer“, deren Ziel es ist, die Provinz Cabo Delgado zu erobern, um dort ein „islamistisches Regime“ zu errichten.⁵³ Die von dort gemeldeten Gewalttaten – Morde, Entführungen, Plünderungen und Zerstörungen – nahmen 2022 um 29 % zu. Dabei richtet sich die Gewalt in 66 % der Fälle, häufiger als in allen anderen Regionen des Kontinents, gegen die christliche und muslimische Zivilbevölkerung.⁵⁴ Derzeit befinden sich mehr als eine Million Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht.⁵⁵

Geistliche im Fokus der Dschihadisten

Im Ostafrikanischen Seenhochland, dem Grenzgebiet zwischen Ruanda, der Demokratischen Republik Kongo und Uganda, führt der Konkurrenzkampf um Bodenschätze zu Gewaltausbrüchen und Menschenrechtsverletzungen. Schätzungen zufolge sind allein in der Demokratischen Republik Kongo bis zu 122 bewaffnete Gruppen aktiv.⁵⁶ Vor allem im Norden und Osten des Landes terrorisieren Milizen wie M23 und Dschihadisten wie der IS-Ableger *Allied Democratic Forces* (ADF) die Bevölkerung und suchen auch gezielt Geistliche als Opfer aus. Von April bis Juni 2022 verzeichnete die UN annähernd 1000 tote Zivilisten und im gesamten Jahr 2022 bis zu 700 000 Flüchtlinge.⁵⁷ Auch in **Uganda** ist die Terrorgruppe ADF aktiv, wo sie vor allem im Osten des Landes die christliche Bevölkerung bedroht und Anschläge auf Kirchen verübt.

Neben Gold, Edelhölzern und Diamanten verfügt die **Zentralafrikanische Republik** über Lagerstätten von sogenannten Seltenen Erden, die für die Digitalwirtschaft unverzichtbar sind.⁵⁸ In einer Erklärung vom 30. Juni 2022 verurteilte die Zentralafrikanische Bischofskonferenz die Gewalt, die von Guerillagruppen, russischen Söldnern sowie von ruandischen und zentralafrikanischen Soldaten ausgeht.⁵⁹ Die katholischen Bischöfe machten auf die Verbrechen an der Zivilbevölkerung aufmerksam wie „Mord, Zerstörung, Missbrauch, Vergewaltigung, [...] die Zerstörung von Häusern, Gebetsstätten und der Missbrauch des Glaubens“.⁶⁰

In **Äthiopien** war der Ausbruch des Bürgerkrieges in der nördlichen Region Tigray die folgenschwerste Entwicklung im aktuellen Berichtszeitraum. Im Zuge der nicht religiös motivierten Auseinandersetzungen griffen Berichten zufolge eritreische und äthiopische Soldaten auch Kirchen und Moscheen an. Im April 2022 kam es beispielsweise in der Stadt Gondar zu einem Angriff auf die Beerdigung einer hochrangigen muslimischen Persönlichkeit. Zu den schwerwiegendsten Vorfällen zählt aber das Massaker in der orthodoxen Kirche der heiligen Maria von Zion in Aksum, bei dem Berichten zufolge 800 Menschen ihr Leben verloren.⁶¹ In **Eritrea** proklamiert das Regime unter Isaias Afewerki das „Mär-

tyrertum für die Nation“ und verlangt, dass die Bürger ihr Leben danach ausrichten.⁶² Das Land steht unter einer Diktatur, die den Einwohnern die meisten Menschenrechte, auch das Recht auf Religionsfreiheit, vorenthält.

Friedensbemühungen

Bei all den Spannungen und der Gewalt ist es auch wichtig, auf die konstruktiven interreligiösen Friedensbemühungen aufmerksam zu machen. Beachtenswert waren die Besuche von Papst Franziskus in der Demokratischen Republik Kongo und im Südsudan im Juli 2022, bei denen er die Regierenden beider Länder dazu aufrief, auf den Frieden hinzuwirken.

Daneben gab es auf nationaler Ebene unzählige Aktionen und Initiativen, wie zum Beispiel in **Kamerun**, wo Regierungsvertreter gemeinsam mit 60 muslimischen und christlichen Geistlichen sowie hunderten Gläubigen anlässlich des *Africa Football Cup of Nations* in der Hauptstadt Yaoundé um Frieden beteten.⁶³

In der **Republik Côte d’Ivoire (Elfenbeinküste)** versammelten sich christliche und muslimische Geistliche in der Metropole Abidjan zu einem internationalen Symposium zum Thema „Die ewige Botschaft der Religionen“. In der gemeinsamen Abschlusserklärung heißt es: „Solidarität, Geschwisterlichkeit und der Dialog zwischen allen Religionen müssen die Grundlage für den sozialen Frieden sein.“⁶⁴

In der **Zentralafrikanischen Republik** schlossen sich führende Vertreter der Muslime, der evangelischen und der katholischen Kirche zu einer interreligiösen Plattform zusammen. Sie reisten gemeinsam an die Frontlinien, um zwischen bewaffneten Gruppen und gewählten Regierungsvertretern zu vermitteln.⁶⁵

Langfristige Risiken

Nach Angaben des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen stieg die Zahl der Flüchtlinge in der Sahel-Region in den vergangenen drei Jahren um annähernd 400 %.⁶⁶ Im selben Zeitraum schoss die Zahl der vom Hunger bedrohten Menschen in der Region von 3,6 auf 10,5 Millionen in die Höhe.⁶⁷

Wenn der Kreislauf von Gewalt, Vertreibung und Hunger nicht unterbrochen wird, wird er langfristig weitere schwerwiegende Folgen nach sich ziehen: die Vertiefung gesellschaftlicher Gräben, wirtschaftlicher Niedergang, politische Instabilität und die Verelendung von Millionen Menschen. Muslime und Christen leiden gleichermaßen unter der extremistischen Gewalt. Aber mit der zunehmenden islamistischen Radikalisierung richten sich die Terrorangriffe immer häufiger gezielt gegen Christen. Das gefährdet die religiöse Vielfalt in der gesamten Region und das harmonische Miteinander der unterschiedlichen Glaubensrichtungen.

Demokratische Republik Kongo: Smartphones, Seltene Erden und dschihadistische Gewalt



© Thomas Oswald/ACN

Die Demokratische Republik Kongo verfügt über rund 70 % des weltweiten Kobalt-Vorkommens. Das Metall wird für die Produktion von Lithium-Ionen-Akkus benötigt, die in Elektroautos und Computern zum Einsatz kommen. Das Kobaltabbaugebiet liegt im Osten des Landes.⁶⁸ Auch mehr als ein Viertel des weltweit benötigten Tantal für Smartphones, das aus Coltan-Erz gewonnen wird, wird im Osten der Demokratischen Republik Kongo abgebaut.⁶⁹ In dieser Region verüben extremistische und dschihadistische Milizen die meisten Gewalttaten.

In der komplexen Situation vermengen sich politische, wirtschaftliche, ethnische und religiöse Interessen zu einer länderübergreifenden Kriegswirtschaft. Die verübten Gewalttaten nehmen Ausmaße von Verbrechen gegen die Menschlichkeit an. Im Laufe der vergangenen zehn Jahre forderten die Kämpfe mehr als vier Millionen Menschenleben.⁷⁰

Die Anzahl der Terrorgruppen stieg seit 2006 von wenigen Dutzend auf etwa 120.⁷¹ Rebellengruppen wie M23 und Dschihadisten wie die *Allied Democratic Forces* (ADF) verüben ungestraft Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Allein von April bis Juni 2022 verzeichneten die Vereinten Nationen annähernd 1000 zivile Todesopfer. Im gesamten Jahr 2022 befanden sich mehr als 700 000 Menschen auf der Flucht.⁷² Immer häufiger werden Geistliche und Gebetsstätten Opfer von Extremisten.

Die katholische Kirche übt öffentlich Kritik und setzt sich für die Betroffenen ein. Im April 2021 erklärten die katholischen Bischöfe: „Die Terroristen nutzen die Schwächen der Militärkräfte aus, um ihre politischen und religiösen Ziele durchzusetzen.“ Diese seien unter anderem „Landbesetzung, illegale Ausbeutung von Naturressourcen, unberechtigte Bereicherung und Islamisierung der Region unter Missachtung der Religionsfreiheit“.⁷³

Schätzungen zufolge wird der weltweite Bedarf an Kobalt für technische Anwendungen bis 2025 um 60 % steigen.⁷⁴ Die Anschläge und die dschihadistische Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo werden in absehbarer Zeit wohl nicht nachlassen.

Ein kongolesischer Minenarbeiter beim Coltanabbau in der Nähe des Dorfes Nzibira, Demokratische Republik Kongo. Das seltene Metall erz wird für die Produktion von elektronischen Massenkonsumgütern benötigt.



REGIONALE ANALYSE

Festland-Asien

In einigen Ländern des asiatischen Festlands kommt es zu den weltweit schwerwiegendsten Eingriffen in die Religionsfreiheit. Innerhalb der Weltregion sind China, Indien, Nepal, Nordkorea, Vietnam und Myanmar die Staaten, in denen die Einwohner im Berichtszeitraum am stärksten von Einschränkungen ihres Rechts auf Religionsfreiheit betroffen waren.

Die 1,4 Milliarden Einwohner **Chinas** leiden seit der Kulturrevolution unter einer massiven Beschränkung ihrer Religionsfreiheit. Die Kommunistische Partei Chinas strebt eine „Sinisierung“ der Religionen an und verlangt, dass sie sich der Ideologie, den Grundsätzen und der Lehre der Partei unterordnen. Der Staat überwacht seine Bürger mittels modernster Technologien, die immer raffinierter werden. Hierzu zählen etwa rund 540 Millionen Überwachungskameras im ganzen Land⁷⁷, von denen viele über Gesichtserkennungsfunktionen verfügen.

Alle Glaubensgemeinschaften berichten von zunehmendem Druck, wobei die muslimischen Uiguren nach wie vor unter massiver Verfolgung leiden. Sie werden aufgrund ihres Glaubens festgenommen. Schätzungen zufolge befinden sich mindestens eine Million Uiguren in Internierungslagern, und 880 000 muslimische Kinder wurden von ihren

Eltern getrennt. Auch von Zwangsabtreibungen und Sterilisationsprogrammen wird berichtet.⁷⁸ Ferner droht China weiterhin mit einer Invasion Taiwans. Als Reaktion auf den Besuch der Sprecherin des Repräsentantenhauses der USA, Nancy Pelosi, in Taiwan feuerte China im August 2022 mehrere Raketen in Richtung der Insel ab. Sollte es zu einer Invasion kommen, müssen die taiwanesischen Christen mit Repressionen rechnen.

Indien hat wie China eine Bevölkerung von 1,4 Milliarden Menschen und ist die größte Demokratie der Welt. Die hinduistisch-nationalistische Partei *Bharatiya Janata Party* (BJP) hat die Regierungsmehrheit und tritt dafür ein, dass die nationale und kulturelle Identität Indiens im Wesentlichen hinduistisch geprägt sein soll. Die Rechte der religiösen Minderheiten, vor allem der Christen und Muslime, werden massiv ausgehöhlt. Insbesondere Bekehrungen und das Schlachten von Rindern sind große Konfliktpunkte.⁷⁹

Die BJP arbeitet gezielt daran, mit der Einführung von Anti-Konversionsgesetzen auf bundesstaatlicher Ebene die Möglichkeiten des Glaubenswechsels gesetzlich einzuschränken. Bisher haben zwölf Bundesstaaten entsprechende Gesetze erlassen. Im September 2022 verabschiedete die Regierung des südlichen Bundesstaates Karnataka ein Anti-Konver-

sionsgesetz.⁸⁰ Der Bundesstaat Uttarakhand⁸¹ verschärfte im November 2022 die gesetzlichen Vorschriften und führte für Zwangskonversionen eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren ein.

Das repressive Vorgehen des indischen Staates gegen religiöse Minderheiten nahm sich der mehrheitlich hinduistische Nachbarstaat **Nepal** zum Vorbild. Dort wurden die Verfassung und das Strafrecht dahingehend abgeändert, dass sie das Missionieren verbieten und nicht hinduistische Glaubensgemeinschaften und Organisationen benachteiligen.⁸² Sorge bereitet der Aufstieg der hinduistisch-nationalistischen *Rastriya Prajatantra Party* (RPP), die Nepal wieder zu einem hinduistischen Staat machen will.⁸³ Die Daten aus Indien, Nepal und anderen Ländern Festland-Asiens zeigen, dass der ethnisch-religiöse Nationalismus in der Region immer weiter um sich greift.

Auch die autoritären Regierungen in Nordkorea, Vietnam und Laos unterdrücken die Religionsfreiheit mit brutalen Methoden. **Nordkorea** gilt als das isolierteste Land der Welt. Die Menschenrechtslage ist katastrophal, und Glaubensgemeinschaften leiden unter „massiver Verfolgung“.⁸⁴ Das nordkoreanische Songbun-System teilt die Bürger je nach Regimetreue in Klassen ein. Gläubige werden automatisch als „feindselig“ eingestuft und sind „erheblichen Repressionen ausgesetzt“.⁸⁵ In **Vietnam** leiden die Christen aus den Ethnien der Hmong und Montagnards unter systematischer Diskriminierung und Verfolgung. In **Laos** werden Christen von Mobs angegriffen und von den Behörden unter Drohungen aufgefordert, ihren Glauben abzulegen.

Zu den mehrheitlich buddhistischen Ländern in Festland-Asien zählen unter anderem Myanmar, Sri Lanka und Thailand. Dem Militärputsch vom 1. Februar 2021 in **Myanmar** folgte eine Zeit der massiven Unterdrückung der Menschenrechte, auch des Rechts auf Religionsfreiheit. Seit Beginn des Putsches wurden mindestens 132 Kirchen und religiöse Gebäude zerstört.⁸⁶ Darüber hinaus war eine beträchtliche Zunahme der Hetze und Gewalt gegen Muslime zu verzeichnen. Der Völkermord an den Rohingya dauert an. **Sri Lanka** verfiel infolge schwerer politischer und wirtschaftlicher Krisen in ein Chaos, das eine steigende Zahl buddhistisch-nationalistischer Organisationen für sich ausnutzen. Diese Gruppen betrachten alle Nichtbuddhisten unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrem Glauben als eine existenzielle Bedrohung. Die muslimischen und hinduistischen Minderheiten reagieren darauf mit Extremismus.⁸⁷ **Thailand** sieht sich weiterhin mit Konflikten in den südlichen Grenzprovinzen konfrontiert, die vor allem von der islamischen Separatistenbewegung *Barisan Revolusi Nasional* (BRN) angefeuert werden. Es kam zu mehreren Anschlägen; obwohl schon mehrfach Waffenruhen vereinbart wurden, stehen ein endgültiger Waffenstillstand und Friedensverhandlungen noch aus.

Die jüngsten Entwicklungen und die Fortdauer bestehender Konflikte verdeutlichen die instabile Lage in Festland-Asien und das Ausmaß der Verfolgung religiöser Minderheiten. Vor allem eine autoritäre Regierungsführung, ein erstarken-

der ethnisch-religiöser Nationalismus, islamistischer Extremismus und eine eskalierende Verfolgung von religiösen Minderheiten haben zur Folge, dass sich die Lage der Religionsfreiheit in der Region weiter verschlechtert.

Menschenmassen versammeln sich für das religiöse Fest Kumbh Mela an der Shastri-Brücke in Prayagraj, Indien, 2019.



Indien: Gesetzliche Einflussnahme auf die religiöse Bevölkerungs- struktur



In Indien mit seinen mehr als 1,4 Milliarden Einwohnern breitet sich der religiöse Nationalismus immer weiter aus. So vertritt die regierende Partei, die hinduistisch-nationalistische *Bharatiya Janata Party* (BJP), die Auffassung, dass die indische Kultur und Identität im Hinduismus verwurzelt sind. Befürchtungen, dass nicht hinduistische Glaubensgemeinschaften (insbesondere der Islam) schnell wachsen könnten,⁷⁵ führen dazu, dass vor allem Christen und Muslime systematisch diskriminiert und in vielen Fällen ihrer grundlegenden bürgerlichen Freiheiten beraubt werden.

Hinduistisch-nationalistische Organisationen wie *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS) propagieren die Einführung von Anti-Konversionsgesetzen und Programmen zur „Wiederbekehrung“ zum Hinduismus (*Ghar Wapsi*). Obwohl *Ghar-Wapsi*-Initiativen auch auf Christen abzielen, sind sie in erster Linie gegen muslimische Männer gerichtet, die angeblich gezielt Hindufrauen heiraten und sie zum Glaubenswechsel verführen, damit der Islam im Land weiterwächst, was von den Nationalisten als „Liebes-Dschihad“ bezeichnet wird. RSS und andere Organisationen halten *Ghar-Wapsi*-Zeremonien vorrangig für die unteren Kasten (Dalit) ab, denen sie finanzielle Anreize für die Rückkehr zum Hinduismus bieten.

Zugleich werden in vielen indischen Bundesstaaten Anti-Konversionsgesetze oder Gesetze zum „Schutz der Religionsfreiheit“ eingeführt, die oft als Vorwand für die Verfolgung von Gläubigen dienen. Muslime oder Christen, die beschuldigt werden, andere zu bekehren, müssen mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren rechnen und bekommen die brutale Gewalt lokaler Wächter zu spüren. Zwölf indische Bundesstaaten haben bereits ein solches Gesetz eingeführt oder ziehen eine Einführung in Betracht.

Die Wiederbekehrungsinitiativen und Anti-Konversionsgesetze heizen die antimuslimische Stimmung weiter an, die mit dem 2019 verabschiedeten *Citizenship Amendment Act* (CAA; Gesetz zur Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts) aufgekommen war, und öffnen der Verletzung von grundlegenden Menschenrechten Tür und Tor. Die US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF) hält die jüngsten Entwicklungen für verfassungswidrig und empfiehlt, Indien in die Liste der Länder aufzunehmen, in denen die Religionsfreiheit besonders gefährdet ist.⁷⁶

Gibt es nur *einen* Buddhismus?

Der Buddhismus, eine der ältesten Religionen der Welt, hat rund 400 Millionen Anhänger. Er entstand zwischen dem 6. und 4. Jahrhundert vor Christus in Indien aus der Lehre Siddharta Gautamas (Buddha) und verbreitete sich zunächst auf dem asiatischen Festland. Heute ist der Buddhismus in drei Ländern vorherrschend: in Sri Lanka, Myanmar und China.

Die buddhistische Lehre basiert auf den „drei Juwelen“: Buddha (dem Lehrer), Dharma (der Lehre) und Sangha (der Gemeinschaft).⁸⁸ Nach dem Tod des Gründers spaltete sich der Buddhismus in die zwei Hauptrichtungen Theravada und Mahayana. Der Theravada-Buddhismus (Lehre der Älteren) ist die konservativere der beiden Richtungen und richtet den Fokus auf die Kultivierung eines ethischen Verhaltens, auf Meditation und Einsicht, indem er eine strengere Einhaltung von Regeln verlangt. Theravada wird

hauptsächlich im Süden Asiens praktiziert, unter anderem in Sri Lanka, Kambodscha, Laos, Myanmar und Thailand.

Der Mahayana-Buddhismus (Großes Fahrzeug oder Großer Weg) richtet den Blick vor allem nach innen und basiert auf einer Philosophie der Intuition. Mahayana wird vor allem in Tibet, Nepal, China, Korea und Japan praktiziert.⁸⁹

In Sri Lanka wird der Theravada-Buddhismus von der singhalesischen Mehrheit praktiziert. Die wichtigsten heiligen Texte sollen erstmals in Sri Lanka niedergeschrieben worden sein. Buddha selbst soll die Insel dazu bestimmt haben, den Buddhismus zu bewahren und zu verbreiten. Während die Anhänger der Religion überwiegend auf das Wohl ihrer Mitmenschen bedacht sind und in Krisenzeiten wichtige Aufgaben übernehmen, nehmen radikale Gruppen, die die Vorherrschaft des Buddhismus propagieren,



tragischerweise zunehmend Einfluss auf die Politik.⁹⁰ Hass und Hetze im Internet provozierten gewaltsame Angriffe auf Christen und Muslime, die von singhalesisch-buddhistischen Nationalisten als Bedrohung gesehen werden. Christen haben Schwierigkeiten, Gebets- und Kultstätten registrieren zu lassen. Mehrere Kirchen wurden bereits zwangsweise geschlossen. Die Anschlagsserie am Ostersonntag 2019 schürte in Sri Lanka die antimuslimische Stimmung unter buddhistischen Extremisten und heizte vor allem in den sozialen Medien den Hass weiter an. Muslime werden seither noch stärker diskriminiert, und es kam zu Racheanschlägen auf Wohnhäuser, Geschäfte und Moscheen (siehe Länderbericht Sri Lanka).

Auch die Einwohner von Myanmar praktizieren mehrheitlich den Theravada-Buddhismus. Buddhistische Mönche haben für Nationalisten bis heute eine große Symbolkraft, weil sie sich einst dem Kolonialismus widersetzt haben. Die buddhistische Religion gilt als ein unerlässlicher Bestandteil der Nation.⁹¹ Mit der aus Myanmar stammenden Vipassana-Meditation, die vor allem von Laien praktiziert wird, wurde der Buddhismus auf der ganzen Welt verbreitet und beeinflusst.⁹²

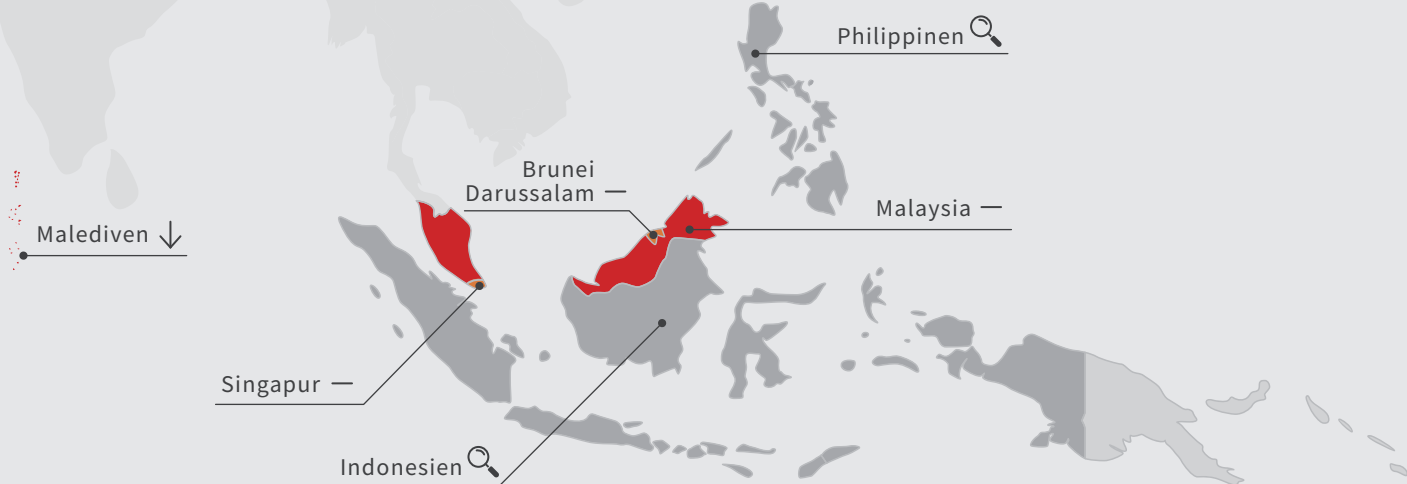
Trotz der Friedfertigkeit des Buddhismus und der traditionell guten interreligiösen Beziehungen zwischen den Glaubensgemeinschaften haben sich die Bedingungen für die Christen und Muslime in Myanmar drastisch verschlechtert. Das Militär verfolgt eine extrem buddhistisch-nationalistische Agenda,⁹³ die nicht buddhistische Glaubensgemeinschaften ablehnt, und geht scharf gegen religiöse Minderheiten vor. Das eklatanteste Beispiel

hierfür ist der Völkermord an den muslimischen Rohingya (siehe Länderbericht Myanmar).

Die größte Gemeinschaft von Buddhisten weltweit gibt es in China. Der chinesische Buddhismus enthält Elemente des Mahayana-Buddhismus und des Daoismus, einer traditionellen chinesischen Religion. Alle Glaubensrichtungen in China sehen sich gesellschaftspolitischen Veränderungen ausgesetzt. Die Kommunistische Partei Chinas strebt eine „Sinisierung“ der Religionen an, die sich an die sozialistische Gesellschaft anpassen sollen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die jahrzehntelange Unterdrückung des tibetischen Buddhismus. In jüngster Zeit werden aber auch alle anderen buddhistischen Institutionen in China unter Druck gesetzt, damit sie die Ideologie der Kommunistischen Partei in ihre Glaubenslehre und ihre religiöse Praxis integrieren.⁹⁴

In den liberalen Demokratien des Westens wird der Buddhismus vielfältig interpretiert und an die spirituellen Bedürfnisse moderner Lebensstile angepasst. Viele vermischen den Buddhismus mit anderen Religionen und sehen in ihm eine Glaubensrichtung, die vielfältige Interpretationsmöglichkeiten zulässt. Andere lehnen ein auf Ängsten beruhendes Gottesbild ab oder empfinden die Vorstellung von einem Gott als einengend. An die Stelle der Gottesvorstellung der theistischen Religionen tritt für sie das Konzept des Nirwana.⁹⁵ Shravasti Dhammika schreibt auf der Plattform *Buddha Dharma Education Association*: „Wir glauben nicht an Gott, weil wir an die Menschheit glauben. Wir glauben, dass jeder Mensch wertvoll und bedeutend ist, dass jeder Mensch das Potenzial hat, zu einem Buddha zu reifen, das heißt Vollkommenheit zu erlangen.“⁹⁶

In Myanmar ist es üblich, dass jeder Junge für mindestens eine Woche als Novize in ein buddhistisches Kloster geht, manche bleiben viele Jahre. Im Alter von 20 oder 21 Jahren kann der Novize frei entscheiden, ob er Mönch werden will.



REGIONALE ANALYSE

Maritimes Asien

Zur Region Maritimes Asien werden die Malaiische Halbinsel, der Malaiische Archipel, Australien, Neuseeland und die zahlreichen kleinen Inselstaaten im indopazifischen Raum gezählt. Religiöse Verfolgung, vor allem in Form des Islamismus, ist weiterhin eine wesentliche Ursache von Konflikten und Instabilität in der Region.

Die Malediven und Malaysia sind nach wie vor die am schwersten betroffenen Länder. In **Malaysia** ist das Recht auf Religionsfreiheit in der Verfassung verankert. Im Widerspruch dazu gewähren die Verfassung und die Gesetze des Landes dem sunnitischen Islam Privilegien und beschneiden die Rechte religiöser Minderheiten. Den ethnischen Malaien, die annähernd 70 % der Bevölkerung ausmachen, ist es untersagt, den Glauben zu wechseln. Den Nichtmalaien (vorwiegend chinesischer oder indischer Herkunft) steht es dagegen frei, einen anderen Glauben anzunehmen. Religiösen Minderheiten begegnen Politik und Gesellschaft mit großer Intoleranz. Die Verfolgung von Christen entwickelte zuletzt eine neue Dynamik, als ein christenfeindliches Buch mit dem Titel „Pendedahan Agenda Kristian“ (Aufdeckung der christlichen Agenda) verbreitet wurde. Im Bundesstaat Sabah sollen Berichte zufolge Behörden willkürlich die Religionszugehörigkeit von Christen ändern und sie als Muslime eintragen. Aus dem mehrheitlich christlichen Bundesstaat Sarawak wird gemeldet, dass kleinere Kirchen dort erhebliche Schwierigkeiten bei der Registrierung und der staatlichen Anerkennung haben. Eine positive Nachricht

ist, dass im Jahr 2021 ein hohes Gericht des Landes ein Urteil aufgehoben hat, das es Nichtmuslimen untersagt hatte, das Wort „Allah“ zu verwenden. Das Urteil wurde für verfassungswidrig erklärt. Rohingya-Flüchtlinge stoßen in Malaysia oft auf Feindseligkeit. Während der Covid-19-Pandemie wurden ihnen beispielsweise Hilfsleistungen vorenthalten.

Im kleinen Staat **Malediven** ist der sunnitische Islam Staatsreligion. Die offiziellen Angaben, dass die Bevölkerung zu 100 % muslimischen Glaubens ist, gehen auf die Tatsache zurück, dass die maledivische Staatsbürgerschaft nur Anhängern des sunnitischen Islams gewährt wird. Die im Land lebenden Nichtmuslime, die etwa 25 % der Bevölkerung ausmachen, haben keine Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft zu erlangen. Die Malediven sind nach wie vor ein berüchtigtes Rekrutierungsgebiet für Terroristen. Hass- und Gewalttaten nahmen in den vergangenen Jahren zu. Unter anderem gab es mehrere Anschlagversuche auf Politiker und auf Schulen. Ein Vorfall im Juni 2022 machte internationale Schlagzeilen: Islamistische Fundamentalisten störten die Feier des Weltyogatags, indem sie mit Flaggen und Plakaten den Veranstaltungsort stürmten, das Praktizieren von Yoga verurteilten und auf Arabisch „Gott ist groß“ riefen.

In **Indonesien**, der größten muslimischen Nation der Welt, wird das Leben für religiöse Minderheiten immer schwieriger. Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit setzte das Land auf die Beobachtungsliste. Immer mehr

Bürger werden wegen Verstößen gegen das Blasphemiegesetz verurteilt, wobei Christen offenbar härter bestraft werden als Muslime. Positiv zu bewerten ist, dass die Regierung einige Maßnahmen zum Schutz religiöser Minderheiten getroffen hat. Im Dezember 2022 nahm Präsident Joko Widodo als erstes indonesisches Staatsoberhaupt an einem christlichen Weihnachtsgottesdienst teil, und im Januar 2023 erklärte er, dass in Bezug auf die Religions- und Kulturfreiheit alle religiösen Gruppen dieselben Rechte hätten.

Auf den mehrheitlich katholischen **Philippinen** verübt die islamistische Terrorgruppe *Abu Sayyaf* immer wieder Anschläge. 2022 legte sie unter anderem auf dem Gelände von zwei katholischen Kirchen in der Stadt Jolo selbst gebaute Sprengsätze.

Im Kleinstaat **Brunei Darussalam**, in dem 2019 ein Scharia-Strafgesetz in Kraft trat, sprachen sich die Imame des Landes für eine bessere Würdigung der Verdienste der bruneiischen Frauen aus und ermutigten sie, außerhalb des Haushalts einer Arbeit nachzugehen.

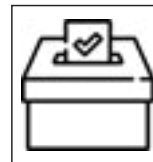
Viele Nationen der Region Maritimes Asien sind freiheitlich und friedlich geprägt. Dies gilt unter anderen für die großen Staaten Australien und Neuseeland, für die mehrheitlich christlichen Länder Papua-Neuguinea und Timor-Leste sowie für die pazifischen Mikrostaaten Vanuatu, Samoa, Kiribati, Tonga, Mikronesien, die Marshallinseln, Palau, Tuvalu, Nauru, Fidschi und die Salomonen. Doch auch in diesen Ländern kommt es in Einzelfällen zu Beeinträchtigungen für religiöse Minderheiten, zum Beispiel wenn es Muslimen nicht ermöglicht wird, Eheschließungen und Geburten registrieren zu lassen.

Kleinere Pazifikstaaten geraten aufgrund ihrer Lage immer stärker in das geopolitische Tauziehen zwischen China auf der einen und den Vereinigten Staaten und Australien auf der anderen Seite. Australien bringt nach wie vor einen Teil der Asylsuchenden in Lagern des Inselstaates Nauru unter. Menschenrechtsorganisationen sowie die katholischen Bischöfe von Papua-Neuguinea und von den Salomonen sehen in diesem Vorgehen einen Verstoß gegen die Menschenrechte.

Religiöse Minderheiten werden zunehmend unterdrückt durch



terroristische Anschläge



Wahlmanipulationen



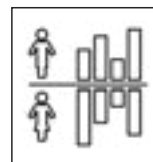
Massenüberwachung



Angriffe auf ihr kulturelles Erbe



Anti-Konversionsgesetze



Manipulation von Melderegistern

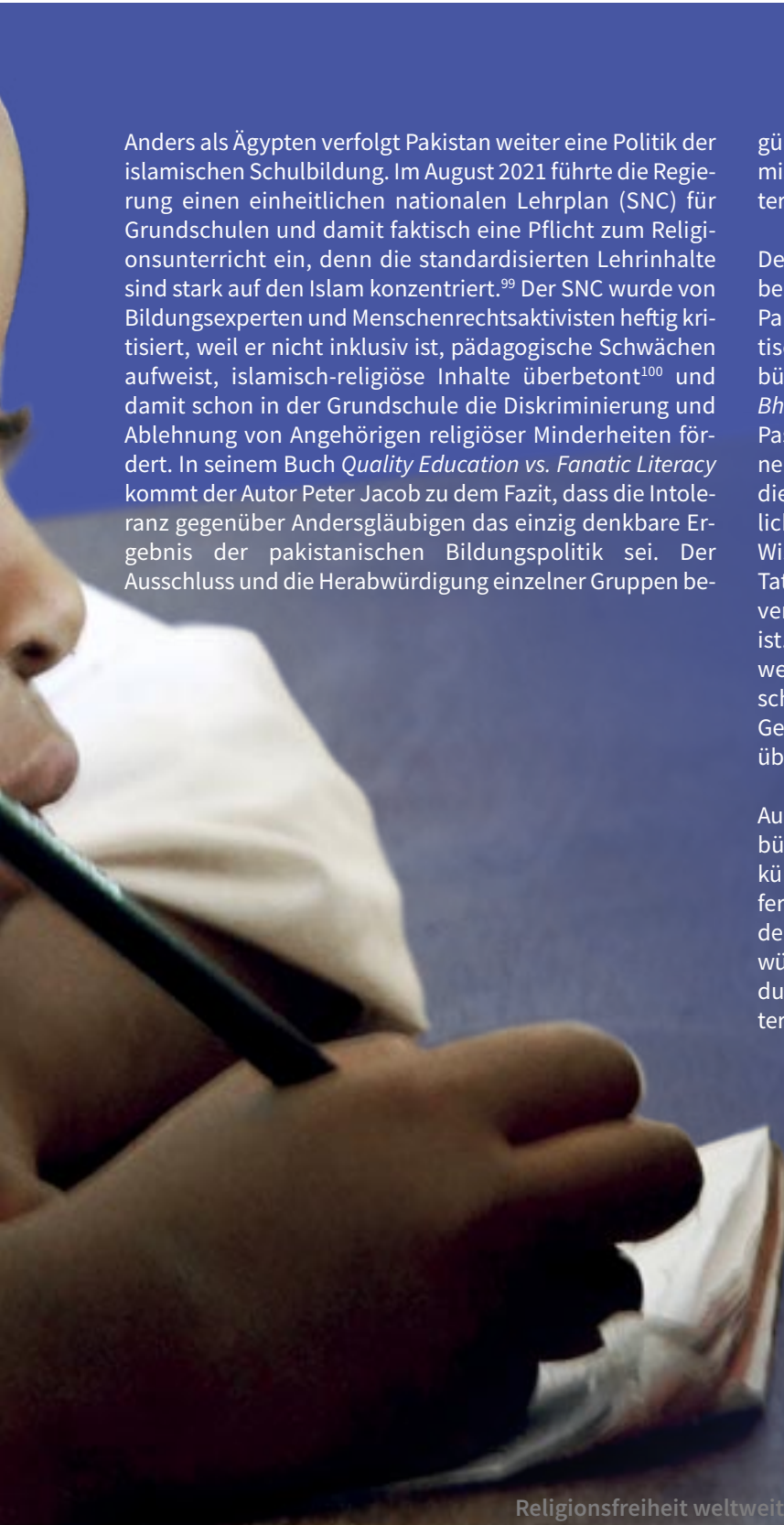


finanzielle Einschränkungen

Schulbücher und die Zukunft der Religionsfreiheit

Von Dr. Eva Saenz-Diez

Im Februar 2021 löste der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi eine kontroverse Debatte aus, als er die Schulbehörden anwies, aus allen Schulbüchern die Koranverse zu entfernen, mit Ausnahme der Schulbücher für islamische Religion.⁹⁷ Bis dahin waren Passagen aus dem Koran und Aussprüche des Propheten Mohammed in den Lehrbüchern aller Schulfächer zu finden. Kritiker dieser islamischen Bildungspolitik hatten schon lange auf die Diskriminierung von nicht muslimischen bzw. nicht sunnitischen Schulkindern hingewiesen, die gezwungen wurden, islamische Verse zu lernen und zu rezitieren, obwohl die Verfassung Ägyptens ihnen das Recht auf Religionsfreiheit gewährt. Anstatt den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu vermitteln, stellten diese Texte den Islam als „einzige Quelle von Tugenden und Werten“⁹⁸ dar und implizierten damit, dass andere Religionen diese Werte nicht teilen.



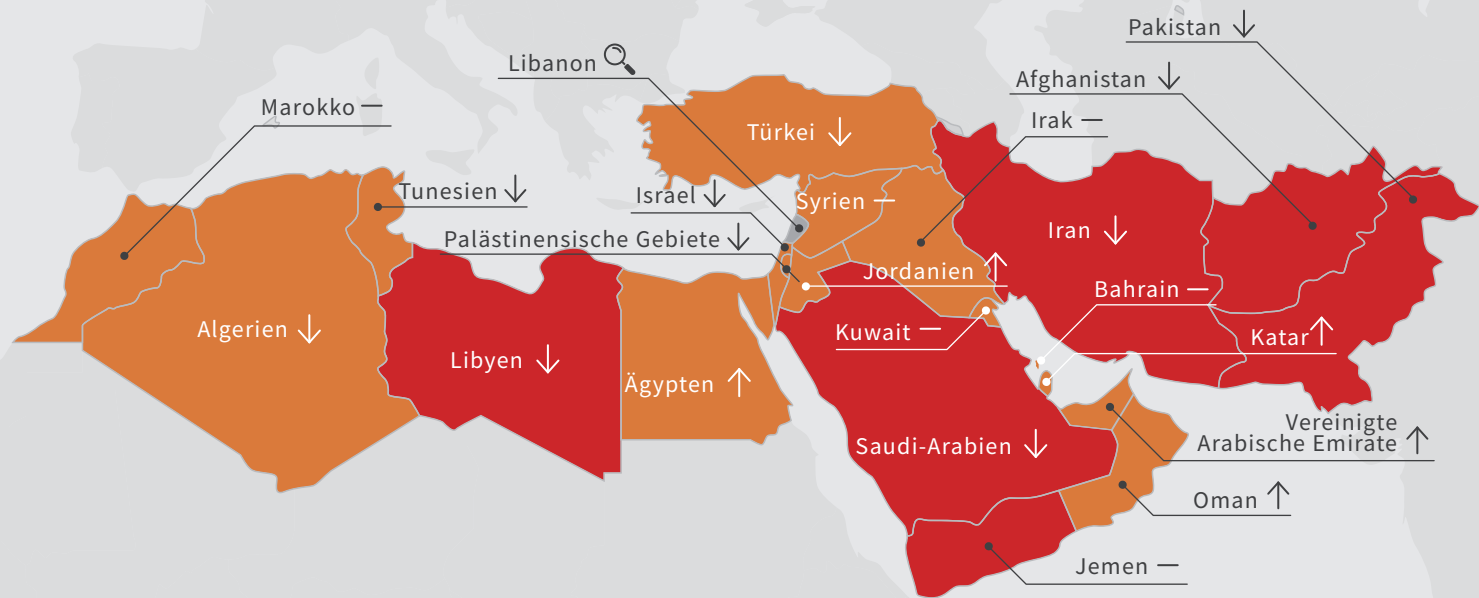
Anders als Ägypten verfolgt Pakistan weiter eine Politik der islamischen Schulbildung. Im August 2021 führte die Regierung einen einheitlichen nationalen Lehrplan (SNC) für Grundschulen und damit faktisch eine Pflicht zum Religionsunterricht ein, denn die standardisierten Lehrinhalte sind stark auf den Islam konzentriert.⁹⁹ Der SNC wurde von Bildungsexperten und Menschenrechtsaktivisten heftig kritisiert, weil er nicht inklusiv ist, pädagogische Schwächen aufweist, islamisch-religiöse Inhalte überbetont¹⁰⁰ und damit schon in der Grundschule die Diskriminierung und Ablehnung von Angehörigen religiöser Minderheiten fördert. In seinem Buch *Quality Education vs. Fanatic Literacy* kommt der Autor Peter Jacob zu dem Fazit, dass die Intoleranz gegenüber Andersgläubigen das einzig denkbare Ergebnis der pakistanischen Bildungspolitik sei. Der Ausschluss und die Herabwürdigung einzelner Gruppen be-

günstigt seiner Meinung nach die Ausbreitung von Machtmissbrauch,¹⁰¹ was zu einer übermäßigen Betonung der Unterschiede¹⁰² und mitunter auch zu Gewalt führt.¹⁰³

Der Islam ist in Indien die am stärksten wachsende Glaubensgemeinschaft. Dort leben etwa so viele Muslime wie in Pakistan. In jüngster Zeit breitet sich in Indien ein hinduistischer Nationalismus aus, der sich auch in den Lehrbüchern widerspiegelt.¹⁰⁴ Im Juni 2022 ließ die von der *Bharatiya Janata Party* (BJP) geführte Regierung wichtige Passagen aus Sozialkunde- und Geschichtsbüchern entfernen. Unter anderem wurden aus den Geschichtsbüchern für die 12. Klasse Hinweise auf die Einflüsse des mittelalterlichen muslimischen Mogulreichs entfernt. Der indische Wissenschaftler Irfan Habib¹⁰⁵ verwies auf die historische Tatsache, dass die Identität Indiens seit Jahrhunderten von verschiedenen Ethnien, Religionen und Kulturen geprägt ist.¹⁰⁶ Doch Hindutva-Ideologen hätten einfach festgelegt, wer indisch ist und wer nicht. Es sei ihre Version der Geschichte, die an den Schulen gelehrt wird. Die kommenden Generationen würden aus ihren Lehrbüchern daher nichts über diese „Anderen“ erfahren.¹⁰⁷

Auch Saudi-Arabien hat umfangreiche Änderungen an Lehrbüchern und Lehrplänen vorgenommen. Der Staat ließ kürzlich aus den Lehrbüchern Hadithe (islamische Überlieferungen) entfernen, die Ungläubige herabwürdigten,¹⁰⁸ auf den Dschihad Bezug nehmen¹⁰⁹ und die Apostasie als todeswürdige Straftat darstellen.¹¹⁰ Die in Jordanien und Marokko durchgeführten Lehrplanreformen werden von Beobachtern als reine Kosmetik betrachtet.

Laut UNICEF erhalten in den nordöstlichen und nordwestlichen Bundesstaaten Nigerias etwa 30 % der muslimischen Kinder Koranunterricht, in dem aber nicht die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt werden.¹¹¹



REGIONALE ANALYSE

Naher Osten und Nordafrika

Obleich in dieser Region gegenüber dem vorigen Berichtszeitraum einige positive Entwicklungen zu verzeichnen waren, gibt es im Nahen Osten und Nordafrika kein einziges mehrheitlich muslimisches Land, in dem die Religionsfreiheit im vollen Umfang gewährleistet ist. Die pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen und die anhaltende politisch instabile Lage in einigen Staaten führten zu massiven Einschränkungen der Menschenrechte. In den meisten Ländern, in denen der Islam Staatsreligion ist, wird Andersgläubigen allenfalls das Recht auf freie Ausübung ihres Glaubens, nicht aber eine vollumfängliche Religionsfreiheit zugestanden. Im Berichtszeitraum ließen sich mehrere grundlegende Trends erkennen, die allerdings nicht für alle Länder in der Weltregion gelten.

Staatliche Gesten gegenüber religiösen Minderheiten

Eine umfassende Religionsfreiheit ist in keinem Land dieser Region gewährleistet. Gleichwohl zeigten sich einige mehrheitlich muslimische Staaten mehr als andere bereit, die religiöse Vielfalt als einen notwendigen Bestandteil der Gesellschaft anzuerkennen. Die irakische Regierung ging zum Beispiel auf die im Land lebenden Christen und Jesiden zu. So beschloss das irakische Parlament im Dezember 2020 einstimmig, Weihnachten als nationalen Feiertag anzuerkennen. 2021 verabschiedete es das „Gesetz für die überlebenden Jesiden“, das einen wichtigen Schritt zur Anerkennung des Unrechts darstellt, das die Terrormiliz IS dieser Minderheit angetan hat. Im März 2021 besuchte Papst

Franziskus als erstes Oberhaupt der katholischen Kirche den Irak. Er wurde von der Führungsspitze des Staates begrüßt und traf sich zu einem interreligiösen Austausch mit dem schiitischen Großajatollah Sayyid Ali al-Husayni al-Sistani.¹¹² Im selben Monat erklärte der damalige Premierminister Mustafa al-Kadhimi den 6. März zum „Nationalen Tag der Toleranz und des friedlichen Zusammenlebens“.¹¹³

In den Vereinigten Arabischen Emiraten waren beispielsweise die Eröffnung eines Hindu-Tempels oder die Gründung der *Association of Gulf Jewish Communities* (Vereinigung jüdischer Gemeinschaften in den Golfstaaten) mit Sitz in Dubai ermutigende Zeichen. In Nordafrika gab es nur vereinzelt Schritte dieser Art. Hier blieben die meisten Länder ihrer restriktiven Haltung gegenüber der Ausübung nicht islamischer Religionen treu. Aus Ägypten kamen in jüngster Zeit indessen positive Signale, wie die Förderung der nationalen Einheit von Muslimen und Christen,¹¹⁴ des interreligiösen Dialogs und der Toleranz.¹¹⁵ Darüber hinaus traf das Land Maßnahmen zum Erhalt der religiösen Stätten und legalisierte mehrere hundert Kirchen. Doch die in der Gesellschaft tief verwurzelte Intoleranz und die institutionalisierte Diskriminierung von Nichtmuslimen oder als „abtrünnig“ geltenden Muslimen sind nach wie vor ein schwerwiegendes Problem.

In **Pakistan** versprach Premierminister Imran Khan (bis April 2022 im Amt) zwar ein „neues Pakistan“ (*Naya Pakistan*), in dem die „bürgerlichen, sozialen und religiösen

Rechte von Minderheiten¹¹⁶ garantiert werden, aber diese werden in nach wie vor massiv diskriminiert. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass öffentliche Stellenausschreibungen für Reinigungskräfte, Straßenkehrer und Kanalreiner den Hinweis „reserviert für Nichtmuslime“ enthalten¹¹⁷ und dass christliche und hinduistische Gemeinden bei Hochwasserschutzmaßnahmen außen vor bleiben.¹¹⁸

Die systematische Verfolgung von religiösen Minderheiten ist in Pakistan nach wie vor ein gravierendes Problem, das im Berichtszeitraum noch weiter zunahm. Christliche und hinduistische Mädchen werden entführt, zwangsverheiratet und sexuell versklavt – unter dem Vorwand, sie zum Islam zu bekehren. Blasphemiegesetze beschneiden die Rechte von Hindus, Christen und Muslimen (die Mehrheit der wegen Blasphemie verurteilten Personen sind Schiiten). Extremisten verüben Selbstjustiz an Personen, die der Blasphemie beschuldigt werden. Eine zunehmend auf den Islam konzentrierte Schulbildung, gefördert durch den einheitlichen nationalen Lehrplan (*Single National Curriculum*), befeuert die Diskriminierung und Ablehnung von Angehörigen religiöser Minderheiten.

Wiederaufflammen des islamistischen Terrors

Der islamistische Terror hatte in der Zeit vor dem aktuellen Berichtszeitraum seinen Höhepunkt in der Region. Nachdem der Islamische Staat (IS) aus den besetzten Gebieten zurückgedrängt worden war, verhielt er sich mehr oder weniger ruhig. Inzwischen bekennt sich die Terrororganisation wieder häufiger zu Anschlägen im Irak und in Syrien. Seit 2020 verüben radikale Islamisten zum Beispiel vermehrt Anschläge in den mehrheitlich schiitischen Gebieten des **Irak**. Aber die Terrorgruppe ist längst nicht mehr so schlagkräftig wie in der Zeit nach 2014. Viele Sympathisanten, die im IS einen Verfechter der Rechte der Sunniten im Irak und in Syrien gesehen hatten, wandten sich nach den verübten Gräueltaten von der Terrorgruppe ab. Neben dem IS treiben weitere Islamistengruppen ihr Unwesen, auch im Gouvernement Idlib im Nordwesten **Syriens**, das weitgehend von der Gruppe *Hai'at Tahrir asch-Scham* und anderen beherrscht wird.

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 kam es im Nachbarland **Pakistan** wieder zu Anschlägen. Die Gruppe Islamischer Staat der Provinz Khorasan (IS-KP) verübte im Berichtszeitraum unzählige Gewalttaten an Christen, Hindus, Ahmadi und schiitischen Muslimen. Im März 2022 kamen bei einem Anschlag auf die schiitische Moschee in Peschawar im Nordwesten Pakistans mehr als 60 Menschen ums Leben.¹¹⁹

Säkularisierungstendenzen

Mehrere im Berichtszeitraum durchgeführte Studien deuten auf Säkularisierungstendenzen in der gesamten Region hin. Schon 2019 stellte das Meinungsforschungsnetzwerk *Arab Barometer* fest, dass immer weniger Menschen ihren Glauben ausüben oder islamistischen Parteien und deren Führern vertrauen.¹²⁰

Auch im **Iran** ist diese Entwicklung wahrnehmbar. In einer Studie aus dem Jahr 2020 gaben 47 % der befragten Iraner an, „nicht mehr religiös“ zu sein.¹²¹ Die Umfrage ergab auch, dass sich im Gegensatz zu den offiziellen staatlichen Zahlen nur 32 % der Iraner als schiitische Muslime identifizieren. Als es im Spätsommer 2022 im gesamten Land zu Demonstrationen kam, wurde deutlich, dass die demokratische Basis des schiitischen Systems zu bröckeln begann. Ausgelöst wurden die Proteste durch den Tod einer 22-jährigen Frau, die festgenommen wurde, weil sie den Hidschab angeblich nicht vorschriftsmäßig getragen hatte und im Gewahrsam der Religionspolizei starb. Die Demonstranten forderten keine Reform des gegenwärtigen politischen Systems, sondern dessen vollständige Abschaffung. Das iranische Regime konnte die Demonstrationen trotz des Einsatzes von Gewalt noch nicht eindämmen.

Spannungen im Heiligen Land erreichen bedrohliche Ausmaße

Die seit 2021 erneut aufgeflamten Spannungen in **Israel** und **den Palästinensischen Gebieten** haben sich einmal mehr zu einer Spirale von Gewalt und Gegengewalt entwickelt. Das Recht Israels auf Selbstverteidigung gegen islamistische Terrorgruppen wie die Hamas ist unbestritten. Einige Gegenschläge des Staates wurden aber zuletzt von führenden Vertretern der katholischen Kirche als unverhältnismäßig kritisiert.¹²² Darüber hinaus ist zu beobachten, dass der soziale Zusammenhalt zwischen radikalen orthodoxen und säkularen Juden weiter bröckelt.

2021 nahmen die Auseinandersetzungen zwischen Juden und Muslimen in einigen Städten Israels wieder bürgerkriegsähnliche Ausmaße an. Zugleich verschlechterte sich auch das Verhältnis zwischen Juden und Christen erheblich. Mit beispielloser Schärfe warnten christliche Geistliche davor, dass extremistische Juden die Christen aus dem Heiligen Land vertreiben könnten.¹²³ Die damalige israelische Regierung wies die Anschuldigungen zurück. Die neue Regierung unter der Führung Benjamin Netanjahus besetzte die für die jüdische Identität Israel entscheidenden Regierungsposten mit radikalen und antipluralistischen Politikern.¹²⁴ Daher sind die Aussichten gering, dass es in absehbarer Zeit zu einer Entspannung des Verhältnisses zwischen den Glaubensrichtungen kommt. Diese Auseinandersetzungen bremsen auch die diplomatischen Bemühungen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den mehrheitlich muslimischen Ländern der Region, die 2020 mit der Unterzeichnung des sogenannten Abraham-Abkommens eingeleitet wurden.

Verschlechterung der sozioökonomischen Lebensbedingungen

Das Überleben religiöser Minderheiten hängt im hohen Maße von der Gesetzeslage und der Anwendung der geltenden Gesetze ab. Aber auch die sozioökonomischen Lebensbedingungen sind dafür von entscheidender Bedeutung. Diese haben sich vielfach in der Region verschlechtert oder zumindest nicht verbessert. Ein Beispiel dafür ist **Libanon**. Nach Angaben der Weltbank befindet sich Libanon in einer

beispiellosen Wirtschafts- und Finanzkrise.¹²⁵ Das Land beheimatet die größte Gemeinschaft von Christen im Nahen Osten und ist seit Jahrhunderten ein Zentrum der christlichen Kultur. Außerdem ist der Libanon ein wichtiger Standort für unabhängige Medien und Wissenschaftler. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wirken sich nicht nur auf die Christen im Libanon, sondern in der gesamten Region aus.

Mit einer extrem hohen Inflationsrate hat auch das vom Krieg gebeutelte **Syrien** zu kämpfen. Die ohnehin schwierigen Lebensbedingungen der Bevölkerung werden durch steigende Preise für Grundnahrungsmittel und Rationierungsmaßnahmen deutlich verschärft.¹²⁶ Der **Irak** kann wegen der steigenden Ölpreise mit einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung rechnen.¹²⁷ Dennoch verlassen

nach wie vor durchschnittlich 20 christliche Familien pro Monat das Land.¹²⁸

Fazit

Wohl auch dank der wiederholten Besuche von Papst Franziskus hat sich die Lage der Religionsfreiheit in der Region nicht verschlechtert. Trotz einiger positiver Entwicklungen besteht jedoch kein Anlass zu Optimismus. Die Situation bleibt prekär. Hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen für eine vollumfängliche Religionsfreiheit werden allenfalls minimale Fortschritte erzielt. Einige Länder machen Rückschritte beim Schutz der Menschenrechte, wie Pakistan seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan. In Afghanistan selbst und im Iran werden religiöse Minderheiten weiterhin gezielt verfolgt.



Libanon: Exodus der Christen

Als die Zahl der Anträge für neue Reisepässe auf 8000 pro Tag stieg,¹²⁹ stellten die libanesischen Behörden am 29. April 2022 die Ausgabe der Reisedokumente ein.¹³⁰ In Anbetracht eines zehnfach höheren Antragsaufkommens als in den Vorjahren wurde ein knappes Jahr später auch die Online-Plattform, über die Reisepässe beantragt oder verlängert werden konnten, geschlossen.¹³¹

Die Erklärungen der Behörden, dass es schwierig sei, der Nachfrage gerecht zu werden, verdecken jedoch eine weitaus größere Sorge: die Geschwindigkeit, mit der gut ausgebildete und hochqualifizierte Fachkräfte das Land verlassen.¹³² Mindestens 77 000 Libanesen haben 2021 ihrer Heimat den Rücken gekehrt, etwa drei Viertel davon im Alter zwischen 25 und 40 Jahren.¹³³

Der Libanon befindet sich im freien Fall. Noch 2019 gehörten 57 % der Einwohner der Mittelschicht an.¹³⁴ Doch seither verlor das libanesisches Pfund mehr als 97 % an Wert.¹³⁵ Die Lebensmittelpreise stiegen um 1700 %¹³⁶, und 90 % der Bevölkerung leben heute in Armut.¹³⁷ Die Menschen haben Schwierigkeiten Lebensmittel zu kaufen, den Krankenhäusern fehlt es an Medikamenten und Lehrer haben inzwischen scharenweise das Land verlassen.¹³⁸ Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen schätzt, dass sich 2,26 Millionen Menschen – 1,46 Millionen Libanesen und etwa 800 000 Flüchtlinge – in einer akuten Notlage befinden und dringend Hilfe benötigen.¹³⁹

Die Gründe für die Krise sind vielfältig und komplex, und sie verstärken sich gegenseitig. Weltbank und Vereinte Nationen werfen den politischen und finanzpolitischen Verantwortlichen im Libanon vor, ihre Position auszunutzen und die Bevölkerung in die Armut zu treiben.¹⁴⁰ Die pro-iranische schiitische Partei Hisbollah, einer der einflussreichsten nicht staatlichen Akteure im Land, beeinflusst die Innen- und die Außenpolitik zu ihren Gunsten.¹⁴¹ Überfälle und Mordanschläge krimineller Banden treiben die Kriminalitätsrate in die Höhe.

Die jungen Menschen im Libanon sehen keine Zukunftsperspektiven mehr für sich. Laut einer Studie aus dem Jahr 2021 wollen 75 % der Jugendlichen, überwiegend Christen, das Land verlassen.¹⁴² Christen sind seit Jahrhunderten im Libanon präsent. Viele von ihnen sind Fachkräfte wie Ärzte, Journalisten oder Juristen, die für die Gesellschaft des Landes, für seine Identität und nicht zuletzt für seine politische und kulturelle Vielfalt unverzichtbar sind.

Die Aussichten für den Libanon sind düster. Der Exodus der Christen wird die Stabilität des Staates und vielleicht sogar seine Existenz gefährden. Damit würde auch die Signalwirkung des Libanon für den Nahen Osten verschwinden – das Signal einer demokratischen Gesellschaft, in der verschiedene Glaubensgemeinschaften friedlich zusammenleben.

Graffito an der Mauer neben der Kathedrale St. Georg in Beirut, Libanon.



© Ismael Martínez Sánchez/ACN

Erzwungene Sprache

Von Roger Kiska & Mark von Riedemann

Artikel 18, Absatz 1 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen¹⁴³ gewährt das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. In Artikel 19 ist das Recht auf freie Meinungsäußerung verankert. In beiden Artikeln sind auch die Grenzen dieser Rechte abgesteckt: Sie dürfen gesetzlich nur so weit eingeschränkt werden, wie es zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit und Sittlichkeit sowie zum Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten anderer erforderlich ist. Den politischen Akteuren in den einzelnen Ländern kommt die Aufgabe zu, die Grenzen dieser Grundrechte mit Augenmaß zu definieren.

In den vergangenen Jahrzehnten haben westliche Kulturen eine ganze Welle neuer anthropologischer Normen und Konzepte hervorgebracht. Viele dieser neuen Konzepte führten in mehreren OSZE-Staaten zu einer Neudefinition

der nationalen Identität und zu einem außenpolitischen Umdenken. Manche Länder schreiben die neuen Konzepte in Rechtsnormen fest.

Diese Initiativen haben schwerwiegende Folgen für Bürger und gesellschaftliche Gruppen, deren religiöse oder moralische Überzeugungen von den neuen Normen abweichen. Das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit wird an den Rand gedrängt, wenn Äußerungen der religiösen Überzeugungen als „Hetze“ eingestuft und bestraft werden.

Der Sprache kommt hier eine entscheidende Bedeutung zu, denn sie gibt den Rahmen für die Debatte vor. Der britische Schriftsteller Lewis Carroll schrieb in seinem Kinderbuch „Alice hinter den Spiegeln“: „„Wenn ich ein Wort verwende“, erwiderte Humpty Dumpty ziemlich geringschätzig, „dann



bedeutet es genau, was ich es bedeuten lasse, und nichts anderes.' ‚Die Frage ist', sagte Alice, ‚ob man das machen kann, dass Wörter so viel Verschiedenes bedeuten.' ‚Die Frage ist', sagte Humpty Dumpty, ‚wer das Sagen hat – das ist alles'.¹⁴⁴

In einem Diskurs, der zunehmend durch Gruppendenken, Cancel Culture und im schlimmsten Fall durch strafrechtliche Sanktionen mit einem Deutungsrahmen belegt ist, werden die Sprache und das Denken im öffentlichen Raum immer stärker „erzwungen“. ¹⁴⁵ In jüngster Zeit haben sich auch Gerichte mit dieser Frage befasst.

In Kanada hat der Oberste Gerichtshof von British Columbia die Praxisanweisung 59 erlassen, die man wohl als Beispiel staatlich verordneter Identitätspolitik bezeichnen könnte. Sie wurde am 16. Dezember 2020 veröffentlicht und „rät Parteien und ihren Anwälten, dass sie bei ihrer Vorstellung vor Gericht ihre ‚richtigen Pronomen‘“ angeben; indem die Richtlinie selbst-identifizierte Geschlechtspronomen als „richtig“ anerkennt, erzwingt sie implizit das Festhalten an der Überzeugung der Geschlechtsidentität ohne Rücksicht auf religiöse oder Gewissensverweigerung.

In Malta berät das Parlament seit Längerem über die unter dem Titel „Bill 96/97“ zusammengefassten Gleichstellungsgesetze. Die Befürworter argumentieren, die neuen Gesetze würden Diskriminierung verhindern und die Gleichstellung fördern. ¹⁴⁶ Vertreter der Glaubensgemeinschaften und zivilgesellschaftliche Gruppen kritisieren jedoch, die vagen Formulierungen der Gesetzestexte könnten dazu führen, dass persönliche Meinungsäußerungen als Belästigung geahn-

det werden und dass somit das Recht auf Gewissensfreiheit unterdrückt wird (vgl. Länderbericht Malta). ¹⁴⁷

Am 1. Januar 2021 wurden dem Repräsentantenhaus der USA Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung zur Abstimmung vorgelegt, wonach geschlechtsspezifische Formulierungen in geschlechtsneutrale Formulierungen geändert werden sollten. ¹⁴⁸ In der Bekanntmachung erklärten die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, und der Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses, James P. McGovern, mit der Verwendung geschlechtsneutraler Pronomen und der geschlechtsneutralen Bezeichnung von Verwandtschaftsverhältnissen beabsichtige man, allen geschlechtlichen Identitäten gerecht zu werden. ¹⁴⁹

Im November 2022 erklärte die britische Staatsanwaltschaft: „In der Bibel stehen Aussagen, die für eine moderne Gesellschaft nicht mehr zeitgemäß sind und als Beleidigung gelten, wenn man sie öffentlich zitiert.“ ¹⁵⁰ Die Aussage wurde später zurückgenommen.

Menschen, ganz gleich, ob religiös oder nicht, die nicht mit den neuen Normen einverstanden sind, werden geneigt sein, sich einer Selbstzensur zu unterziehen. Journalisten, Politiker und Wissenschaftler werden möglicherweise zögern, heikle Themen anzusprechen, oder sie könnten die erzwungene Sprache pauschal übernehmen. Wer hingegen den Grundsätzen der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit treu bleibt und sich frei äußert, läuft Gefahr, sanktioniert zu werden. ¹⁵¹ Bestrebungen dieser Art sind zutiefst illiberal.

Der Zustand einer Demokratie lässt sich daran ablesen, wie sie mit der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit umgeht. Das Recht, in Wort und Tat Zeugnis abzulegen, ist eng mit dem Wesen religiöser Überzeugungen verbunden. ¹⁵² Seinem Gewissen zu folgen, ist ein typisches Kennzeichen einer freien Gesellschaft. Wenn der Staat der Gesellschaft kulturelle Werte aufzwingt und dabei diejenigen an den Rand drängt, die nach ihrem Gewissen und ihren religiösen Überzeugungen handeln, ebnet er den Weg für weitere, noch schwerwiegendere Eingriffe.



Graffito in Sydney, Australien.

REGIONALE ANALYSE

OSZE-Länder

Von Roger Kiska & Mark von Riedemann

Die Mitgliedsstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) werden häufig danach unterteilt, ob sie sich „östlich von Wien“ oder „westlich von Wien“ befinden. Die OSZE wird auch als Organisation beschrieben, die sich „von Vancouver bis Wladiwostok“ erstreckt, eine Formulierung, die nicht nur die geografische Ausdehnung der Mitgliedsstaaten beschreibt, sondern auch das breite Spektrum an Ethnien, Religionen und politischen Strukturen einschließt. Der OSZE gehören 57 Staaten an, darunter die USA, Kanada, Europa sowie alle Länder des ehemaligen sowjetischen Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens.

Jeder der Mitgliedsstaaten hat den Schutz der Religionsfreiheit zwar in irgendeiner Weise in seiner Verfassung verankert, die tatsächliche Umsetzung dieses Rechtes wie auch seine Respektierung auf gesellschaftlicher Ebene variieren allerdings stark. Die OSZE unterhält eine der weltweit besten Datenbanken zur Dokumentation von Hassverbrechen.

Der Krieg in der Ukraine

Am 24. Februar 2022 marschierte die Russische Föderation in die Ukraine ein. Auch zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts dauerte der Krieg nach wie vor an. Am 16. März 2022 hatte das Ministerkomitee des Europarates dafür gestimmt, die Russische Föderation aus dem Europarat auszuschließen.¹⁵³ Seit dem 16. September 2022 ist die Russische Föderation zudem keine Vertragspartei der Euro-

päischen Menschenrechtskonvention mehr. Dies bedeutet, dass sie nicht mehr der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte unterliegt.¹⁵⁴ Laut Europarat steht die vollständige Umsetzung von 2129 Urteilen und Beschlüssen durch Russland noch aus oder sind beim Ministerkomitee des Europarates anhängig.¹⁵⁵ Dennoch ist Russland bislang Mitglied der OSZE geblieben.

Antimuslimische Hassverbrechen

In vielen Teilen der Region häuften sich während des Berichtszeitraums Vorfälle, die als Ausdruck einer antimuslimischen Stimmung gelten können. Zu den Vorfällen von Hasskriminalität gehörten gewalttätige Angriffe auf Personen, Online-Drohungen in sozialen Medien und Angriffe auf Gotteshäuser. Vor allem muslimische Frauen wurden aufgrund ihrer Kleidung Opfer von Belästigungen, Beleidigungen und Gewalt.¹⁵⁶ Ein Beispiel dafür ist der Angriff auf eine schwangere Muslima an einem Bahnhof in der Nähe von Florenz (Italien) durch einen Mann, der ihr die Burka vom Leib riss und sie zusammen mit ihrem 11-jährigen Sohn aus dem Zug stieß.¹⁵⁷

Antichristliche Hassverbrechen

Die meisten antichristlichen Hassverbrechen bestanden in Angriffen auf religiöse Würdenträger und Gläubige oder in Formen von Vandalismus und Schändung von Gotteshäusern. Hasskriminalität wurde in mehreren traditionell christlichen europäischen Ländern beobachtet, darunter in

Frankreich, Spanien und Österreich (siehe die entsprechenden Länderberichte). Frankreich wurde im August 2021 durch die Ermordung des 61-jährigen katholischen Priesters Olivier Maire in Saint-Laurent-sur-Sèvre erschüttert.¹⁵⁸ Religiöse Einrichtungen in Frankreich wurden so häufig Ziel von Verwüstungen, dass das Innenministerium im Februar 2022 nach einer Reihe von Angriffen, u. a. auf die Kathedrale Saint-Denis bei Paris (eingeschlagene Fenster und Türen), in Bondy und Romainville (Diebstahl und Schändung des Tabernakels), in Vitry-sur-Seine (Schändung und Diebstahl), in Poitiers (Zerstörung von Heiligenstatuen) und in Paray-le-Monial (Diebstahl von Reliquien), eine Aufstockung der Mittel für den Schutz katholischer Kirchen zusagte.¹⁵⁹ In Spanien und Österreich kam es zu gewalttätigen Angriffen gegen Kirchenvertreter und Gläubige¹⁶⁰, zu beleidigenden Graffiti an katholischen, orthodoxen und evangelischen Gotteshäusern, zur Schändung von Tabernakeln und zu Vandalismus wie der Enthauptung von Statuen¹⁶¹ sowie einem Brandanschlag auf ein Gotteshaus.¹⁶²

Antisemitismus

Der weit verbreitete Antisemitismus innerhalb der OSZE-Region gibt weiterhin Anlass zu Sorge (siehe die entsprechenden Länderberichte). Die Zahl der in den OSZE-Staaten gemeldeten antisemitischen Hassdelikten ist von 582 im Jahr 2019 auf 1367 im Jahr 2021 gestiegen. Deutschland hatte mit 582 gemeldeten Hassverbrechen im Jahr 2019 und 1357 im Jahr 2021 einen starken Anstieg des Antisemitismus zu verzeichnen. Dies veranlasste die Regierung dazu, eine neue nationale Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus zu entwickeln. Deutschland ist jedoch nicht allein: In Österreich gab es ebenfalls einen starken Anstieg antisemitischer Angriffe, in Frankreich nahmen Angriffe auf Juden stark zu und in Skandinavien beging die „nordische Widerstandsbewegung“ schwere antisemitische Straftaten.

Radikalisierung des Islam in Zentralasien

Mit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan verschärfte sich die Ausbreitung eines extremistischen Islam weiter und sorgt in der Region für große Beunruhigung. Aus Angst vor Radikalisierung haben Regierungen ihre Sicherheitsvorschriften verschärft. In Usbekistan führten die Behörden strengere Kontrollen des religiösen Lebens ein. Dazu gehörte auch die Auflage für muslimische und nicht muslimische Gemeinden, Überwachungskameras in ihren Innen- und Außenbereichen zu installieren; ebenso die Ernennung islamischer Geistlicher durch die Regierung, um die Inhalte der Predigten zu kontrollieren; ferner wurde die Polizei eingesetzt, um mutmaßlichen Extremisten die Bärte abzurazieren.

In Tadschikistan verschärfte die Regierung die strafrechtliche Verfolgung von Personen, die im Verdacht stehen, Mitglied verbotener islamistischer Gruppen zu sein und fügte einen neuen Abschnitt in das Strafgesetzbuch ein, der nicht genehmigten Religionsunterricht unter Strafe stellt. Ungeachtet der Verpflichtung des Staates, Extremismus zu bekämpfen, äußerten internationale Beobachter ihre

Besorgnis darüber, dass vage Formulierungen in den jüngsten Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung Auswirkungen auf die Religionsfreiheit haben können (vgl. die jeweiligen Länderberichte).

Ethnisch-religiöse Beziehungen

Der Balkan wird nach wie vor von anhaltenden Spannungen zwischen Volksgruppen beherrscht, deren ethnische Zugehörigkeit auch an die Religion geknüpft ist. In Bosnien und Herzegowina zum Beispiel definieren sich die meisten Bürger über ihre Zugehörigkeit zu einer der drei großen ethnischen Gruppen des Landes: katholische Kroaten, orthodoxe Serben und muslimische Bosniaken. Laut Europäischer Kommission wurden dort im Jahr 2021 134 Vorfälle von ethnisch motivierter Hasskriminalität registriert und acht Verurteilungen ausgesprochen. Im Jahr 2021 wurden außerdem 70 Anzeigen wegen Hassrede erstattet und elf Urteile gefällt, in denen acht Verurteilungen ausgesprochen wurden.¹⁶³ Im selben Jahr gingen beim Rat für Presse und Online-Medien 1073 Beschwerden wegen Hassrede im Internet ein.¹⁶⁴

Für Zypern muss konstatiert werden, dass ethnisch-religiöse Spannungen durch den Religionsunterricht aufrechterhalten werden: Während in griechisch-zyprischen Schulen der Schwerpunkt im Religionsunterricht auf der griechisch-orthodoxen Tradition und der griechischen Identität liegt, stehen in türkisch-zyprischen Schulen die sunnitische Tradition und die türkische Identität im Fokus.¹⁶⁵

Im Gegensatz dazu ist in Albanien, wo die religiöse Identität ebenfalls weitgehend entlang ethnischer Linien definiert wird, die religiöse Toleranz zwischen der islamischen Gemeinschaft und der orthodoxen sowie katholischen Kirche eine der tragenden Säulen der albanischen Gesellschaft.¹⁶⁶

Hassrede und erzwungene Meinungsäußerung

Eines der wachsenden Spannungsfelder, das vor allem in den OSZE-Mitgliedsstaaten „westlich von Wien“ vorherrscht, ist das komplizierte Zusammenspiel zwischen der Bekämpfung von Äußerungen, die als Hassrede bezeichnet werden, und der Zensur oder Sanktionierung dessen, was gemeinhin als freie Meinungsäußerung betrachtet wird. Hier stellt die vage Definition des Begriffes „Hassrede“ eine große Herausforderung dar.

Finnland ist ein Beispiel dafür, wie schwierig dieses Zusammenspiel sein kann. Die finnischen Behörden meldeten der OSZE für die Jahre 2020 und 2021 2567 Vorfälle von Hassreden¹⁶⁷ – unter den OSZE-Staaten ist dies eine beachtenswerte statistische Angabe für ein Land mit etwas mehr als 5,5 Millionen Einwohnern. Einige der von den Behörden als Hassrede eingestuften Fälle werfen jedoch die Frage auf, ob die Freiheit zur Äußerung religiöser Ansichten zu sensiblen moralischen und kulturellen Themen gefährdet ist. Die strafrechtliche Verfolgung der finnischen Parlamentsabgeordneten Päivi Räsänen wegen öffentlicher Bibelzitate ist ein Beispiel dafür.¹⁶⁸

Eine größere Herausforderung für die Religions- und Gewissensfreiheit ist es, wenn die Behörden die Meinungsäußerung reglementieren. In Kanada erließ der Oberste Gerichtshof von British Columbia Ende Dezember 2020 eine Verhaltensregel für Gerichte, die sogenannte *Practice Direction 59*¹⁶⁹. Diese „rät Parteien und ihren Anwälten, bei der Vorstellung vor Gericht ihre ‚korrekte Anrede‘ anzugeben.“ In der Praxis kann dies zu einer aufgezwungenen Anerkennung einer bestimmten Auffassung von Geschlechteridentität führen.¹⁷⁰

Im Vereinigten Königreich führte die Ablehnung der neuen kulturellen Normen hinsichtlich der bevorzugten Anrede zu einem potenziellen Berufsverbot: Dr. David Mackereth wurde vom *Department for Works and Pensions* (Ministerium für Arbeit und Renten) als Gutachter entlassen, weil er darauf hingewiesen hatte, dass er aus christlicher Überzeugung keine transgender-sensiblen Pronomen verwenden könne. Seine Berufungsklage beim Arbeitsgericht wurde abgelehnt.¹⁷¹ In einem anderen Fall droht einem christlichen

Lehrer in England ein lebenslanges Unterrichtsverbot, weil er ein Schulkind während einer Prüfung mit dem falschen Pronomen angeredet hatte.¹⁷²

Abtreibung

Das Thema Abtreibung war im Berichtszeitraum besonders umstritten. Nach dem Bekanntwerden des Urteils in der Rechtssache „Dobbs gegen Jackson“, mit dem das Urteil „Roe gegen Wade“ gekippt wurde, waren in den Vereinigten Staaten hunderte Kirchen zum Ziel von Angriffen geworden. In Schweden verloren zwei Hebammen ihre Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, nachdem ihnen eine Anstellung wegen ihrer Ablehnung der Abtreibung aus Gewissensgründen verweigert worden war. Im Vereinigten Königreich wurden zunehmend Pufferzonen um Abtreibungskliniken herum eingerichtet, in denen ein Verbot für friedliche Proteste, Beratung am Straßenrand oder stille Gebete galt.



Finnland: Zensur gegen die Heilige Schrift

Die Parlamentsabgeordnete Päivi Räsänen, Ärztin und finnische Innenministerin (2011-2015) wurde vor Gericht gestellt, weil sie ihre auf biblischen Grundsätzen beruhende Meinung zu Ehe und menschlicher Sexualität öffentlich geäußert hatte und deshalb der Hassrede beschuldigt wurde.



© ADF Intl

Am 29. April 2020 erhob der finnische Generalstaatsanwalt Anklage gegen die christdemokratische Parlamentsabgeordnete und frühere Innenministerin (2011-2015) Päivi Räsänen und den evangelisch-lutherischen Bischof Juhana Pohjola wegen „ethnischer Agitation“, die im finnischen Strafgesetzbuch dem Bereich „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zugeordnet ist.¹⁷³

Auslöser waren ein Twitter-Post im Jahr 2019 (nach einer Entscheidung der Kirchenleitung, eine LGBT-Veranstaltung zu sponsern), in dem auf Bibelverse verwiesen wurde, Kommentare in Bezug auf eine Fernsehsendung aus dem Jahr 2018 und eine für Mitglieder ihrer Kirche bestimmte Broschüre aus dem Jahr 2004 mit dem Titel „Männlich und Weiblich – Erschuf sie“, in der die kirchliche Sexuallehre dargelegt wird.¹⁷⁴ Die Anklage gegen Bischof Pohjola bezog sich auf seine Entscheidung, die Broschüre von 2004 zu veröffentlichen. Der Generalstaatsanwalt argumentierte, Räsänens Äußerungen seien „geeignet, Intoleranz, Verachtung und Hass gegenüber Homosexuellen hervorzurufen“.¹⁷⁵

Über einen Zeitraum von zwei Jahren wurde Räsänen „insgesamt dreizehn Stunden lang von der Polizei zu ihren christlichen Überzeugungen verhört, wobei sie von der Polizei häufig aufgefordert wurde, ihr Verständnis der Bibel zu erläutern“.¹⁷⁶ Im April 2021 erhob der finnische Generalstaatsanwalt Anklage gegen Räsänen, obwohl die Polizei nachdrücklich empfohlen hatte, die Strafverfolgung nicht weiterzuführen – und obwohl ihre Äußerungen weiterhin auf Twitter sowie bei den nationalen finnischen Fernsehstationen zu sehen waren, weil sie nicht gegen deren Richtlinien verstoßen hatten.¹⁷⁷

Am 30. März 2022 wurde vom Bezirksgericht Helsinki einstimmig entschieden, das Verfahren gegen Päivi Räsänen und Bischof Juhana Pohjola einzustellen. Das Gericht erkannte an, „dass es, auch wenn einige der Äußerungen Räsänens auf Ablehnung stoßen, einen zwingenden gesellschaftlichen Grund für die Beeinträchtigung und Einschränkung der Meinungsfreiheit geben“ müsse. In diesem Fall war das Gericht zu dem Schluss gekommen, dass ein solcher Grund nicht vorlag.¹⁷⁸

In einem ungewöhnlichen Schritt kündigte die finnische Staatsanwaltschaft Anfang April 2022 eine Berufung gegen das Urteil vom 30. März an. Päivi Räsänen erklärte: „Ich bin bereit, die Meinungs- und Religionsfreiheit vor Gericht zu verteidigen. Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, gegen den Freispruch Berufung einzulegen, kann dazu führen, dass der Fall bis zum Obersten Gerichtshof geht, was die Möglichkeit eröffnet, einen Präzedenzfall zum Schutz der Rede- und Religionsfreiheit für alle Finninnen und Finnen zu schaffen.“¹⁷⁹

Nicaragua: Verhaftung, Schändung und Abschiebung

Bischof Rolando José Alvarez Lagos von der Diözese Matagalpa in den Ruinen des Caritas-Gebäudes in Sebaco (2018) in Nicaragua, wo die katholische Kirche unter der Verfolgung durch die Regierung von Präsident Daniel Ortega leidet.



© Inés San Martín/ACN

Am 19. August 2022 um 3 Uhr morgens drang die Nationalpolizei Nicaraguas in die Büros der Diözese Matagalpa ein und verhaftete Bischof Rolando Álvarez und seine Mitarbeiter. Kurze Zeit später wurde der Bischof unter Hausarrest gestellt. Seine Verhaftung bildete den Höhepunkt einer drastischen Verschärfung der staatlichen Einschüchterungen, die am 4. August mit der Sperrung des Zugangs zum Bischofshaus für Personen begonnen hatte, die als „politische Agenten“ bezeichnet wurden.

Am 10. Februar 2023 entzog das Gericht Bischof Álvarez die Staatsbürgerschaft und verurteilte ihn zu 26 Jahren Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte einen Tag nach der Weigerung des Bischofs, sich einer Gruppe von über 200 politischen Gefangenen anzuschließen, darunter mehrere Priester und Seminaristen, die der „Verschwörung“ beschuldigt wurden und in die Vereinigten Staaten abgeschoben werden sollten. Der Richter erklärte den Bischof zum „Vaterlandsverräter“ und befand ihn der „Verschwörung gegen die nationale Integrität und der Verbreitung von ‚Fake News‘ zum Schaden des Staates und der nicaraguanischen Gesellschaft“ für schuldig.¹⁸⁰

Bischof Álvarez ist ein offener Kritiker der Regierung von Präsident Daniel Ortega und prangert die soziale Krise an, die seit dem Jahr 2018 in Nicaragua herrscht.¹⁸¹ Die drakonische Strafe für den Bischof stellt eine Eskalation des Konflikts zwischen der Regierung und der Kirche in Nicaragua dar. Sie folgt auf die Ausweisung des Apostolischen Nuntius, Erzbischof Waldemar Stanislaw Sommertag, im März 2022 und die Verbannung von Ordensleuten und Priestern, einschließlich der Missionarinnen der Nächstenliebe, der Kongregation der heiligen Mutter Theresa von Kalkutta.¹⁸²

In dem im November 2022 veröffentlichten Bericht „Nicaragua: eine verfolgte Kirche?“ wurden zwischen April 2018 und Oktober 2022 396 Angriffe gegen die katholische Kirche registriert, darunter Vandalismus, Diebstahl, Drohungen und Hassrede.¹⁸³ Unterdrückung von Mitgliedern des Klerus wurden ebenso dokumentiert wie die Verbote religiöser Prozessionen, das Stören von Gottesdiensten und die Einschüchterung Gläubiger durch Polizeieinsätze rund um Kirchen. Die Regierung verstaatlichte eine katholische Universität und schloss den Fernsehsender der Bischofskonferenz sowie mindestens acht katholische Radiosender.

Mexiko 🔍

Kuba ↓

Haiti ↓

Nicaragua ↓

Venezuela ↓

REGIONALE ANALYSE

Lateinamerika und die Karibik

Von **Paulina Eyzaguirre**

Der Bericht über die Religionsfreiheit in Lateinamerika und der Karibik umfasst Untersuchungen aus 33 Ländern in vier Regionen: Nordamerika, Zentralamerika, die Karibik und Südamerika. Ein Drittel der untersuchten Länder (11) liegt in Südamerika, wo fast 66 Prozent der Bevölkerung der Region leben. Angesichts des Ausmaßes der beobachteten Veränderungen spiegeln die Ergebnisse des Berichts eher die Situation in der kontinentalen Region als in den Inselstaaten wider.

Normalisierung der Gewalt gegen Religionen und ihre Vertreter

Ungeachtet des derzeitigen relativen Friedens in der Region hat sich der Respekt gegenüber Religionen insbesondere in Südamerika in den vergangenen Jahren spürbar verändert. Die Aussichten für Religionsfreiheit sind nur in zwei Ländern, Ecuador und Uruguay, als positiv zu bewerten. In vorhergehenden Berichten von KIRCHE IN NOT (ACN) zur weltweiten Religionsfreiheit wurden Vorfälle wie Vandalismus gegen Kirchen, Schändung heiliger Stätten und Gegenstände sowie Angriffe auf religiöse Personen festgestellt. Diese standen jedoch nicht zwangsläufig in Zusammenhang mit Religion und waren mitunter auf die vorherrschende Kriminalität bzw. als Folge von Maßnahmen zurückzuführen, die von Geistlichen ergriffen wurden, um ihre Gemeinden vor Gewalt zu schützen.

In jüngerer Zeit ist jedoch ein erheblicher Anstieg der Vorfälle festzustellen, die von Einzelpersonen bzw. Gruppen verübt wurden, die intolerante Haltungen gegenüber religiösen Überzeugungen einnehmen. Die Angriffe konzentrierten sich hauptsächlich auf Gläubige katholischer oder evangelikaler Gemeinden und wurden häufig von Abtreibungsbefürwortern, pro-feministischen Gruppen und Gender-Befürwortern verübt. In Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Haiti und Mexiko wurden Vorfälle – in einigen Fällen auch Straftaten – gemeldet, darunter Angriffe auf religiöse Personen, Vandalismus, Schändung oder Beleidigung.

Besorgniserregend war die Tendenz einiger Regierungen, die Angriffe auf Gotteshäuser und Gläubige während öffentlicher Proteste zu ignorieren schienen und weder gegen die Täter ermitteln noch sie strafrechtlich verfolgen ließen. In Chile be-

gnadigte der Präsident sogar einen Mann, der verurteilt worden war, weil er während sozialer Unruhen im Jahr 2019¹⁸⁴ die Kathedrale von Puerto Montt angezündet hatte.

Im Berichtszeitraum wurden 14 Mitglieder des Klerus in Bolivien, Haiti, Honduras, Mexiko, Paraguay, Peru und Venezuela ermordet. In einigen Fällen starben die Geistlichen, als sie versuchten, bei Schießereien einzugreifen, die sich im Zusammenhang mit Straßenkriminalität ereigneten. In anderen Fällen in ländlichen Gebieten gerieten Ordensmänner und -frauen ins Visier krimineller Banden, weil sie Opfern des organisierten Verbrechens Zuflucht geboten hatten.

Das soziale, wirtschaftliche und politische Umfeld verschlechtert sich

Zunehmende Korruption, organisierte Kriminalität und wachsende Gewalt inmitten sozialer, wirtschaftlicher und

Argentinien 🔍

Chile 🔍

politischer Krisen haben dazu beigetragen, dass sich die Bedingungen für Religionsfreiheit verändert haben. Zum ersten Mal seit der Herausgabe des Lateinamerika-Berichts wurde eines der Länder der Region, Nicaragua, in die Kategorie „Verfolgung“ aufgenommen. Dies ist auf die anhaltende schwere Unterdrückung der katholischen Kirche durch die Ortega-Regierung zurückzuführen. Zu deren Maßnahmen gehören unter anderem die Ausweisung des Apostolischen Nuntius und religiöser Kongregationen, die Vertreibung von Priestern ins Exil, die Aberkennung des Rechtsstatus für religiöse Einrichtungen, die Verfolgung und Bedrohung von Priestern, die Belagerung von Kirchen, die willkürliche Inhaftierung von Geistlichen und Gläubigen, die Schließung eines katholischen Fernsehsenders, explizite Drohungen und die Beleidigung von Kirchenvertretern.

In Kuba und Venezuela gehen die Menschenrechtsverletzungen und Repressionen gegen Dissidenten und Mitglieder des Klerus weiter. Diese sind Aggressionen, Verhaftungen, Drohungen und Verleumdungen ausgesetzt, weil sie oppositionelle Gruppen unterstützen oder andere Meinungen als die der Regierung vertreten.

Mehrere Länder der Region befinden sich seit Jahren in einer Krise, für die keine Lösung in Sicht ist. Besonders tragisch ist die Lage in Haiti, wo es sich nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks um die „schlimmste Menschenrechts- und humanitäre Situation seit Jahrzehnten“ handelt.¹⁸⁵

Während Kuba und Venezuela weiterhin unter Nahrungsmittel- und Medikamentenmangel leiden, sind Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Guatemala und Peru von anderen soziopolitischen und wirtschaftlichen Krisen betroffen. Fast ein Drittel der Länder in der Region – die 30 Prozent der Bevölkerung des Kontinents repräsentieren – sind von Protesten und zivilen Unruhen betroffen, die auf die steigenden Lebenshaltungskosten, zunehmende Inflation, Korruption, die Mangel an Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz, politische Instabilität und Debatten über eine Verfassungsreform zurückzuführen sind.

Revierkämpfe, Korruption und Erpressung durch kriminelle Banden, Guerilla-Gruppen, Drogenkartelle und organisiertes Verbrechen: Gewalt ist in der gesamten Region verbreitet, wobei Kolumbien, Haiti, Mexiko und Venezuela zu den extremsten Beispielen gehören. Sowohl gezielte als auch willkürliche Gewalt erzeugen ein Gefühl der Unsicherheit, das die Voraussetzungen dafür untergräbt, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf Religionsfreiheit tatsächlich wahrnehmen können.

Migration ist ein großes Problem, das die sozioökonomischen Aussichten der ohnehin instabilen Region weiter schwächt, da es meist die gebildete Jugend ist, die nach besseren Perspektiven im Ausland sucht. Am stärksten ist der Druck in den Ländern, die an die krisengeschüttelten mittelamerikanischen Staaten angrenzen, aber auch in Mexiko, das seine Grenze mit den Vereinigten Staaten von Amerika teilt.

In vielen lateinamerikanischen Ländern, in denen der Staat nicht in der Lage ist, angemessene soziale Dienstleistungen bereitzustellen¹⁸⁶, spielen die Kirchen weiterhin eine Schlüsselrolle. Dies gilt trotz der Risiken für Kirchenmitarbeitende, die in verarmten und gefährlichen Gebieten humanitäre Hilfe für die Schwächsten leisten, insbesondere in Kolumbien, Kuba, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, der Dominikanischen Republik und Venezuela.

Umstrittene neue Gesetze

Themen, die in einem Land Lateinamerikas virulent sind, ergreifen meist auch die anderen Staaten der Region. Dieses Phänomen hat sich nicht nur bei der Ausbreitung gewalttätiger Angriffe auf kirchliche Personen und Gebäude gezeigt, sondern auch bei der Einführung umstrittener neuer Gesetze (und daraus resultierenden Strafen bei Verweigerung aus Gewissensgründen) sowie bei Themen wie der gleichgeschlechtlichen Ehe, Abtreibung, Euthanasie und Geschlechteridentität. Die Pläne, die in Costa Rica, Mexiko, Paraguay und Peru geprüft werden, sehen beispielsweise eine Überarbeitung der Programme zur Sexualerziehung vor, die neue Ansichten zur Geschlechtsidentität einbeziehen sollen. Diese Art von Überarbeitungen stellen das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder in Frage, welches wiederum ein direkter Ausdruck der Religionsfreiheit im Bildungsbereich ist.

Die gesetzlichen Beschränkungen, die im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie verhängt worden waren, wurden 2022 gelockert und schließlich aufgehoben. Dies war ein bedeutendes Ereignis für die Gläubigen, die ab April desselben Jahres wieder in Rekordzahlen an den Feiern der Karwoche teilnahmen.



Religiöse Feiern und die Rückkehr der Freude

Von **Paulina Eyzaguirre**

Nach fast zwei Jahren erzwungener Abwesenheit wegen der Beschränkungen während der Covid-19-Pandemie versammelten sich am 12. Dezember 2021 über 1,5 Millionen Menschen in der Basilika von Mexiko-Stadt, um den Gedenktag der Madonna von Guadalupe zu feiern.¹⁸⁷ Ein Jahr später meldete die Regierung, dass innerhalb einer Woche über elf Millionen Pilger gekommen waren. Ähnliche Pilgerströme nach der Pandemie waren auch an anderen Wallfahrtsorten zu verzeichnen.

In der argentinischen Provinz Catamarca nahm eine Rekordzahl von Menschen an der „Wallfahrt des Volkes Gottes“¹⁸⁸ und dem traditionellen Kreuzweg in einem Gefängnis teil, an dem auch die Insassen aktiv beteiligt waren.¹⁸⁹ In der Karwoche wurden auf zentralen Plätzen in Hauptstädten wie Medellín (Kolumbien)¹⁹⁰ und Trinidad (Honduras)¹⁹¹ Passionsspiele aufgeführt; in Paraguay wurde die traditionelle Darstellung des „Weges der Schmerzensmutter“¹⁹² wieder aufgenommen; in Dörfern und Städten fanden Passions-

spiele und Prozessionen statt, so in Peru¹⁹³, Costa Rica¹⁹⁴, Ecuador¹⁹⁵, Venezuela¹⁹⁶ und in Puebla (Mexiko), wo mehr als zweitausend Polizeikräfte angesichts von 150 000 Pilgern in der Karwoche im Einsatz waren.¹⁹⁷

Viele dieser religiösen Feiern sind in die UNESCO-Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen worden. In Guatemala zum Beispiel sind die Osterfeiern das Ergebnis einer kulturellen Verschmelzung von Katholizismus und altem Maya-Glauben¹⁹⁸, und das Fest von San Roque in Tarija, Bolivien, das „64 Veranstaltungen wie heilige Messen, Prozessionen, Ausflüge, Rennen und Feste“¹⁹⁹ umfasst, verkörpert das religiöse und kulturelle Erbe des Landes.

Die Wiederbelebung volkstümlicher religiöser Ausdrucksformen, die nach zwei Jahren der Beschränkungen mit noch größerer Begeisterung stattfinden, ist ein Zeichen für die tiefgreifende Rolle, die öffentliche Glaubensbekundungen in der christlichen Kultur spielen. Die Kirche in Lateinamerika erlebt in gewisser Weise einen Glaubensfrühling – die einzige Ausnahme ist Nicaragua, wo die Regierung im September 2022 öffentliche Prozessionen verboten hat.



© Ismael Martínez Sánchez/ACN

Bischof Giovanni Cefai von der Territorialprälatur Santiago Apóstol de Huancané segnet die Gläubigen im Wallfahrtsheiligtum in Taraco, Peru, 2022.

Für einen umfassenderen Dialog zwischen Katholiken und Muslimen



©VaticanMedia

Der katholisch-muslimische Dialog hat sich im Berichtszeitraum intensiviert. Papst Franziskus hat im März 2021 mit Irak zum ersten Mal ein Land mit schiitischer Mehrheit besucht. Der chaldäische Patriarch Louis Raphael I. Kardinal Sako bezeichnete das Treffen mit dem wichtigsten Vertreter der Schiiten im Irak, Großajatollah Sayyed Ali al-Husseini al-Sistani, als „Wendepunkt in den christlich-muslimischen Beziehungen“.²⁰⁰ Nach Angaben des Patriarchen sagte al-Sistani: „Ihr seid ein Teil von uns, und wir sind ein Teil von euch.“ Damit sagt er zwischen den Zeilen, dass wir Brüder sind.“²⁰¹



Abgesehen von Aserbaidshan hatte der Papst bis dahin ausschließlich Länder mit sunnitischer Mehrheit besucht. Im Verlauf des Jahres 2022 besuchte er auch Bahrain, das zwar von einer sunnitischeren Dynastie regiert wird, dessen Bevölkerungsmehrheit aber schiitisch ist. Der Papst setzte damit seine Politik des Dialogs mit dem Islam fort, die er seit dem Beginn seines Pontifikats verfolgt. Höhepunkt war ein interreligiöses Treffen in Abu Dhabi im Februar 2019, bei dem er mit Großimam Ahmad al-Tayyib von der sunnitischeren Al-Azhar-Universität in Kairo das „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen – für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“ unterzeichnete.²⁰² Es räumt der Glaubensfreiheit großen Stellenwert ein.

Wenngleich al-Sistani die Erklärung von Abu Dhabi nicht unterzeichnete, erließ er eine Fatwa (ein religiöses Urteil), der zufolge Christen „wie alle Iraker in Sicherheit und Frieden und mit allen verfassungsmäßigen Rechten leben sollen“. Er fügte hinzu, dass „religiöse Autorität eine wichtige Rolle für ihren Schutz spielt, ebenso wie für anderen Bevölkerungsgruppen, die in der Vergangenheit Unrecht und Schaden erlitten haben“.²⁰³ Seiner Aussage wird große Bedeutung beigemessen, da al-Sistani eine der angesehensten Persönlichkeiten im Schiitentum ist. Ein Beobachter äußerte, dass „die irakischen Christen die Unterstützung von Großajatollah al-Sistani für wichtiger halten als die Unterstützung ihrer eigenen Vertreter“.²⁰⁴ Im März 2023 sollte eine schiitisch-christliche Konferenz im Irak den Dialog fortsetzen.²⁰⁵

Der Besuch des Papstes in Bahrain trug zur Vertiefung der bestehenden Beziehungen zum sunnitischeren Islam bei. Interreligiöse Treffen mit dem Papst brachten zudem Schiiten und Sunniten einander näher. In einer Rede, die er an schiitische Gelehrte richtete, ermutigte der sunnitischeren Großimam al-Tayeb die Muslime, „jegliches Gerede von Hass, Provokation und Exkommunikation zu vertreiben“.²⁰⁶

Mit dem Abbau der Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten verbindet sich zugleich auch die Hoffnung auf positive Nebeneffekte für die nicht muslimischen Religionsgemeinschaften. Auch wenn nicht sofort greifbare rechtliche oder praktische Veränderungen in Richtung Religionsfreiheit eintreten, trägt der Dialog des Papstes mit dem Islam doch dazu bei, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen und ebnet so den Weg für Fortschritte.

Religionsführer auf dem „Bahrain-Forum für Dialog: Ost und West für ein menschliches Zusammenleben“ auf dem Al-Fida'-Platz des Königspalastes von Sakhir in Awali, Bahrain, 4. November 2022.

Hintergrundwissen

Globale Entwicklung der Religionsfreiheit

Verfolgung, Hasskriminalität und religiös motivierte Gewalt	Diskriminierung, Hasskriminalität und religiös motivierte Gewalt	↑ Verbesserung seit 2021
		↓ Verschlechterung seit 2021
		– Keine Veränderung seit 2021

Länderbezeichnung	Kategorie/Entwicklung	Hauptverantwortlich für Verfolgung / Diskriminierung
Afghanistan	↓	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Bangladesch	↓	Autoritäre Regierung
Burkina Faso	↓	Islamischer Extremismus
China	↓	Autoritäre Regierung
Demokratische Republik Kongo	↓	Islamischer Extremismus
Eritrea	↓	Autoritäre Regierung
Indien	↓	Autoritäre Regierung und ethnoreligiöser Nationalismus
Iran	↓	Autoritäre Regierung
Jemen	–	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Kamerun	↓	Islamischer Extremismus
Komoren	–	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Libyen	↓	Islamischer Extremismus
Malaysia	–	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Malediven	↓	Autoritäre Regierung
Mali	↓	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Mosambik	↓	Islamischer Extremismus
Myanmar	↓	Autoritäre Regierung und ethnoreligiöser Nationalismus
Nicaragua	↓	Autoritäre Regierung
Niger	↓	Islamischer Extremismus
Nigeria	↓	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Nordkorea	↓	Autoritäre Regierung
Pakistan	↓	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Saudi-Arabien	↓	Autoritäre Regierung
Somalia	–	Islamischer Extremismus
Sri Lanka	↓	Autoritäre Regierung und ethnoreligiöser Nationalismus
Sudan	↓	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Tschad	↓	Islamischer Extremismus
Turkmenistan	–	Autoritäre Regierung
Ägypten	↑	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Algerien	↓	Autoritäre Regierung
Aserbaidshjan	↓	Autoritäre Regierung
Äthiopien	↑	Autoritäre Regierung
Bahrain	–	Autoritäre Regierung
Brunei Darussalam	–	Autoritäre Regierung
Dschibuti	–	Autoritäre Regierung
Haiti	↓	Kriminelle Organisationen
Irak	–	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Israel	↓	Ethnoreligiöser Nationalismus
Jordanien	↑	Autoritäre Regierung

Länderbezeichnung	Kategorie/Entwicklung	Hauptverantwortlich für Verfolgung / Diskriminierung
Kasachstan	–	Autoritäre Regierung
Katar	↑	Autoritäre Regierung
Kirgisistan	–	Autoritäre Regierung
Kuba	↓	Autoritäre Regierung
Kuwait	–	Autoritäre Regierung
Laos	–	Autoritäre Regierung
Marokko	–	Autoritäre Regierung
Mauretanien	–	Autoritäre Regierung
Mauritius	↑	Islamischer Extremismus
Nepal	↓	Autoritäre Regierung
Oman	↑	Autoritäre Regierung
Palästinensische Gebiete	↓	Autoritäre Regierung
Singapur	–	Autoritäre Regierung
Syrien	–	Autoritäre Regierung and islamischer Extremismus
Tadschikistan	↓	Autoritäre Regierung
Thailand	–	Autoritäre Regierung und islamischer Extremismus
Tunesien	↓	Autoritäre Regierung
Türkei	↓	Autoritäre Regierung
Usbekistan	↓	Autoritäre Regierung
Venezuela	↓	Autoritäre Regierung
Vereinigte Arabische Emirate	↑	Autoritäre Regierung
Vietnam	↓	Autoritäre Regierung

Länder unter Beobachtung

Länder „unter Beobachtung“: Länder, in denen neu auftretende Faktoren beobachtet wurden, die das Potenzial haben, einen Zusammenbruch der Religionsfreiheit zu verursachen. Zu diesen Faktoren gehören rechtliche Maßnahmen gegen einzelne Aspekte der Religionsfreiheit, zunehmende Hasskriminalität, sowie gelegentlich auftretende religiös motivierte Gewalt.

Ost- und Westafrika	Lateinamerika und Karibik	Naher Osten und Nordafrika
Benin	Argentinien	Libanon
Burundi	Chile	OSZE-Staaten
Côte d’Ivoire (Elfenbeinküste)	Mexiko	Belarus
Eswatini	Festland- und Maritimes Asien	Russland
Ghana	Bhutan	Ukraine
Guinea-Bissau	Indonesien	
Kenia	Kambodscha	
Madagaskar	Philippinen	
Ruanda		
Südsudan		
Togo		
Uganda		

Alle übrigen Staaten wurden keiner Kategorie zugeordnet.

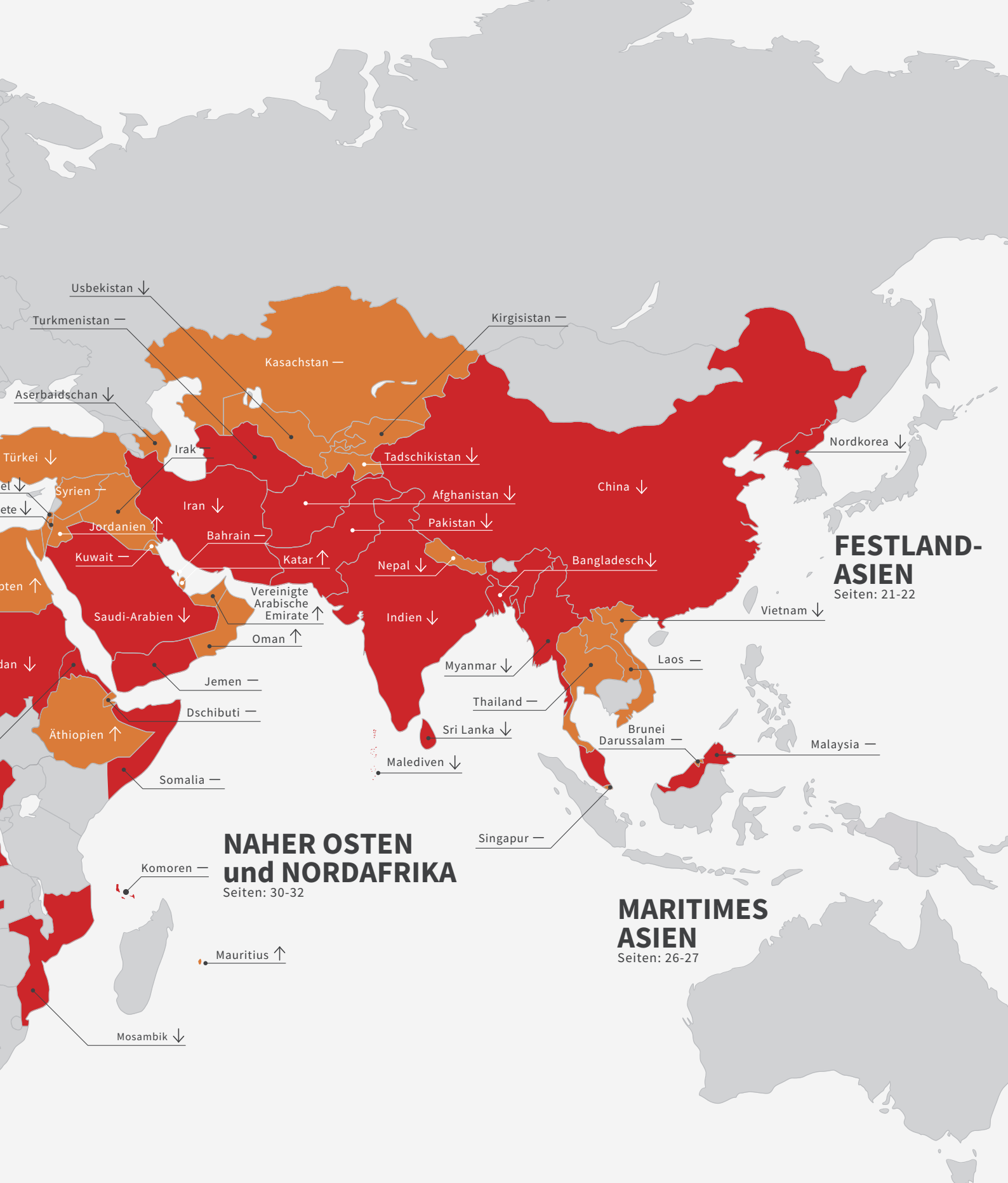
Anmerkungen:

Berichtszeitraum: Januar 2021 bis Dezember 2022. Die einzelnen Länderberichte finden Sie unter: <https://www.religionsfreiheit-weltweit.de>. Bei der Bewertung des Ausmaßes der Unterdrückung von Religionsgemeinschaften haben der Redaktionsausschuss und die regionalen Redakteure die im Abschnitt „Methodik und Definitionen“ beschriebenen Faktoren berücksichtigt. KIRCHE IN NOT (ACN) erkennt an, dass der qualitative Ansatz bei der Kategorisierung bedeutet, dass eine derartige Analyse zwangsläufig subjektive Elemente enthält.

Länder mit schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit

Die Karte zeigt diejenigen Länder, in denen gemäß der Analyse des Berichts Religionsfreiheit weltweit ein erhebliches Maß an Diskriminierung oder Verfolgung festgestellt wurde.





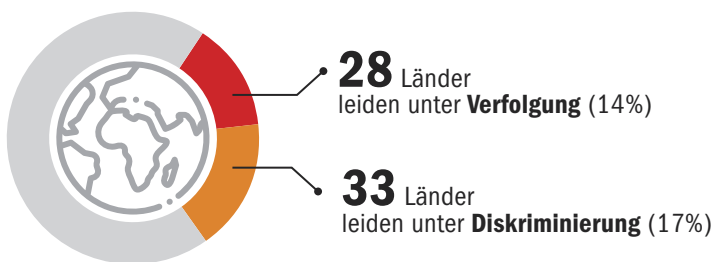
KIRCHE IN NOT

ACN DEUTSCHLAND

RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT **BERICHT 2023**

RELIGIONSFREIHEIT WIRD VERLETZT

Religionsfreiheit in 196 Ländern der Welt
In 61 Ländern gibt es eine Verletzung der
Religionsfreiheit (31,1%)*



*Das bedeutet nicht, dass sie alle verfolgt werden. In vielen von ihnen sind religiöse Minderheiten am stärksten betroffen.

62,5 % der Weltbevölkerung
- fast **4,9 Milliarden** - lebt in Ländern mit ernster
oder sehr ernster Verletzung der Religionsfreiheit.*



SEIT 2021



In **36 Ländern**
sind die Täter **selten oder gar nicht** durch
die Justiz verfolgt worden.



In **40 Ländern**
sind Menschen wegen ihres Glaubens
getötet oder verfolgt worden.



In **34 Ländern**
sind Gebetsstätten und religiöse Einrichtungen
angegriffen und beschädigt worden.

WER SIND DIE TÄTER ?

4
LÄNDER

**Ethno-religiöser
Nationalismus**

Bevölkerung: 1,5 Mrd. Menschen



21
LÄNDER

**Islamistischer
Extremismus**

Bevölkerung: 1,1 Mrd. Menschen



49
LÄNDER

**Autoritäre
Regierung**

Bevölkerung: 4,5 Mrd. Menschen



Einige dieser Länder sind in mehr als
einer Gruppe enthalten.

In **47** der untersuchten Länder hat sich die Situation der

RELIGIONSFREIHEIT VERSCHLECHTERT

Nur in 9 Ländern hat sich die Lage verbessert.

- ¹ William A. Schabas (ed.), „The Universal Declaration of Human Rights. The Travaux Préparatoires“, Volume II: December 1947 to August 1948, Cambridge University Press, 2013, S. 1574 und 2489.
- ² Ibid, S. 2500
- ³ Ibid, S. 2495
- ⁴ Ibid, S. 1573
- ⁵ Ibid, S. 2494
- ⁶ Ibid, S. 2505
- ⁷ „Human rights questions, including alternative approaches for improving the effective enjoyment of human rights and fundamental freedoms“, Seventy-sixth session, OHCHR, 5. Oktober 2021, https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Issues/Religion/A_76_380_AUV.docx
- ⁸ Andrew Copson, Preface to the 2022 edition: <https://fot.humanists.international>
- ⁹ „Module 1: Freedom of conscience“, OHCHR, 2023 (updated), <https://www.ohchr.org/en/faith-for-rights/faith4rights-toolkit/module-1-freedom-conscience>
- ¹⁰ Karl Marx, „Critique of the Gotha Programme“, marxists.org, 1999, https://www.marxists.org/archive/marx/works/download/Marx_Critique_of_the_Gotha_Programme.pdf (abgerufen am 14. März 2023).
- ¹¹ Luchterhandt, Otto, „The Understanding of Religious Freedom in the Socialist States“, Occasional Papers on Religion in Eastern Europe, Vol. 3, Iss. 3, Article 5, 1983, S. 15, <https://digitalcommons.georgefox.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1029&context=ree> (abgerufen am 13. März 2023).
- ¹² Luchterhandt, op. cit., S. 17 (abgerufen am 13. März 2023).
- ¹³ Reardon, L.C., „Religious regulation in autocracies“, Oxford Research Encyclopedias, 28. August 2019, <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.794>.
- ¹⁴ Reardon, L.C. op cit.
- ¹⁵ „Universal Declaration of Human Rights“, Article 18, United Nations General Assembly, 10. Dezember 1948, <https://www.un.org/en/about-us/universal-declaration-of-human-rights>.
- ¹⁶ Reed, J und Adeoye, A., „India believed to be the most populous nation“, Financial Times, 25. April 2023, S. 2.
- ¹⁷ „In 30 countries, heads of state must belong to a certain religion“, Pew Research Center, 22. Juli 2014, <https://www.pewresearch.org/short-reads/2014/07/22/in-30-countries-heads-of-state-must-belong-to-a-certain-religion/>.
- ¹⁸ Interview mit Bischof Chikpa Wilfred Anagbe, Bistum Makurdi, Bundesstaat Benue, Nigeria, Aid to the Church in Need, 2022.
- ¹⁹ „Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide“, Artikel II, d, United Nations General Assembly, 9. Dezember 1948, https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocities-crimes/Doc.1_Convention%20on%20the%20Prevention%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Genocide.pdf.
- ²⁰ „Key Findings From the Global Religious Futures Project“, Pew Research Center, 21. Dezember 2022, <https://www.pewresearch.org/religion/2022/12/21/key-findings-from-the-global-religious-futures-project/>.
- ²¹ Nigeria at the crossroads, Aid to the Church in Need International, 2023, https://www.academia.edu/97352210/Nigeria_Country_Report
- ²² Institute for Economics and Peace, Global Terrorism Index 2022, <https://www.economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2022/03/GTI-2022-web-09062022.pdf>
- ²³ Institute for Economics and Peace, Global Peace Index 2002, <https://www.economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2022/06/GPI-2022-web.pdf>
- ²⁴ „Any State, member of the United Nations, having Muslim majority and abiding by the Charter, which submits an application for membership may join the Organisation [...]“, Chapter II, Membership, Article 3, 2, https://www.oic-oci.org/upload/documents/charter/en/oic_charter_2018_en.pdf (abgerufen am 17. März 2023).
- ²⁵ Nigeria at the crossroads, Aid to the Church in Need International, op. cit.
- ²⁶ Makurdi Diocese Report, Fr Remigius Ihyula, Coordinator, Fjdp Makurdi, Aid to the Church in Need, 2023.
- ²⁷ „Nigerian student beaten, burned to death over ‚blasphemous‘ text messages“, Reuters, 13. Mai 2022, <https://www.reuters.com/world/africa/nigerian-student-beaten-burned-death-over-blasphemous-text-messages-2022-05-12/>
- ²⁸ „Sultan condemns killing of Deborah Yakubu“, Business Day, Eniola Olatunji, 13. Mai 2022, <https://businessday.ng/news/article/sultan-condemns-killing-of-deborah-yakubu/>
- ²⁹ „Anti-Christian violence and curfew follow killing of girl in Sokoto, Nigeria“, ACN International, 17. Mai 2022, <https://acninternational.org/anti-christian-violence-in-nigeria/>
- ³⁰ „The weaponisation of religious identity: A view from Nigeria“, Matthew Hassan Kukah, The Premium Times, 6. November 2022, <https://www.premium-timesng.com/opinion/563670-the-weaponisation-of-religious-identity-a-view-from-nigeria-by-matthew-hassan-kukah.html?tztc=1>
- ³¹ „Fatalities from Militant Islamist Violence in Africa Surge by Nearly 50 Percent“, Africa Center for Strategic Studies (ein Think Tank des US-Verteidigungsministeriums), 6. Februar 2023, <https://africacenter.org/spotlight/fatalities-from-militant-islamist-violence-in-africa-surge-by-nearly-50-percent/>
- ³² „Militant Islamist violence in Africa surges – deaths up nearly 50%, events up 22% in a year“, The Conversation, 7. März 2023, <https://theconversation.com/militant-islamist-violence-in-africa-surges-deaths-up-nearly-50-events-up-22-in-a-year-200941>
- ³³ „Jihadist networks in sub-Saharan Africa, origins patterns and responses“, Briefing, European Parliament, Branislav Stanicek with Mathilde Betant-Rasmussen, European Parliament Research Service, September 2021, [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_BRI\(2021\)698048](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_BRI(2021)698048)
- ³⁴ WANEP, „The Current Dynamics and Challenges of Violent Extremism in Western Africa“, West Africa Network for Peacebuilding, 2018, www.caert.org.dz/Research/WANEP.pdf (abgerufen am 3. April 2020).
- ³⁵ „Africa’s Active Militant Islamist Groups“, Africa Center for Strategic Studies, Januar 2022, <https://africacenter.org/wp-content/uploads/2022/01/Map-Africas-Active-Militant-Islamist-Groups-January-2022.pdf>
- ³⁶ „Fatalities from Militant Islamist Violence in Africa Surge by Nearly 50 Percent“, op. cit.
- ³⁷ „Fatalities from Militant Islamist Violence in Africa Surge by Nearly 50 Percent“, op. cit.
- ³⁸ „Dozens killed in two suspected jihadist attacks in Burkina Faso“, France 24, 5. Juli 2022, <https://www.france24.com/en/africa/20220704-dozens-killed-in-two-suspected-jihadist-attacks-in-burkina-faso>
- ³⁹ „10 Conflicts to Watch in 2023“, International Crisis Group, 1. Januar 2023, 10 Conflicts to Watch in 2023 | Crisis Group
- ⁴⁰ „Burkina Faso: Horror-stricken after massacre“, ACN International, 15. Juni 2021, <https://acninternational.org/burkina-faso-horror-stricken-after-massacre/> (abgerufen am 3. Januar 2023).
- ⁴¹ „10 Conflicts to Watch in 2023“, op. cit.
- ⁴² US-Außenministerium, „Mali“, 2021 Report on International Religious Freedom, 2. Juni 2022, <https://www.state.gov/reports/2021-report-on-international-religious-freedom/mali>
- ⁴³ „Fatalities from Militant Islamist Violence in Africa Surge by Nearly 50 Percent“, op. cit.
- ⁴⁴ „Chad Humanitarian Response Plan 2022 (March 2022)“, OCHA, 14. März 2022, <https://reliefweb.int/report/chad/tchad-plan-de-r-ponse-humanitaire-2022-mars-2022>
- ⁴⁵ „Fatalities from Militant Islamist Violence in Africa Surge by Nearly 50 Percent“, op. cit.
- ⁴⁶ „Fatalities from Militant Islamist Violence in Africa Surge by Nearly 50 Percent“, op. cit.

- ⁴⁷ „After Shekau: Confronting Jihadists in Nigeria’s North East“, International Crisis Group, 29. März 2022, <https://www.crisisgroup.org/africa/west-africa/nigeria/after-shekau-confronting-jihadists-nigerias-north-east>
- ⁴⁸ „Nigeria at the Crossroads“, ACN International, 2023, <https://acninternational.org/country/nigeria/>
- ⁴⁹ „2021 Report on International Religious Freedom: Cameroon“, US-Außenministerium, 2. Juni 2022, <https://www.state.gov/reports/2021-report-on-international-religious-freedom/cameroon/>
- ⁵⁰ „Fatalities from Militant Islamist Violence in Africa Surge by Nearly 50 Percent“, op. cit.
- ⁵¹ ACI Africa, Inside Christianity in Somalia Where Most Catholics are Foreign Nationals, 2. Juli 2021, <https://www.aciafrica.org/news/3785/inside-christianity-in-somalia-where-most-catholics-are-foreign-nationals> (abgerufen am 25. April 2022).
- ⁵² „Kenya’s Muslims: a divided community with little political clout“, Laura Hood, The Conversation, 7. August 2022, <https://theconversation.com/kenyas-muslims-a-divided-community-with-little-political-clout-184436> (abgerufen am 23. Dezember 2022).
- ⁵³ „The Islamist insurgency in Mozambique“, International Institute for Strategic Studies (IISS), August 2021, <https://www.iiss.org/publications/strategic-comments/2021/the-islamist-insurgency-in-mozambique>
- ⁵⁴ „The Islamist insurgency in Mozambique“, op. cit.
- ⁵⁵ „UNICEF Mozambique Humanitarian Situation Report No. 12, (End Year) Jan - Dec 2022“, UNICEF, 3. Februar 2023, <https://reliefweb.int/report/mozambique/unicef-mozambique-humanitarian-situation-report-no-12-end-year-jan-dec-2022>
- ⁵⁶ „Militia Raids in Eastern DR Congo Kill 10 Civilians, Says Army“, VOA, 28. Februar 2021, https://www.voanews.com/a/africa_militia-raids-eastern-dr-congo-kill-10-civilians-says-army/6202671.html#:~:text=One%20percent%20report%20by%20analysts%20the%20Kivu%20Security,south%3A%20Ituri%2C%20North%20Kivu%2C%20South%20Kivu%20and%20Tanganyika
- ⁵⁷ „UN: Well-Armed M23 Rebels Resurgent in DRC“, VOA, 29. Juni 2022, <https://www.voanews.com/a/un-well-armed-m23-rebels-resurgent-in-drc/6638775.html>
- ⁵⁸ AFRICA/CENTRAL AFRICA - The Bishops: „The wild exploitation of the country’s resources is destroying the environment“, Agenzia Fides, 19. Januar 2022, http://www.fides.org/en/news/71478-AFRICA_CENTRAL_AFRICA_The_Bishops_The_wild_exploitation_of_the_country_s_resources_is_destroying_the_environment
- ⁵⁹ „AFRICA/CENTRAL AFRICA - The Bishops: „The food crisis is just round the corner“, Agenzia Fides, 30. Juni 2022, http://www.fides.org/en/news/72445-AFRICA_CENTRAL_AFRICA_The_Bishops_The_food_crisis_is_just_round_the_corner
- ⁶⁰ „AFRICA/CENTRAL AFRICA - The Bishops: „The food crisis is just round the corner“, op. cit.
- ⁶¹ „Ethiopia: Eritrean troops’ massacre of hundreds of Axum civilians may amount to crime against humanity“, *Amnesty International*, 26. Februar 2021, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/02/ethiopia-eritrean-troops-massacre-of-hundreds-of-axum-civilians-may-amount-to-crime-against-humanity>
- ⁶² BTI Transformation Index, Eritrea Country Report 2022, <https://bti-project.org/en/reports/country-report/ERI>
- ⁶³ „Cameroon Christians and Muslims Pray for Peace in Cameroon During AFCON“, VOA, 7. Januar 2022, <https://www.voanews.com/a/cameroon-christians-and-muslims-pray-for-peace-in-cameroon-during-afcon/6386702.html>
- ⁶⁴ „Interreligious declaration of Abidjan: Religions must be the basis of peace“, Agenzia Fides, 1. März 2022, http://www.fides.org/en/news/71741-AFRICA_IVORY_COAST_Interreligious_declaration_of_Abidjan_Religions_must_be_the_basis_of_peace
- ⁶⁵ „The Central African Republic’s faith leaders are the country’s best hope for peace“, Christine Luby, Religious News Service, 8. März 2021, <https://religionnews.com/2021/03/08/the-central-african-republics-faith-leaders-are-the-countrys-best-hope-for-peace/>
- ⁶⁶ „Africa’s Sahel region facing horrendous food crisis“, Welternährungsprogramm, 16. Februar 2022, <https://news.un.org/en/story/2022/02/1112122>
- ⁶⁷ „Africa’s Sahel region facing horrendous food crisis“, op. cit.
- ⁶⁸ „The real costs of coltan mining in the DRC – report“, Mining.com, 1. Juni 2022, <https://www.mining.com/the-real-costs-of-coltan-mining-in-the-drc-report/>
- ⁶⁹ „The real costs of coltan mining in the DRC – report“, op. cit.
- ⁷⁰ „Addressing the enablers of coltan smuggling in the DRC requires holistic solutions“, Oluwale Ojewale, The Africa Report, 13. Mai 2022, <https://www.theafricareport.com/203796/addressing-the-enablers-of-coltan-smuggling-in-the-drc-requires-holistic-solutions/>
- ⁷¹ Bishops after the serious incidents with the UN peacekeepers: „Anger is understandable, but violence is never tolerable“, Agenzia Fides, 2. August 2022, http://www.fides.org/en/news/72622-AFRICA_DR_CONGO_Bishops_after_the_serious_incidents_with_the_UN_peacekeepers_Anger_is_understandable_but_violence_is_never_tolerable
- ⁷² „UN: Well-Armed M23 Rebels Resurgent in DRC“, VOA, 29. Juni 2022, <https://www.voanews.com/a/un-well-armed-m23-rebels-resurgent-in-drc/6638775.html>
- ⁷³ „DRC: Bishops warn of threat of Islamism in East Congo“, Aid to the Church in Need International, 15. April 2021, <https://acninternational.org/drc-bishops-warn-of-threat-of-islamism-in-east-congo/>
- ⁷⁴ „Lithium and cobalt: A tale of two commodities“, Marcelo Azevedo, Nicolò Campagnol, Toralf Hagenbruch, Ken Hoffman, Ajay Lala, and Oliver Ramsbottom, McKinsey & Company, 22. Juni 2018, <https://www.mckinsey.com/industries/metals-and-mining/our-insights/lithium-and-cobalt-a-tale-of-two-commodities>
- ⁷⁵ Prognosen zufolge wird Indien mehrheitlich hinduistisch bleiben, aber bald mehr muslimische Einwohner als jedes andere Land der Welt haben und damit Indonesien überholen. „The Future of World Religions: Population Growth Projections, 2010-2050“, Pew Research Center, 2. April 2015, <https://www.pewresearch.org/religion/2015/04/02/religious-projections-2010-2050/>
- ⁷⁶ „USCIRF Releases New Report on India’s State-Level Anti-Conversion Laws“, United States Commission for International Religious Freedom, 14. März 2023, <https://www.uscifr.gov/release-statements/uscifr-releases-new-report-indias-state-level-anti-conversion-laws> (abgerufen am 28. März 2023).
- ⁷⁷ Surveillance camera statistics: which cities have the most CCTV cameras?, Paul Bischoff, Comparitech, 11. Juli 2022, <https://www.comparitech.com/vpn-privacy/the-worlds-most-surveilled-cities/> (abgerufen am 28. Dezember 2022).
- ⁷⁸ US Commission on International Religious Freedom (USCIRF), Annual Report 2022, China chapter: <https://www.uscifr.gov/annual-reports?country=36>
- ⁷⁹ „Human Rights Watch Submission to the Universal Periodic Review of India“, Human Rights Watch, 31. März 2022, <https://www.hrw.org/news/2022/03/31/human-rights-watch-submission-universal-periodic-review-india>
- ⁸⁰ Vatican News staff reporter, „India’s Karnataka state passes anti-conversion law despite opposition“, Vatican News, 23. September 2022, <https://www.vatican-news.va/en/church/news/2022-09/karnataka-passes-anti-conversion-law-despite-opposition.html>
- ⁸¹ „Uttarakhand tables bill to make anti-conversion law more stringent“, Hindustan Times, 30. November 2022, <https://www.hindustantimes.com/india-news/uttarakhand-tables-bill-to-make-anti-conversion-law-more-stringent-101669744981935.html>
- ⁸² https://www.constituteproject.org/constitution/Nepal_2015.pdf
- ⁸³ 2021 Report on International Religious Freedom: Nepal, US-Außenministerium, <https://www.state.gov/reports/2021-report-on-international-religious-freedom/nepal/>
- ⁸⁴ US-Außenministerium, „North Korea“, *2021 Report on International Religious Freedom*, <https://www.state.gov/reports/2021-report-on-international-religious-freedom/north-korea/> (abgerufen am 15. Juli 2022).
- ⁸⁵ Marcus Holland, „Religious Persecution in North Korea“, Peterson Institute for International Economics, 30. September 2016, <https://www.piie.com/blogs/north-korea-witness-transformation/religious-persecution-north-korea> (abgerufen am 15. Juli 2022).
- ⁸⁶ „At least 132 religious buildings destroyed since Myanmar coup“, Radio Free Asia, 8. Juli 2022, <https://www.rfa.org/english/news/myanmar/religiousbuildings-07082022181759.html#:~:text=According%20to%20information%20compiled%20by,%2C%20Mindat%2C%20Kanpetlet%20and%20Matupi> (abgerufen am 12. Dezember 2022).
- ⁸⁷ Shonali Thangiah, „Study: New Buddhist Extremism and the Challenges to Ethno-Religious Coexistence in Sri Lanka“, *Minor matters*, 22. August 2018, <https://www.minormatters.org/en/blog/study-new-buddhist-extremism-and-the-challenges-to-ethno-religious-coexistence-in-sri-lanka> (abgerufen am 31. Januar 2021); Andreas Johannson, „Violent Buddhist extremists are targeting Muslims in Sri Lanka“, *The Conversation*, 26. April 2018, <https://theconversation.com/violent-buddhist-extremists-are-targeting-muslims-in-sri-lanka-92951> (abgerufen am 14. September 2022).
- ⁸⁸ „Buddhism“, *Britannica*, op. cit.

- ⁸⁹ „The Buddhist schools: Theravada and Mahayana“, Buddhanet, 2008, <https://www.buddhanet.net/e-learning/buddhistworld/schools1.htm> (abgerufen am 27. März 2023).
- ⁹⁰ Chara Scroope, „Sri Lankan Culture“, Cultural Atlas, 2016, <https://culturalatlas.sbs.com.au/sri-lankan-culture/sri-lankan-culture-religion> (abgerufen am 27. März 2023).
- ⁹¹ „Buddhism in Myanmar“, Harvard Divinity School, <https://rpl.hds.harvard.edu/faq/buddhism-myanmar> (abgerufen am 27. März 2023).
- ⁹² „Buddhism in Myanmar“, op. cit.
- ⁹³ „The Rise of Buddhist Ethnonationalism and Military Impunity in Myanmar“, John Cosenza, 7. Februar 2020, <https://www.persecution.org/2020/02/07/rise-buddhist-ethnonationalism-military-impunity-myanmar/> (abgerufen am 28. Februar 2022).
- ⁹⁴ „Sinicization: A New Ideological Robe for Religion in China“, op. cit.
- ⁹⁵ Lee Clarke, „What does Buddhism say about the idea of God?“, op. cit.
- ⁹⁶ „Buddhism and the God-idea“, Buddhanet, <https://www.buddhanet.net/e-learning/qanda03.htm> (abgerufen am 27. März 2023).
- ⁹⁷ „Push to remove Quran from Egyptian textbooks faces backlash“, Al-Monitor, 22. Februar 2021, <https://www.al-monitor.com/originals/2021/02/egypt-limit-quran-texts-religion-courses-education-extremism.html> (abgerufen am 12. März 2023).
- ⁹⁸ „Assessing Religious Freedom in Egyptian Curriculum Reform“, United States Commission on International Religious Freedom, <https://www.uscirf.gov/sites/default/files/2022-08/2022%20Egypt%20Curriculum.pdf> (abgerufen am 26. Dezember 2022).
- ⁹⁹ 2021 Report on International Religious Freedom: Pakistan, 2. Juni 2022, <https://www.state.gov/reports/2021-report-on-international-religious-freedom/pakistan/>
- ¹⁰⁰ State of Human Rights in 2021, Human Rights Commission of Pakistan, Lahore, 2022, <https://hrpc-web.org/hrpcweb/wp-content/uploads/2020/09/2022-State-of-human-rights-in-2021.pdf> (abgerufen am 13. November 2022).
- ¹⁰¹ Peter Jacob, „Introduction“, in Peter Jacob (ed.), Quality Education Vs Fanatic Literacy, Centre for Social Justice, Lahore, Oktober 2020, S. 1, https://www.academia.edu/45499356/Quality_Education_Vs_Fanatic_Literacy (abgerufen am 27. Dezember 2022).
- ¹⁰² A. H. Nayyar, „Insensitivity of Pakistani School Education to Religious Diversity of the Nation“, Asia-Pacific Human Rights Information Center (HURIGHTS OSAKA), S. 75-89, <https://www.hurights.or.jp/archives/pdf/asia-s-ed/v07/10Pakistan.pdf> (abgerufen am 26. Dezember 2022).
- ¹⁰³ Zaheer Ali & Utsa Mukherjee, „We are not equal citizens in any respect: citizenship education and the routinization of violence in the everyday lives of religious minority youth in Pakistan“, *Diaspora, Indigenous, and Minority Education*, vol. 16, n° 4, 2022, S. 246-258, <https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/15595692.2022.2082405?needAccess=true&role=button> (abgerufen am 23. Dezember 2022).
- ¹⁰⁴ Andrea Malji, „The Rise of Hindu Nationalism and Its Regional and Global Ramifications“, *The Association for Asian Studies*, Volume 23:1, Spring 2018, <https://www.asianstudies.org/publications/aaa/archives/the-rise-of-hindu-nationalism-and-its-regional-and-global-ramifications/> (abgerufen am 26. Dezember 2022).
- ¹⁰⁵ Professor S. Irfan Habib, Autor, Dozent und ehemaliger Inhaber des Abul Kalam Azad Lehrstuhls der National University for Educational Planning and Administration (NUEPA), New Delhi.
- ¹⁰⁶ „School Social Science Textbook Revisions in India Kick Up Controversy“, Kavita Chowdhury, *The Diplomat*, 27. Juli 2022, <https://thediplomat.com/2022/07/school-social-science-textbook-revisions-in-india-kick-up-controversy/> (abgerufen am 12. März 2023).
- ¹⁰⁷ „School Social Science Textbook Revisions in India Kick Up Controversy“, op. cit.
- ¹⁰⁸ Eldad J. Pardo, „Review of Selected Saudi Textbooks 2020–21“, *IMPACT-se*, Dezember 2020, S. 15, <https://www.impact-se.org/wp-content/uploads/Review-of-Selected-Saudi-Textbooks-2020-21.pdf> (abgerufen am 29. Dezember 2022).
- ¹⁰⁹ „Jihad in the way of Allah is the climax of Islam [the peak of the hump of Islam]. Allah has mandated it to oppose anyone who lurks in the flanks of Muslims, which requires overall readiness and preparation for mobilization at any moment, if the ruler calls for it.“ *Ibid*, S. 13.
- ¹¹⁰ „The Punishment of Apostasy in the World. The punishment of apostasy is death, as several texts in the Sunnah explain this verdict. If an apostate asks to repent and maybe return to his religion, the door of repentance will open to him. If he repents, Allah will forgive him for his sin and won't deem his former deeds worthless. His Punishment in the Afterlife If the apostate dies, his punishment will be eternity in Hell and then his righteous deeds prior to his apostasy will be considered worthless, because the Almighty said: 'And whoever of you reverts from his religion [to disbelief] and dies while he is a disbeliever— for those, their deeds have become worthless in this world and the Hereafter, and those are the companions of the Fire, they will abide therein eternally:' (Quran, Al-Baqarah [The Cow] 27)“ *Ibid*, S. 16.
- ¹¹¹ Education in Nigeria, UNICEF, 2022, <https://www.unicef.org/nigeria/education>
- ¹¹² „Apostolic journey of his Holiness Pope Francis to Iraq“, Vatican.va, <https://www.vatican.va/content/francesco/en/travels/2021/outside/documents/papa-francesco-iraq-2021.html> (abgerufen am 3. September 2022).
- ¹¹³ „Iraq declares 6 March National Day of Tolerance and Coexistence“, *Vatican News*, 6. März 2021, <https://www.vaticannews.va/en/pope/news/2021-03/ayuso-joy-over-meeting-with-grand-ayatollah-al-sistani.html> (abgerufen am 3. September 2022).
- ¹¹⁴ Sami Hegazi, „Egypt adopted comprehensive approach to promote human rights and fundamental freedoms“, *Daily News*, 2. März 2022, <https://dailynewsegypt.com/2022/03/02/775207/> (abgerufen am 11. November 2022).
- ¹¹⁵ National Human Rights Strategy, Supreme Standing Committee for Human Rights, The Arab Republic of Egypt 2021-2026, S. 38-42, <https://sschr.gov.eg/media/gapb5bq4/national-human-rights-strategy.pdf> (abgerufen am 13. November 2022).
- ¹¹⁶ „The road to Naya Pakistan - PTI Manifesto 2018“, S. 22, Prime Ministers Office, <https://pmo.gov.pk/documents/manifesto-pti.pdf> (abgerufen am 19. November 2022).
- ¹¹⁷ „Appello di un politico cattolico: 'No' a norme e annunci di lavoro che discriminano e disonorano le minoranze religiose“, *Agenzia Fides*, 7. Juli 2021, http://www.fides.org/it/news/70461-ASIA_PAKISTAN_Appello_di_un_politico_cattolico_No_a_norme_e_annunci_di_lavoro_che_discriminano_e_disonorano_le_minoranze_religios (abgerufen am 19. November 2022).
- ¹¹⁸ Z.A. Khan, „The displaced“, *The News*, 31. März 2021, <https://www.thenews.com.pk/tns/detail/807271-the-displaced> (abgerufen am 18. November 2022).
- ¹¹⁹ „Pakistan bombing kills dozens in Shi'a mosque in Peshawar“, *BBC News*, 4. März 2022, <https://www.bbc.com/news/world-asia-60617108> (abgerufen am 29. Januar 2023).
- ¹²⁰ „Arabs are losing faith in religious parties and leaders“, *Arab Barometer*, 5. Dezember 2019, <https://www.arabbarometer.org/2019/12/arabs-are-losing-faith-in-religious-parties-and-leaders/> (abgerufen am 13. Dezember 2022).
- ¹²¹ Ammar Maleki, Poyan Tamimi Arab, „Iranians' Attitudes Toward Religion: A 2020 Survey Report, Gamaan“, August 2020, <https://gamaan.org/wp-content/uploads/2020/09/GAMAAN-Iran-Religion-Survey-2020-English.pdf> (abgerufen am 13. Dezember 2022).
- ¹²² ASIA/HOLY LAND - Christian homes also bombed in Gaza. Bishop Marcuzzo: the Israeli reaction is not „proportionate“, *Fides*, 14. Mai 2021, http://www.fides.org/en/news/70118-ASIA_HOLY LAND_Christian_homes_also_bombed_in_Gaza_Bishop_Marcuzzo_the_Israeli_reaction_is_not_proportionate (abgerufen am 14. Dezember 2022).
- ¹²³ Stuart Winer, Jerusalem church leaders: „Radical Israeli groups driving Christians from Holy Land“, *The Times of Israel*, <https://www.timesofisrael.com/jerusalem-church-leaders-warn-radical-groups-driving-christians-from-holy-land/> (abgerufen am 13. Dezember 2022).
- ¹²⁴ Carrie Keller-Lynn, „Netanyahu puts extremist homophobic politician in charge of Israel's Jewish identity“, *The Times of Israel*, 27. November 2022, <https://www.timesofisrael.com/netanyahu-puts-extremist-homophobic-politician-in-charge-of-israels-jewish-identity/> (abgerufen am 14. Dezember 2022).
- ¹²⁵ Lebanon's Economic Update – April 2022, *The World Bank*, <https://www.worldbank.org/en/country/lebanon/publication/economic-update-april-2022> (abgerufen am 14. Dezember 2022).
- ¹²⁶ Syria's Economic Update – April 2022, *The World Bank*, 14. April 2022, <https://www.worldbank.org/en/country/syria/publication/economic-update-april-2022> (abgerufen am 14. Dezember 2022).
- ¹²⁷ The World Bank In Iraq, *World Bank*, 1. Juni 2022, <https://www.worldbank.org/en/country/iraq/overview> (abgerufen am 14. Dezember 2022).

- ¹²⁸ ASIA/IRAQ – Around 20 families a month: Patriarch Sako laments the emigration of Iraqi Christians, Fides, 25. November 2022, <http://www.fides.org/en/news/73095> (abgerufen am 14. Dezember 2022).
- ¹²⁹ Kareem Chehayeb, „Thousands stuck as Lebanese authorities suspend passport renewals“, Aljazeera, 29. April 2022, <https://www.aljazeera.com/news/2022/4/29/thousands-stuck-lebanese-authorities-suspend-passport-renewals> (abgerufen am 18. Februar 2023).
- ¹³⁰ Najia Houssari, „Lebanon halts passport renewals as fears of exodus grow“, Arab News, 29. April 2022, <https://www.arabnews.com/node/2073426/middle-east> (abgerufen am 18. Februar 2023).
- ¹³¹ „Online passport platform to be phased out ‚within a month‘: General Security“, L’Orient Today, 27. Januar 2023, <https://today.lorientlejour.com/article/1326139/online-passport-platform-to-be-phased-out-within-a-month-general-security.html> (abgerufen am 18. Februar 2023).
- ¹³² Robert McKelvey, „Wings clipped for Lebanon’s soaring emigration as passport renewal process slows“, Al Arabiya English, 1. Juli 2022, <https://english.al-aramiya.net/News/middle-east/2022/07/01/Wings-clipped-for-Lebanon-s-soaring-emigration-as-passport-renewal-process-slows> (abgerufen am 18. Februar 2023).
- ¹³³ Kareem Chehayeb, „Thousands stuck as Lebanese authorities suspend passport renewals“, op. cit., (abgerufen am 18. Februar 2023).
- ¹³⁴ Doreen Abi Raad, „Cardinal decries migrant ‚boats of death‘ from Lebanon“, Catholic News Service, 27. September 2022, <https://www.ucanews.com/news/cardinal-decries-migrant-boats-of-death-from-lebanon/98899> (abgerufen am 21. Februar 2023).
- ¹³⁵ Kareem Chehayeb, „Protesters in Beirut smash banks as Lebanese pound spirals“, AP News, 16. Februar 2023, <https://apnews.com/article/lebanon-business-financial-crisis-poverty-b361ed89149314552aca0238dbac35ef> (abgerufen am 18. Februar 2023).
- ¹³⁶ United Nations, ONU Info, 22. Oktober 2022, <https://news.un.org/fr/story/2022/10/1129077> (abgerufen am 22. Februar 2023).
- ¹³⁷ Robert McKelvey, „Wings clipped for Lebanon’s soaring emigration as passport renewal process slows“, op. cit. (abgerufen am 18. Februar 2023).
- ¹³⁸ Wendell Steavenson, „In Lebanon, parents are abandoning their children in orphanages“, The Economist, 31. Januar 2023, <https://www.economist.com/1843/2023/01/31/in-lebanon-parents-are-abandoning-their-children-in-orphanages> (abgerufen am 18. Februar 2023).
- ¹³⁹ Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, 19. Januar 2023, <https://www.fao.org/lebanon/news/detail-events/en/c/1628803/> (abgerufen am 22. Februar 2023).
- ¹⁴⁰ World Bank, Lebanon Economic Monitor: The Great Denial, Winter 2021, S. xi, <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/36862/LEM%20Economic%20Monitor%20Fall%202021.pdf?sequence=2&isAllowed=y> (abgerufen am 18. Februar 2023). Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Pressemitteilung, Libanon: UN expert warns of ‘failing State’ amid widespread poverty, op. cit. (abgerufen am 18. Februar 2023).
- ¹⁴¹ Adam Lammon, „Hezbollah Financier Arrested as Lebanon Teeters Toward Collapse“, The National Interest, 3. März 2023, <https://nationalinterest.org/blog/lebanon-watch/hezbollah-financier-arrested-lebanon-teeters-toward-collapse-206266> (abgerufen am 4. März 2023).
- ¹⁴² Fady Noun, „Lebanon crisis fuels brain drain and mass exodus“, Asianews.it, 4. Juni 2022, <https://www.asianews.it/news-en/Lebanon-crisis-fuels-brian-drain-and-mass-exodus-55526.html> (abgerufen am 22. Februar 2023).
- ¹⁴³ International Covenant on Civil and Political Rights, United Nations, 1967, https://treaties.un.org/doc/treaties/1976/03/19760323%2006-17%20am/ch_iv_04.pdf
- ¹⁴⁴ „Through the Looking Glass“, Lewis Carroll
- ¹⁴⁵ Siehe z. B. Government of Canada, „Bill C-16: An Act to Amend the Canadian Human Rights Act and the Criminal Code“, 18. Oktober 2016, <https://www.justice.gc.ca/eng/cs/j-sjc/pl/identity-identite/statement-enonce.html> (abgerufen am 15. Dezember 2022).
- ¹⁴⁶ „2021 Report on International Religious Freedom: Malta“, Office of International Religious Freedom, US-Außenministerium, op. cit.
- ¹⁴⁷ „New bill may stifle freedom of conscience, religion, Malta bishops warn“, Junno Arocho Esteves, Catholic News Service, 15. September 2020, <https://www.catholicregister.org/home/international/item/32087-new-bill-may-stifle-freedom-of-conscience-religion> (abgerufen am 19. Dezember 2022).
- ¹⁴⁸ „H. Res. 8 - Adopting the Rules of the House of Representatives for the One Hundred Seventeenth Congress, and for other purposes“, Committee on Rules, 1. Januar 2021, <https://rules.house.gov/bill/117/h-res-5>
- ¹⁴⁹ „Pelosi and McGovern Unveil Details of Rules Package for the 117th Congress“, Committee on Rules, 1. Januar 2021, <https://rules.house.gov/press-releases/pelosi-and-mcgovern-unveil-details-rules-package-117th-congress>
- ¹⁵⁰ Cf. UIN HL3803, table on 28. November 2022, <https://questions-statements.parliament.uk/written-questions/detail/2022-11-28/hl3803> (abgerufen am 15. Dezember 2022).
- ¹⁵¹ Siehe z. B.: Mackereth v Department for Work and Pensions & Anor [2022] EAT 99, [https://www.bailii.org/cgi-bin/format.cgi?doc=/uk/cases/UKCAT/2022/99.html&query=\(title:\(+mackereth+\)\)](https://www.bailii.org/cgi-bin/format.cgi?doc=/uk/cases/UKCAT/2022/99.html&query=(title:(+mackereth+))) (abgerufen am 15. Dezember 2022).
- ¹⁵² ECHR, Kokkinakis v Greece, Application no. 14307/88, Judgment of 25 May 1993, § 31, <https://hudoc.echr.coe.int/eng/?i=001-57827> (abgerufen am 15. Dezember 2022).
- ¹⁵³ „The Russian Federation is Excluded from the Council of Europe“, Council of Europe, Committee of Ministers, 16. März 2022, <https://www.coe.int/en/web/portal/-/the-russian-federation-is-excluded-from-the-council-of-europe> (abgerufen am 10. März 2023).
- ¹⁵⁴ „Russia Ceases to be a Party to the European Convention on Human Rights“, Council of Europe, 16. September 2022, <https://www.coe.int/en/web/portal/-/russia-ceases-to-be-party-to-the-european-convention-on-human-rights#:~:text=Six%20months%20after%20its%20exclusion,Rights%20on%2016%20September%202022> (abgerufen am 10. März 2023).
- ¹⁵⁵ Ibid.
- ¹⁵⁶ „Comprendere i crimini d’odio contro i musulmani“, OSCE, <https://www.osce.org/files/f/documents/b/9/495232.pdf> (abgerufen am 12. November 2022).
- ¹⁵⁷ „Strappa il burqa e spinge donna incinta giù dal treno. Denunciato un pendolare, Gilda Giusti, Calenzano, Firenze Post, 23 Juli 2022, <https://www.firenzepost.it/2022/07/23/calenzano-strappa-il-burqa-e-spinge-donna-incinta-giu-dal-treno-denunciato-un-pendolare/> (abgerufen am 11. November 2022).
- ¹⁵⁸ „Pope Francis saddened by murder of French priest Fr. Olivier Maire“, Hannah Brockhaus, Catholic News Agency, 11. August 2021, <https://www.catholicnewsagency.com/news/248650/pope-francis-saddened-by-murder-of-french-priest-fr-olivier-maire> (abgerufen am 8. November 2022).
- ¹⁵⁹ „France announces more funding for church security after recent attacks“, Church Times, 4. Februar 2022, <https://www.churchtimes.co.uk/articles/2022/4-february/news/world/france-announces-more-funding-for-church-security-after-recent-attacks> (abgerufen am 8. November 2022).
- ¹⁶⁰ „Sacristan brutally beaten up while praying, OIDAC Europe“, 29. September 2022, <https://www.intoleranceagainstchristians.eu/index.php?id=12&case=6245> (abgerufen am 18. Januar 2023).
- ¹⁶¹ „Decapitan la cabeza del niño Jesús del belén de San Lorenzo del Escorial“, TeleMadrid, 7. Dezember 2021, <https://www.telemadrid.es/programas/telenoticias-1/Vandalizado-San-Lorenzo-Escorial-inaugurado-2-2403079690—20211207040055.html> (abgerufen am 17. Dezember 2022).
- ¹⁶² „Prenden fuego a la fachada de la iglesia de San Vicente Ferrer en Castellón“, TeleMadrid, 28. Oktober 2021, <https://castellondiarario.com/prenden-fuego-a-la-fachada-de-la-iglesia-de-san-vicente-ferrer-en-castellon/> (abgerufen am 17. Dezember 2022).
- ¹⁶³ „Bosnia and Herzegovina 2022 Report“, Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations, Commission Staff Working Document, European Commission, 12. Oktober 2022, https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/bosnia-and-herzegovina-report-2022_en (abgerufen am 17. März 2023), S. 33-34.
- ¹⁶⁴ Ibid., S. 32.
- ¹⁶⁵ Siehe „Dilemmas of Religious Education, Freedom of Religion and Education in Cyprus“, Dilek Latif, Religions 13: 96 (2022), <https://doi.org/10.3390/rel13020096> (abgerufen am 7. Dezember 2022).
- ¹⁶⁶ „Key Findings of the 2022 Religious Freedom Report on Albania“, European Commission, 12. Oktober 2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/COUNTRY_22_6091 (abgerufen am 19. November 2022).
- ¹⁶⁷ „Hate Crime Reporting – Finland“, Office for Democratic Institutions and Human Rights, Organization for Security and Co-operation in Europe, <https://hate-crime.osce.org/finland> (abgerufen am 13. März 2023).

¹⁶⁸ „Finland’s Former Interior Minister Acquitted of Inciting Anti-LGBT Hate Speech“, Euronews, 30. März 2022, <https://www.euronews.com/2022/03/30/finland-s-former-interior-minister-acquitted-of-inciting-anti-lgbt-hate-speech> (abgerufen am 10. März 2023). Die Staatsanwaltschaft hat Berufung eingelegt und zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Siehe „Bible Tweet Trial: Finland’s State Prosecutor Files Appeal“, Catholic News Agency, 3. Mai 2022, <https://www.catholicnewsagency.com/news/251119/bible-tweet-trial-finland-s-state-prosecutor-files-appeal> (abgerufen am 10. März 2023).

¹⁶⁹ „Practice Direction 59“, British Columbia Supreme Court, 16 December 2020; https://www.bccourts.ca/supreme_court/practice_and_procedure/practice_directions/civil/PD-59_Forms_of_Address_for_Parties_and_Counsel_in_Proceedings.pdf

¹⁷⁰ „B.C. courts asking for ‚correct pronouns‘ is state-mandated identity politics“, Bruce Parody comment, 9. Februar 2021; <https://nationalpost.com/opinion/bruce-parody-b-c-courts-asking-for-correct-pronouns-is-state-mandated-identity-politics> (abgerufen am 16. März 2023).

¹⁷¹ „Mackereth v Department for Work and Pensions & Anor“, Employment Appeal Tribunal 2022 (99), [https://www.bailii.org/cgi-bin/format.cgi?doc=/uk/cases/UKKEAT/2022/99.html&query=\(title:\(+mackereth+\)\)](https://www.bailii.org/cgi-bin/format.cgi?doc=/uk/cases/UKKEAT/2022/99.html&query=(title:(+mackereth+))) (abgerufen am 20. Dezember 2022).

¹⁷² „Oxford Transgender Row Teacher Hearing Extended“, BBC News, 13. Januar 2023, <https://www.bbc.com/news/uk-england-oxfordshire-64250809> (abgerufen am 16. März 2023).

¹⁷³ „Christian Politician In Finland, Grandmother Of Six, On Trial After Posting Bible Tweet“, The Daily Wire, 24. Januar 2022, https://www.dailywire.com/news/christian-politician-in-finland-grandmother-of-six-on-trial-after-posting-bible-tweet?%3Futm_source=twitter&utm_medium=social&utm_campaign=dwtwitter (abgerufen am 16. März 2023).

¹⁷⁴ „Finnish Member of Parliament marks one-year court victory anniversary while facing new free speech trial“, ADF International, 28. März 2023; <https://adfinternational.org/finnish-mp-marks-court-victory-anniversary/> (abgerufen am 16. März 2023).

¹⁷⁵ „Päivi Räsänen and Juhana Pohjola of the Luther Foundation face charges of incitement against a group of people“, National Prosecution Authority, Finland, 29. März 2021, <https://syyttajalaitos.fi/-/paivi-rasanelle-ja-luther-saation-juhana-pohjolalle-syytteet-kiihottamisesta-kansanryhmaa-vastaan> (abgerufen am 16. März 2023).

¹⁷⁶ „Finnish Member of Parliament marks one-year court victory anniversary while facing new free speech trial“, op. cit.

¹⁷⁷ ibid.

¹⁷⁸ „Finnish Member of Parliament marks one-year court victory anniversary while facing new free speech trial“, op. cit.

¹⁷⁹ „I am ready to defend freedom of speech and religion in the higher courts“, Presseerklärung von Päivi Räsänen vom 3. Mai 2022, <https://www.paivirasanen.fi/en/> (abgerufen am 16. März 2023).

¹⁸⁰ „Nicaragua: ACN deeply concerned with the situation of the Church and the sentencing of Bishop Rolando Álvarez to 26 years in prison“, ACN International, <https://acninternational.org/nicaragua-acn-deeply-concerned-with-the-situation-of-the-church-and-the-sentencing-of-bishop-rolando-alvarez-to-26-years-in-prison/> (abgerufen am 16. März 2023).

¹⁸¹ „Nicaragua: The lies are almost as dangerous as the bullets, because they create a psychosis of war“, ACN International, <https://acninternational.org/nicaragua-the-lies-are-almost-as-dangerous-as-the-bullets-because-they-create-a-psychosis-of-war/> (abgerufen am 16. März 2023).

¹⁸² „Nicaragua leads in cases of religious persecution in Latin America“, ACN International, <https://acninternational.org/nicaragua-leads-religious-persecution-in-latin-america/> (abgerufen am 16. März 2023).

¹⁸³ „Nicaragua: Una iglesia perseguida? 2018-2022“, Martha Patricia Molina Montenegro, Mai 2022, <https://www.articulo66.com/wp-content/uploads/2022/05/Profanaciones-y-ataque-a-la-iglesia-catolica-1.pdf> (abgerufen am 16. März 2023).

¹⁸⁴ „Ministerio de Justicia y Derechos Humanos – Decreto que concedió indulto particular a condenado por delito de incendio en inmueble habitado en grado frustrado, daños a bien de uso público y hurto simple en lugar de culto“, Boletín Jurídico del Observatorio de libertad religiosa de América Latina y el Caribe, N° 4 (Year 18), Januar 2023, <http://ojs.uc.cl/index.php/bjur/article/view/56679> (abgerufen am 31. Januar 2023).

¹⁸⁵ „UNHCR calls on States to refrain from forced returns of Haitians United Nations High Commissioner for Refugees“, UNHCR, 3. November 2022, <https://www.unhcr.org/news/press/2022/11/6363acd64/unhcr-calls-states-refrain-forced-returns-haitians.html> (abgerufen am 2. April 2023).

¹⁸⁶ „Asesinan a párroco en Tecate, Baja California“, Wendy Fry, San Diego Union-Tribune, 22. Mai 2022, <https://www.sandiegouniontribune.com/en-espanol/noticias/bc/articulo/2022-05-22/asesinan-a-parroco-en-tijuana> (abgerufen am 2. April 2023).

¹⁸⁷ „Mexico’s Guadalupe pilgrimage draws huge crowd after one-year absence“, Reuters, 12. December 2021; <https://www.reuters.com/world/americas/mexicos-guadalupe-pilgrimage-draws-huge-crowd-after-one-year-absence-2021-12-12/> (abgerufen am 1. Februar 2023).

¹⁸⁸ „Una multitude retoma peregrinación de Semana Santa tras dos años de suspensión por pandemia Giselle Vargas, ACI Prensa, 11th April 2022, <https://www.aciprensa.com/noticias/una-multitud-retoma-peregrinacion-de-semana-santa-tras-dos-anos-de-suspension-por-pandemia-53904> (abgerufen am 31. Januar 2023).

¹⁸⁹ „Internos y comunidad diocesana realizan Vía Crucis en penal de Argentina“, Giselle Vargas ACI Prensa, 7. April 2022, <https://www.aciprensa.com/noticias/internos-y-comunidad-diocesana-realizan-via-crucis-en-penal-de-argentina-50936> (abgerufen am 31. Januar 2023).

¹⁹⁰ „El fervor volvió a las calles de Medellín con el Viacrucis El Colombiano“, 15. April 2022, <https://www.elcolombiano.com/antioquia/volvio-el-viacrucis-en-semana-santa-a-medellin-MB17255696> (abgerufen am 1. Februar 2023).

¹⁹¹ „Santa Bárbara: trinitecos encarnan la Pasión de Cristo Norma Pineda“, La Prensa, 15. April 2022, <https://www.laprensa.hn/honduras/santa-barbara-trinitecos-encarnan-pasion-de-cristo-CN7539501#image-1> (abgerufen am 31. Januar 2023).

¹⁹² „Semana Santa en Paraguay: las mejores actividades para celebrar en familia en Tañarandy y Yaguarón Nea Hoy“, 10. April 2022, <https://www.neahoy.com/2022/04/10/semana-santa-en-paraguay-las-mejores-actividades-para-celebrar-en-familia-en-tanarandy-y-yaguaron/> (abgerufen am 1. Februar 2023).

¹⁹³ „Perú: Semana Santa 2022: estas son las celebraciones más famosas de Perú“, Infobae, 31. März 2022, <https://www.infobae.com/america/peru/2022/03/31/semana-santa-2022-estas-son-las-celebraciones-mas-famosas-en-peru/> (abgerufen am 1. Februar 2023).

¹⁹⁴ „Semana Santa: comunidad católica regresa a las calles para las tradicionales procesiones Josué Alvarado“, El Observador, 10. April 2022, <https://observador.cr/comunidad-catolica-regresa-a-las-calles-para-las-tradicionales-procesiones/> (abgerufen am 31. Januar 2023).

¹⁹⁵ „En el sur del país se realizaron algunas actividades eclesióstias y culturales por Semana Santa“, Teleamazonas, 15. April 2022, <https://www.teleamazonas.com/en-el-sur-del-pais-se-realizaron-algunas-actividades-eclesias-ticas-y-culturales-por-semana-santa/> (abgerufen am 31. Januar 2023).

¹⁹⁶ „Venezuela celebra Semana Santa tras dos años de confinamiento“, Voz de América, 14. April 2022, <https://www.vozdeamerica.com/a/venezuela-celebra-semana-santa-tras-dos-anos-de-confinamiento/6529134.html> (abgerufen am 1. Februar 2023).

¹⁹⁷ „Más de 2 mil policías formarán parte del operativo especial de Semana Santa en Puebla“, Edgard Ávila, El Universal, 7. April 2022, <https://www.eluniversal.com.mx/estados/semana-santa-2022-mas-de-2-mil-policias-formaran-parte-del-operativo-especial-en-puebla> (abgerufen am 1. Februar 2023).

¹⁹⁸ „Semana Santa 2022: Más de medio millón de personas llegan a La Antigua Guatemala y activan el turismo después de dos años de restricciones“, Andrea Domínguez und Raúl Barreno C., Prensa Libre, 10. April 2022, <https://www.prensalibre.com/guatemala/comunitario/semana-santa-2022-mas-de-medio-millon-de-personas-llegan-a-la-antigua-guatemala-despues-de-dos-anos-de-restricciones/>; „La Semana Santa de Guatemala es declarada patrimonio de la humanidad por la Unesco“, Prensa Libre, 30. November 2022, https://www.prensalibre.com/guatemala/comunitario/la-unesco-declara-la-semana-santa-de-guatemala-patrimonio-de-la-humanidad-breaking/?utm_source=modulosPL&utm_medium=linkinterno&utm_campaign=ux (alle abgerufen am 31. Januar 2023).

¹⁹⁹ „Cuando San Roque le ganó a San Bernardo la fiesta que ahora es patrimonio mundial“, Marcelo Jaldín, La Razón, 28. August 2022, <https://www.la-razon.com/la-revista/2022/08/28/cuando-san-roque-le-gano-a-san-bernardo-la-fiesta-que-ahora-es-patrimonio-mundial/> (abgerufen am 31. Januar 2023).

²⁰⁰ „Pope Francis meets Iraq’s top ayatollah as both urge peace“, Jason Horowitz and Jane Arraf, The New York Times, 6. März 2021, <https://www.nytimes.com/2021/03/06/world/europe/pope-francis-iraq-ayatollah-sistani.html> (abgerufen am 14. Dezember 2022).

²⁰¹ „ASIA/IRAQ – Christian-Shiite dialogue Conference scheduled for March 2023, two years after the Pope’s visit“, Fides, 10. Dezember 2022, <http://www.fides.org/en/news/73151> (abgerufen am 14. Dezember 2022).

²⁰² „A document on Human fraternity for world peace and living together“, Vatican.va, https://www.vatican.va/content/francesco/en/travels/2019/outside/documents/papa-francesco_20190204_documento-fratellanza-umana.html (abgerufen am 14. Dezember 2022).

²⁰³ „Pope Francis Secures Favorable Fatwa for Iraq’s Christians“, Jayson Casper, Christianity Today, 7. März 2021, <https://www.christianitytoday.com/news/2021/march/iraq-pope-francis-ayatollah-sistani-shiite-christian-fatwa.html> (abgerufen am 14. Dezember 2022).

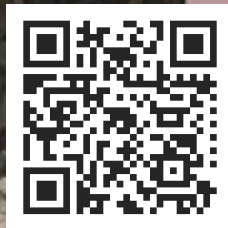
²⁰⁴ „Analysis of Pope Francis’s Trip to Iraq and His Visiting Grand Ayatollah al-Sistani“, Mostafa Boroujerdi, IPIS, März 2021, <https://ipis.ir/en/subjectview/633538/Analysis-of-Pope-Francis%E2%80%99s-Trip-to-Iraq-and-His-Visiting-Grand-Ayatollah-al-Sistani> (abgerufen am 14. Dezember 2022).

²⁰⁵ „ASIA/IRAQ – Christian-Shiite dialogue Conference scheduled for March 2023, two years after the Pope’s visit“, Fides, 10th December 2022, <http://www.fides.org/en/news/73151> (abgerufen am 14. Dezember 2022).

²⁰⁶ „Highlight of Ahmed Al-Tayeb’s speech at the Bahrain Forum“, Gulf News, 4. November 2022, <https://gulfnews.com/world/gulf/bahrain/highlight-of-ahmed-al-tayeb-s-speech-at-the-bahrain-forum-1.1667571272125> (abgerufen am 15. Dezember 2022).

Verschließe nicht die Augen vor **RELIGIÖSER VERFOLGUNG!**

Lesen Sie mehr unter:
www.religionsfreiheit-weltweit.de





KIRCHE IN NOT

ACN DEUTSCHLAND

PÄPSTLICHE
STIFTUNG



KIRCHE IN NOT

Das weltweite katholische Hilfswerk wurde 1947 gegründet, um Kriegsflüchtlingen zu helfen. Seit 2011 ist es als päpstliche Stiftung anerkannt und fördert jedes Jahr mehr als 5000 pastorale Projekte in über 130 Ländern. Durch Information, Gebet und tatkräftige Hilfe unterstützt KIRCHE IN NOT Christen überall dort, wo sie in Not sind, verfolgt oder unterdrückt werden. Die Stiftung erhält keine öffentlichen Gelder oder Kirchensteuermittel, sondern finanziert ihre Hilfen ausschließlich durch private Spenden.

KIRCHE IN NOT (ACN) Deutschland

Lorenzonstraße 62
81545 München

Tel.: +49 (0)89 - 6424 888-0
E-Mail: info@kirche-in-not.de

www.kirche-in-not.de

www.religionsfreiheit-weltweit.de

ACN International

Bischof-Kindermann Str. 23
61462 Königstein
Deutschland

Tel. +49 (0)6174 291-0
E-Mail: press@acn-intl.org

www.acninternational.org

BÜROS VON KIRCHE IN NOT WELTWEIT

Australien

info@acn-australia.org
www.acn-australia.org

Irland

info@acn-ireland.org
www.acn-ireland.org

Niederlande

info@acn-nederland.org
www.acn-nederland.org

Slowakei

info@acn-slovensko.org
www.acn-slovensko.org

Belgien

info@acn-belgique.org
www.acn-belgique.org

Italien

info@acn-italia.org
www.acn-italia.org

Österreich

info@acn-oesterreich.org
www.acn-oesterreich.org

Spanien

info@acn-espana.org
www.acn-espana.org

Brasilien

info@acn-brasil.org
www.acn-brasil.org

Kanada

info@acn-canada.org
www.acn-canada.org

Philippinen

info@acn-philippines.org
www.acn-philippines.org

Südkorea

info@churchinneed.or.kr
www.acn-korea.org

Chile

info@acn-chile.org
www.acn-chile.org

Kolumbien

info@acn-colombia.org
www.acn-colombia.org

Polen

info@acn-polska.org
www.acn-polska.org

Vereinigte Staaten

info@acn-usa.org
www.acn-usa.org

Deutschland

info@kirche-in-not.de
www.kirche-in-not.de

Malta

info@acn-malta.org
www.acn-malta.org

Portugal

info@acn-polska.org
www.acn-polska.org

Vereinigtes Königreich

info@acn-uk.org
www.acn-uk.org

Frankreich

info@aed-france.org
www.aed-france.org

Mexiko

info@acn-mexico.org
www.acn-mexico.org

Schweiz

info@acn-schweiz.org
www.acn-schweiz.org